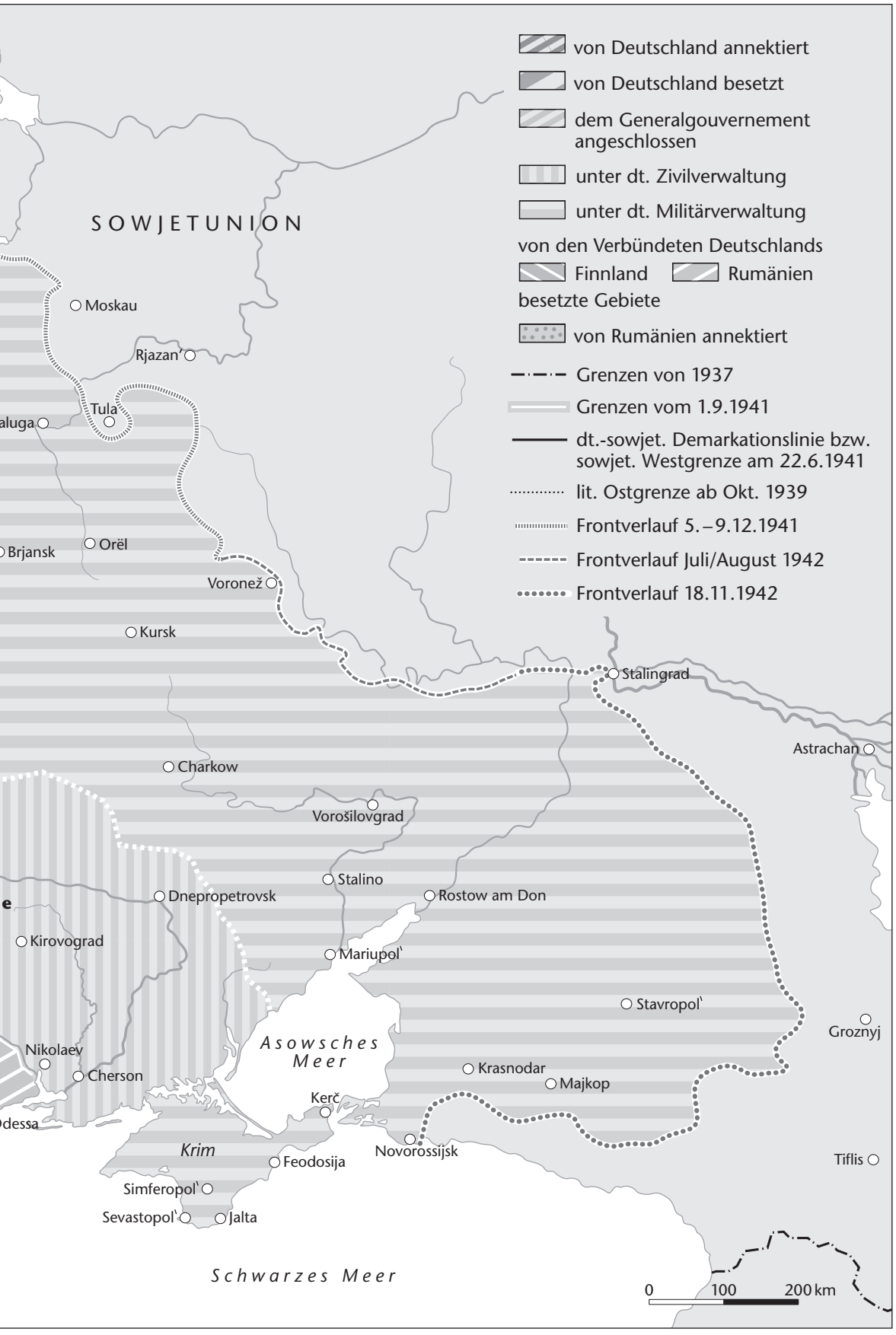
Die besetzten Gebiete im Osten Europas
FINNLAND
Helsinki
Leningrad
SCHWEDEN
Tallinn
Novgorod
Stockholm
Estland
Tartu
Pskov
Ostsee
Lettland
Riga
Reichskommissariat Ostland
Polock
Vitebsk
Smolensk
Memel
Memelland
Litauen
Kaunas
Tilsit
Wilna
Mogilëv
Königsberg
Minsk
Danzig
Danzig
Ost-preußen
Weiß-ruthenien
Baranowicze
Białystok
Černigov
Pińsk
Pripjetsümpfe
GROSSDEUTSCHES REICH
Brest
Posen
Warschau
POLEN
Kiew
Lublin
Rowno
Žitomir
Belaja Cerkov
General-gouvernement
Reichskommissariat Ukrain
Lemberg
Krakau
Tarnopol
Vinnica
Kattowitz
Distrikt Lemberg
Kamenec-Podol'skij
TSCHECHO-
Protektorat Böhmen und Mähren
Transnistrien
Czernowitz
Nord-bukowina
SLOWAKEI
Besarabien
Chişinău
Wien
ÖSTER-REICH
Budapest
Cluj
UNGARN
RUMÄNIEN


von Deutschland annektiert
von Deutschland besetzt
dem Generalgouvernement angeschlossen
unter dt. Zivilverwaltung
unter dt. Militärverwaltung
von den Verbündeten Deutschlands besetzte Gebiete
Finnland
Rumänien
von Rumänien annektiert
Grenzen von 1937
Grenzen vom 1.9.1941
dt.-sowjet. Demarkationslinie bzw. sowjet. Westgrenze am 22.6.1941
lit. Ostgrenze ab Okt. 1939
Frontverlauf 5.–9.12.1941
Frontverlauf Juli/August 1942
Frontverlauf 18.11.1942
SOWJETUNION
Moskau
Rjazan'
Tula
aluga
Brjansk
Orël
Voronež
Kursk
Stalingrad
Astrachan
Charkow
Vorošilovgrad
Stalino
Dnepropetrovsk
Rostow am Don
Kirovograd
Mariupol'
Stavropol'
Groznyj
Asowsches Meer
Nikolaev
Cherson
Krasnodar
Majkop
Kerč
Odessa
Krim
Feodosija
Novorossijsk
Tiflis
Simferopol'
Sevastopol'
Jalta
Schwarzes Meer
0
100
200 km

Verfolgung und Ermordung der Juden 1933–1945

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945

Herausgegeben im Auftrag des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte, des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und des Lehrstuhls für Geschichte Ostmitteleuropas an der Freien Universität Berlin

von

Susanne Heim, Ulrich Herbert, Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller, Gertrud Pickhan, Dieter Pohl und Hartmut Weber

Oldenbourg Verlag München 2011

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Band 7

Sowjetunion mit annektierten Gebieten I

Besetzte sowjetische Gebiete unter deutscher Militärverwaltung, Baltikum und Transnistrien

Bearbeitet von Bert Hoppe
und Hildrun Glass

Oldenbourg Verlag München 2011

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Tel.: 089/45051-0
www.oldenbourg.de

Bert Hoppe bearbeitete die Teile 1 und 2 sowie Teil 3 gemeinsam mit Hildrun Glass.

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Einband und Schutzumschlag: Frank Ortmann und Martin Z. Schröder
Endredaktion: Andrea Böltken, Berlin
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin
Karten: Peter Palm, Berlin
Druck: Memminger MedieCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach
Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN: 978-3-486-58911-5

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

Editorische Vorbemerkung 9

Einleitung 13

Dokumentenverzeichnis 91

Dokumente 109

Teil 1
Besetzte sowjetische Gebiete
unter deutscher Militärverwaltung 111

Teil 2
Das Baltikum unter deutscher Zivilverwaltung 509

Teil 3
Transnistrien, Bessarabien und die Bukowina
unter rumänischer Verwaltung 751

Glossar 839

Abkürzungsverzeichnis 841

Verzeichnis der im Dokumententeil genannten Archive 849

Systematischer Dokumentenindex 851

Register der Institutionen, Firmen und Zeitschriften 853

Ortsregister 865

Personenregister 873

Vorwort

Die Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933 – 1945“ ist auf insgesamt 16 Bände angelegt, die in den nächsten Jahren erscheinen werden. In ihnen wird eine thematisch umfassende, wissenschaftlich fundierte Auswahl von Quellen publiziert. Der vorliegende siebte Band der Edition dokumentiert die Entrechtung, Enteignung und Ermordung der Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten. Der Schwerpunkt liegt auf den Territorien unter deutscher Militärverwaltung, den ehemaligen baltischen Republiken unter deutscher Zivilverwaltung sowie dem rumänisch besetzten Transnistrien. Die Ermordung der sowjetischen Juden im Generalkommissariat Weißruthenien und im Reichskommissariat Ukraine, die auch das von der Sowjetunion 1939 annektierte Ostpolen umfassten, sind Thema des achten Bands.

Im Vorwort zum ersten Band der Edition sind die Kriterien der Dokumentenauswahl detailliert dargelegt. Die wichtigsten werden im Folgenden noch einmal zusammengefasst:

Quellen im Sinne der Edition sind Schrift- und gelegentlich auch Tondokumente aus den Jahren 1933 – 1945. Fotografien wurden nicht einbezogen, vor allem, weil sich die Umstände ihrer Entstehung oft nur schwer zurückverfolgen lassen. Auch Lebenserinnerungen, Berichte und juristische Unterlagen, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden sind, werden aus quellenkritischen Gründen nicht in die Edition aufgenommen. Allerdings wird von ihnen in der Kommentierung vielfältig Gebrauch gemacht. Dokumentiert werden die Aktivitäten und Reaktionen von Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen, Überzeugungen und Absichten, an verschiedenen Orten, mit jeweils begrenzten Horizonten und Handlungsspielräumen – Behördenschreiben ebenso wie private Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, Zeitungsartikel und die Berichte ausländischer Beobachter. Innerhalb der Bände sind die Dokumente chronologisch angeordnet; von wenigen Ausnahmen abgesehen, werden die Quellen ungekürzt wiedergegeben.

Die Dokumentation wechselt vom Aktenvermerk Reinhard Heydrichs über ein Gespräch mit Hermann Göring über die „Lösung der Judenfrage“ zu einem Artikel des New Yorker Aufbaus über die Lage der sowjetischen Juden im Sommer 1941; der Abschiedsbrief einer Jüdin aus dem Getto von Vitebsk an ihre Kinder steht neben einer Auflistung von Immobilien aus jüdischem Besitz, deren Wert die Stadtverwaltung von Mogilëv vor dem Weiterverkauf schätzt. Der häufige Perspektivenwechsel ist gewollt: Das zufällige und widersprüchliche Nebeneinander der Ereignisse entspricht eher der zeitgenössischen Wahrnehmung als ein nachträglich konstruierter Aufbau. Ein Sachgruppenindex soll die thematische Zuordnung der Dokumente erleichtern und Zusammenhänge verdeutlichen.

Die Herausgeber danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die großzügige Förderung des Editionsprojekts. Ferner schulden sie einer großen Zahl von Fachleuten und Privatpersonen Dank, die durch Quellenhinweise, biographische Informationen über die in den Dokumenten erwähnten Personen und Auskünfte zur Kommentierung die Arbeit unterstützt haben. In den Band wurden Dokumente aus insgesamt dreizehn Sprachen aufgenommen. Die russischsprachigen Dokumente haben Bert Hoppe, Olga

Horn, Arkadi Miller, Kathrin Sonderegger und Anika Walke ins Deutsche übertragen, die schwedischsprachigen Paul Berf und Astrid Kallström, die lettischsprachigen Matthias Knoll und Katrin Reichelt. Übersetzungen aus dem Jiddischen hat Sabine Boehlich angefertigt, aus dem Estnischen David Feest, aus dem Litauischen Ruth Leiserowitz, aus dem Ukrainischen Alla Kuerschner, aus dem Polnischen Ruth Henning, aus dem Rumänischen Hildrun Glass, aus dem Hebräischen Alice Meroz, aus dem Englischen Birgit Kolboske, aus dem Finnischen Petra Sauerzapf-Poser und aus dem Italienischen Monika Steininger. Das Übersetzungslektorat besorgten Helga Gläser und Ulrike Baureithel.
Als studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte haben an diesem Band mitgearbeitet: Romina Becker, Giles Bennett, Florian Danecke, Johannes Gamm, Miriam Schelp, Remigius Stachowiak, Barbara Wünnenberg, als wissenschaftliche Mitarbeiter Dr. Ingo Loose, Dr. Gudrun Schroeter und Maria Wilke.
Hinweise auf abgelegene oder noch nicht erschlossene Quellen zur Judenverfolgung, insbesondere auf private Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, nehmen die Herausgeber für die künftigen Bände gerne entgegen. Da sich trotz aller Sorgfalt gelegentliche Ungenauigkeiten nicht gänzlich vermeiden lassen, sind sie für entsprechende Mitteilungen dankbar. Die Adresse des Herausgeberkreises lautet: Institut für Zeitgeschichte, Edition Judenverfolgung, Finckensteinallee 85 – 87, D–12205 Berlin.

Berlin, München, Freiburg i. Br., Klagenfurt im Juli 2011

Editorische Vorbemerkung

Die Quellenedition zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden soll in der wissenschaftlichen Literatur als VEJ abgekürzt zitiert werden. Das geschieht im Fall von Querverweisen zwischen den einzelnen Bänden auch in dem Werk selbst. Die Dokumente sind – mit jedem Band neu beginnend – fortlaufend nummeriert. Demnach bedeutet „VEJ 7/100" Dokument Nummer 100 im 7. Band dieser Edition. Die Drucklegung der einzelnen Schriftzeugnisse folgt dem Schema: Überschrift, Kopfzeile, Dokument, Anmerkungen.

Die halbfett gesetzte, von den Bearbeitern der Bände formulierte Überschrift gibt Auskunft über das Entstehungsdatum des folgenden Schriftstücks, dessen Kernbotschaft, Verfasser und Adressaten. Die darunter platzierte Kopfzeile ist Teil des Dokuments. Sie enthält Angaben über die Gattung der Quelle (Brief, Gesetzentwurf, Protokoll usw.), den Namen des Verfassers, den Entstehungsort, gegebenenfalls Aktenzeichen, Geheimhaltungsvermerke und andere Besonderheiten. Die in Berlin seinerzeit ansässigen Ministerien und zentralen Behörden, etwa das Reichssicherheitshauptamt oder die Kanzlei des Führers, bleiben ohne Ortsangabe. Die Kopfzeile enthält ferner Angaben über den Adressaten, gegebenenfalls das Datum des Eingangsstempels, sie endet mit dem Entstehungsdatum und Hinweisen auf Bearbeitungsstufen der überlieferten Quelle, etwa „Entwurf ", „Durchschlag" oder „Abschrift".

Anschließend folgt der Text. Anrede- und Grußformeln werden mitgedruckt, Unterschriften jedoch nur einmal in die Kopfzeile aufgenommen. Hervorhebungen der Verfasser in den Originaltexten werden übernommen. Sie erscheinen unabhängig von der in der Vorlage verwendeten Hervorhebungsart im Druck immer kursiv. Fallweise erforderliche Zusatzangaben finden sich in den Anmerkungen.

Während die von den Editoren formulierten Überschriften und Fußnoten der heutigen Rechtschreibung folgen, gilt für die Quellen die zeitgenössische. Dies führt dazu, dass in den Überschriften und Fußnoten „Erlass" stehen kann, im Text der Quelle „Erlaß". Eigennamen von Institutionen bleiben von veränderten Rechtschreibregeln unberührt. Offensichtliche Tippfehler in der Vorlage und kleinere Nachlässigkeiten sowie besondere Schreibweisen, die auf das Fehlen entsprechender Typen auf der Schreibmaschine zurückzuführen sind (Ae statt Ä, ss statt ß), werden stillschweigend korrigiert, widersprüchliche Schreibweisen und Zeichensetzungen innerhalb eines Dokuments vereinheitlicht. Versehentlich ausgelassene Wörter oder Ergänzungen infolge unlesbarer Textstellen fügen die Editoren in eckigen Klammern ein. Bilden jedoch bestimmte orthographische und grammatikalische Eigenheiten ein Charakteristikum der Quelle, vermerken sie „Grammatik und Rechtschreibung wie im Original". Abkürzungen werden im Dokument nicht vereinheitlicht. Sie werden im Abkürzungsverzeichnis erklärt. Einmalig verwendete Abkürzungen werden in eckigen Klammern aufgelöst oder in Fußnoten erläutert.

Handschriftliche Zusätze in maschinenschriftlichen Originalen übernehmen die Editoren ohne weitere Kennzeichnung, sofern es sich um formale Korrekturen und um Einfügungen handelt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit vom Verfasser stammen. Verändern sie die Aussage in beachtlicher Weise – schwächen sie ab oder radikalisieren sie –, wird das in den Fußnoten vermerkt und, soweit feststellbar, der Urheber mitgeteilt. Auf die in

den Originalen häufigen, von den Empfängern oder auch von späteren Lesern vorgenommenen Unterstreichungen mit Blei- oder Farbstift wird im Allgemeinen pauschal, in interessanten Einzelfällen speziell in der Fußnote hingewiesen.
In der Regel werden die Dokumente im vollen Wortlaut abgedruckt. Nur ausnahmsweise, sofern einzelne Dokumente sehr umfangreich sind, etwa bei ausführlichen, längere Zeiträume betreffenden Lageberichten, erfolgt der Abdruck nur teilweise. Dasselbe gilt für Sitzungsprotokolle, die nicht insgesamt, sondern nur in einem abgeschlossenen Teil von der nationalsozialistischen Judenpolitik oder den Reaktionen darauf handeln. Solche Kürzungen sind mit eckigen Auslassungsklammern gekennzeichnet; der Inhalt wird in der Fußnote skizziert. Von der strikten Einordnung der Dokumente nach ihrer Entstehungszeit wird nur in wenigen Ausnahmen abgewichen, etwa im Fall von Zeugenaussagen jüdischer Überlebender, die nach der Befreiung die ersten Wochen und Monate der deutschen Besatzung beschrieben. Diese retrospektiv abgefassten Beschreibungen werden nicht unter dem Entstehungsdatum, sondern unter dem Datum des geschilderten Ereignisses eingereiht.
In der ersten, der Überschrift angehängten Fußnote stehen der Fundort, sofern er ein Archiv bezeichnet, auch die Aktensignatur und, falls vorhanden, die Blattnummer. Hinweise auf Kopien von Archivdokumenten in Forschungseinrichtungen und im Bundesarchiv Berlin werden immer dann verzeichnet, wenn die an den ursprünglichen Fundorten befindlichen Originale dort nicht eingesehen wurden. Handelt es sich um gedruckte Quellen, etwa Zeitungsartikel oder Gesetzestexte, finden sich in dieser Fußnote die üblichen bibliographischen Angaben. Wurde eine Quelle schon einmal in einer Dokumentation zum Nationalsozialismus beziehungsweise zur Judenverfolgung veröffentlicht, wird sie nach dem Original ediert, doch wird neben dem ursprünglichen Fundort auch auf die erste Publikation verwiesen. In einer weiteren Fußnote werden die Entstehungsumstände des Dokuments erläutert, gegebenenfalls damit verbundene Diskussionen, die besondere Rolle von Verfassern und Adressaten, begleitende oder sich unmittelbar anschließende Aktivitäten.
Die folgenden Fußnoten erläutern sachliche und personelle Zusammenhänge. Sie verweisen auf andere – unveröffentlichte oder veröffentlichte – Dokumente, sofern das für die geschichtliche Einordnung hilfreich erscheint. Weiterhin finden sich in den Fußnoten Erläuterungen zu einzelnen Details, etwa zu handschriftlichen Randnotizen, Unterstreichungen, Streichungen. Bearbeitungsvermerke und Vorlageverfügungen werden entweder in der weiteren Fußnote als vorhanden erwähnt oder aber in den späteren Fußnoten entschlüsselt, sofern sie nach Ansicht der Editoren wesentliche Aussagen enthalten. Für die im Quellentext genannten Abkommen, Gesetze und Erlasse werden die Fundorte nach Möglichkeit in den Fußnoten angegeben, andere Bezugsdokumente mit ihrer Archivsignatur. Konnten diese nicht ermittelt werden, wird das angemerkt. Für die in den Schriftstücken angeführten Absender und Adressaten wurden, soweit möglich, die biographischen Daten ermittelt und angegeben. Dasselbe gilt für die im Text erwähnten Personen, sofern sie als handelnde Personen eingestuft werden. Die Angaben stehen in der Regel in der Fußnote zur jeweils ersten Nennung des Namens innerhalb eines Bandes und lassen sich so über den Personenindex leicht auffinden.
Die Kurzbiographien beruhen auf Angaben, die sich in Nachschlagewerken, in der Fachliteratur und in der Datenbank der Opfer der Schoa von Yad Vashem finden. In einigen Fällen wurden Personalakten und -karteien eingesehen, Stadt- und Firmenarchive, Stan-

desämter und Spezialisten befragt. Für denselben Zweck wurden die auf die NS-Zeit bezogenen Personenkarteien und -dossiers einschlägiger Archive benutzt: in erster Linie die des ehemaligen Berlin Document Center und der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen (Ludwigsburg), die heute im Bundesarchiv verwahrt werden.

Trotz aller Mühen gelang es nicht immer, die biographischen Daten vollständig zu ermitteln. In solchen Fällen enthält die jeweilige Fußnote nur die gesicherten Angaben, wie z. B. das Geburtsjahr. Waren Personen nicht zu identifizieren, wird auf eine entsprechende Anmerkung verzichtet, desgleichen bei allseits bekannten Personen wie Adolf Hitler oder Heinrich Himmler.

In der Regel setzen die Editoren die zeitüblichen Begriffe des nationalsozialistischen Deutschlands nicht in Anführungszeichen. Dazu gehören Wörter wie Judenrat, Judenältester etc. Der Kontext macht deutlich, dass keines der Wörter affirmativ gebraucht wird. Die Begriffe Jude, Jüdin, jüdisch werden folglich, den Umständen der Zeit entsprechend, auch für Menschen verwandt, die sich nicht als jüdisch verstanden haben, aber aufgrund der Rassengesetze so definiert wurden und daher der Verfolgung ausgesetzt waren.

Ein großer Teil der Dokumente wurde aus Fremdsprachen übersetzt. Dabei sind Straßennamen gegebenenfalls durch den Zusatz „-Straße", „-Gasse" oder „-Platz" ergänzt worden. Die Ortsnamen wurden aus den Dokumenten übernommen, es sei denn, die deutsche Ortsbezeichnung ist seit alters gebräuchlich (z. B. Bukarest, Charkow, Czernowitz, Kiew, Moskau, Lemberg, Wilna). Falls in den deutschsprachigen Dokumenten oder in den Übersetzungen heute ungebräuchliche Ortsnamen verwendet werden, steht in der Titelzeile der damals völkerrechtlich gültige Name in Klammern, z. B. Rositten (Rēzekne). Sämtliche in den Dokumenten auftretenden Ortsbezeichnungen und Schreibweisen sind im Ortsregister verzeichnet; verwiesen wird jeweils auf den völkerrechtlich gültigen Namen. Das Ortsregister dient damit auch als Konkordanz.

Ein besonderes Problem bildet die wechselnde Schreibweise des Begriffs Getto bzw. Ghetto. Im Deutschen waren damals beide Formen gebräuchlich. Sie werden daher wie im Original belassen. In übersetzten Dokumenten wird die Schreibweise Getto benutzt, desgleichen in der Einleitung und im Kommentierungstext.

Hebräische, zeitgenössische fremdsprachige oder erläuterungsbedürftige Begriffe werden in einer Fußnote, bei Mehrfachnennung im Glossar erklärt.

Einleitung

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am Morgen des 22. Juni 1941 begann der größte Vernichtungskrieg der Neuzeit. Die Gewalt traf fast alle Menschen in den besetzten sowjetischen Gebieten, keine Bevölkerungsgruppe verfolgten die deutschen Besatzer jedoch so systematisch und so erbarmungslos wie die Juden. Die vorliegende Edition dokumentiert, wie die deutsche Führung bereits in den Monaten vor Beginn des Deutsch-Sowjetischen Kriegs die Ermordung der vermeintlich jüdisch-bolschewistischen Führungsschicht plante, wie die Invasoren die Juden sofort nach ihrem Einmarsch diskriminierten, entrechteten und ausplünderten und wie schließlich Kommandos von SS und Polizei, unterstützt von Teilen der Wehrmacht sowie von einheimischen Helfern, eine immer umfassendere Mordkampagne gegen die Juden durchführten.

Aufgrund seiner enormen Dimensionen wird dieses Verbrechen in zwei Bänden dokumentiert. Da in dieser Einleitung grundlegende Entscheidungen dargestellt werden, umfasst sie auch die Vorgeschichte der Ereignisse, die im Folgeband behandelt werden, und fällt daher umfangreicher aus. Den geografischen Rahmen der beiden Bände bilden die Grenzen der sogenannten besetzten Ostgebiete. Diese umfassten fast alle von der Wehrmacht eroberten Territorien, die bis Juni 1941 zur Sowjetunion gehörten – also auch die 1939/40 von der Sowjetunion annektierten polnischen und rumänischen Gebiete sowie die baltischen Republiken. Die Regionen dagegen, die im August 1941 dem Generalgouvernement, Ostpreußen oder Rumänien zugeteilt wurden (Ostgalizien mit Lemberg, das Gebiet Białystok sowie die nördliche Bukowina und Bessarabien), gehörten fortan nicht mehr zu den besetzten Ostgebieten. Die weitere Judenverfolgung in diesen Regionen wird daher in den entsprechenden Bänden zu Polen (Band 9 und 10) bzw. zu Rumänien (Band 13) behandelt.

Die Abgrenzung der Bände 7 und 8 orientiert sich hauptsächlich an den zwei zeitlich versetzten Mordwellen, in deren Rahmen die Deutschen die Juden in den besetzten Ostgebieten umbrachten. Im Verlauf der ersten Mordwelle zogen mobile Kommandos im Gefolge der Wehrmacht durch die besetzten Gebiete und töteten schrittweise immer mehr Juden: zunächst – in dem Streifen hinter der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie – die Angehörigen der jüdischen Führungsschicht, dann – als sie weiter nach Osten vordrangen – alle jüdischen Männer. Zwischen August und Oktober 1941 vollzogen die Mordkommandos schließlich den entscheidenden Schritt vom Terror zum Völkermord, als sie ganze Gemeinden einschließlich aller Frauen und Kinder auslöschten. Diese erste Welle des Judenmords erfasste nahezu zeitgleich sowohl die Gebiete unter deutscher Militärverwaltung als auch die baltischen Republiken, die damals bereits teilweise deutscher Zivilverwaltung unterstellt waren, sowie die von Rumänien besetzten ukrainischen Gebiete Odessa und Vinnica (das sogenannte Transnistrien). Aus diesem Grund dokumentiert Band 7 die Judenverfolgung in diesen drei Gebieten in einer Zusammenschau und zeichnet die dortige Entwicklung bis zum Ende der deutschen Besatzung nach.

Weil die Mordkommandos ihre Massaker stufenweise ausdehnten, hatten die meisten Juden in Ostpolen, der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrussland den Durchzug dieser Einheiten zunächst überlebt. Die Deutschen holten den Massenmord in diesen Regionen später jedoch gewissermaßen nach: Nachdem die Angehörigen der *mobilen*

Tötungskommandos bis zum Frühjahr 1942 fast alle Juden in den Gebieten unter Militärverwaltung umgebracht hatten, wechselten sie nach und nach zu den *stationären* Dienststellen der Sicherheitspolizei (Sipo) in den zivilverwalteten Gebieten Weißrusslands und der Ukraine und begannen, dort ebenfalls sämtliche Juden zu ermorden. Bereits wenige Monate später – im Herbst 1942 – hatten die Sicherheitspolizisten die meisten Gettos aufgelöst und deren Insassen getötet. Diese zweite Welle des Judenmords im Generalkommissariat Weißruthenien und im Reichskommissariat Ukraine wird in Band 8 dokumentiert.

Der erste Abschnitt des vorliegenden siebten Bands befasst sich mit der Kriegsvorbereitung und dem Judenmord in den vom deutschen Militär verwalteten Gebieten. In diesem Zusammenhang wird auch der Mord an den jüdischen Kriegsgefangenen nachgezeichnet. In einem zweiten Abschnitt werden die Verfolgung und Ermordung der Juden in den baltischen Ländern dargestellt. Ein kürzerer dritter Abschnitt beleuchtet schließlich die Entwicklung in den von Rumänien besetzten Gebieten.

Bereits in den ersten sechs Monaten nach dem Einmarsch der Deutschen starben über 500 000 Juden in jenen Gebieten Weißrusslands, Russlands und der Ukraine, die unter Verwaltung des deutschen Militärs standen. Zugleich ermöglichte die Wehrmacht die Ermordung Zehntausender jüdischer Kriegsgefangener, die sich in ihrem Gewahrsam befanden. Als die deutschen Truppen und Mordkommandos im Sommer 1942 in Richtung Stalingrad und in den Nordkaukasus vorrückten, fielen SS und Polizei weitere rund 50 000 Juden zum Opfer. Im Baltikum hatten die Besatzer und ihre einheimischen Helfer bis Anfang 1942 etwa 230 000 Juden umgebracht; zu diesem Zeitpunkt lebten in Litauen nur noch etwa 44 000 und in Lettland knapp 7000 Juden, in Estland hingegen bereits keine mehr. Auch die meisten litauischen und lettischen Juden wurden ermordet, als die SS im Herbst 1943 begann, die Gettos aufzulösen.

Während des gesamten Kriegs starben in den baltischen Republiken mindestens 270 000 Juden, in Weißrussland etwa 500 000, in der Ukraine etwa 1,5 Millionen (davon 570 000 in Ostgalizien, das vom August 1941 an zum Generalgouvernement gehörte), in den Gebieten Russlands etwa 80 000 Juden. Über 104 000 Juden aus Bessarabien (der heutigen Republik Moldau) und der Nordbukowina wurden bei Kriegsbeginn im Zuge von Pogromen getötet oder kamen nach ihrer Deportation in Richtung Osten in den Lagern des rumänischen Besatzungsgebiets Transnistrien um. Insgesamt starben mindestens 2,5 Millionen Juden, die am 22. Juni 1941 innerhalb der damals bestehenden Grenzen der Sowjetunion gelebt hatten oder in die besetzten Ostgebiete deportiert wurden.[1]

1 Yitzhak Arad, The Holocaust in the Soviet Union, Lincoln u.a. 2009, S. 517–526. Neben zahlreichen Einzelstudien haben Historiker in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion inzwischen eine Reihe von Nachschlagewerken zur Geschichte des Judenmords in den besetzten sowjetischen Gebieten verfasst. Zu den wichtigsten gehören: Vladimir I. Adamuško (Hrsg.), Spravočnik o nemecko-fašistskich lagerjach, getto, drugich mestach prinuditeľnogo soderžanija graždanskogo naselenija na vremenno okkupirovannoj territorii Belarusii v period Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945, Minsk 1998; Aleksandr I. Kruglov, Katastrofa ukrainskogo evrejstva. 1941–1944 gg. Ėnciklopedičeskij spravočnik, Char'kov 2001; Il'ja A. Al'tman (Hrsg.), Cholokost na territorii SSSR. Ėnciklopedija, Moskva 2009.

Die Juden im Russischen Reich

Das Russische Reich kam vergleichsweise spät zu seinen jüdischen Untertanen. Als Zarin Katharina II. im Zuge der Teilungen Polens nach 1772 ihren Herrschaftsbereich Richtung Westen ausdehnte, annektierte sie auch jene polnischen Gebiete, in denen seit dem hohen Mittelalter zahlreiche jüdische Gemeinden entstanden waren.[2] Noch bei der Volkszählung von 1897 lebten 94 Prozent der damals insgesamt 5,2 Millionen Juden des Imperiums in jenen westlichen Gebieten, die einst überwiegend zu Polen gehört hatten. Im russischen Kernland des Reichs hatte es dagegen seit der Ausweisung aller Juden im Jahr 1742 keine jüdischen Gemeinden mehr gegeben – und schon nach der ersten Teilung Polens im Jahr 1772 setzte sich in St. Petersburg die Auffassung durch, dass dies auch so bleiben solle. Um die christlichen Händler vor unliebsamer Konkurrenz zu schützen, verbot Katharina II. den Juden 1791, sich im Innern Russlands niederzulassen. Das Wohnrecht wurde ihnen nur in jenen 25 westlichen Gouvernements gewährt, die sich von Litauen im Norden über Weißrussland bis an die ukrainische Schwarzmeerküste erstreckten und die man fortan zusammenfassend als „Ansiedlungsrayon" bezeichnete. Damit setzte eine lange Folge von antijüdischen Bestimmungen und Gesetzen ein, die Alexander I. erstmals im „Statut über die Juden" von 1804 zusammenfassen ließ und die bis zum Ersten Weltkrieg die rechtliche Lage der Juden in Russland prägten.

Eine vorübergehende Trendwende brachte die Reformära unter Zar Alexander II. Er gestattete wohlhabenden Juden seit 1859, den Ansiedlungsrayon zu verlassen und sich auch in Moskau und St. Petersburg niederzulassen. Mit der Ermordung des Zaren durch Anarchisten im Jahr 1881 zerstoben jedoch die Hoffnungen, die sich mit dieser zaghaften Emanzipationspolitik verbunden hatten. Die Nachfolger des „Reformzaren", Alexander III. und Nikolaus II., widerriefen dessen liberale Maßnahmen aus Furcht vor revolutionären Bestrebungen; das galt auch für die den Juden gemachten Zugeständnisse. Alexander III. ließ 1891/92 sogar Tausende jüdischer Handwerker aus Moskau und Petersburg ausweisen. Hatte sich in den 1870er-Jahren eine kleine Gruppe jüdischer Industrieller etablieren können, so war ein solcher Aufstieg nach 1881 kaum noch möglich. 1898 waren durchschnittlich 20 Prozent der Juden im Russischen Reich von der Armenfürsorge abhängig, in Wilna erreichte dieser Anteil sogar 37 Prozent.

Die Tatsache, dass viele Juden arm waren und um 1900 etwa 60 Prozent von ihnen weiterhin nur in den vorindustriellen Branchen Handwerk und Kleinhandel Beschäftigung fanden, hinderte die Antisemiten in Russland nicht daran, die kapitalistische und säkulare Moderne als eine spezifisch „jüdische Gefahr" für die traditionelle russische Gesellschaft darzustellen. „Unter einer bürgerlichen Struktur, die in Russland unaufhaltsam unsere alte Gemeindestruktur ablöst", warnte Sergej Šarapov, einer der führenden Ideologen des russischen Antisemitismus, „kann der Jude nur Herr sein, wie auch immer man ihn in

2 Simon Dubnow, History of the Jews in Russia and Poland. From the Earliest Times until the Present Day, Bergenfield 2000 (erste Ausgabe: Philadelphia 1916); John Doyle Klier, Russia Gathers Her Jews. The Origins of the „Jewish Question" in Russia, 1772 – 1825, DeKalb 1986; ders., Imperial Russia's Jewish Question, 1855 – 1881, Cambridge u.a. 1995; Antony Polonsky, The Jews in Poland and Russia, Oxford 2010. Einen knappen Überblick über die Geschichte der Juden im Russischen Reich bietet Michael Stanislawski, Russian Empire, in: Gershon David Hundert (Hrsg.), The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe, 2 Bde., New Haven u.a. 2008, S. 1607 – 1615.

seinen Rechten einschränkt, außer vielleicht in dem Fall, dass es keinen einzigen Juden gibt."[3]

Die russische Regierung unter Nikolaus II. war in der Frage, wie sie sich gegenüber den Juden verhalten solle, allerdings gespalten: Finanzminister Sergej Vitte, der selbst mit einer (getauften) Frau jüdischer Herkunft verheiratet war, begriff sein Ressort als Reformagentur und sprach sich schon deshalb gegen antijüdische Maßnahmen aus, weil er die Wirtschaft liberalisieren wollte. Dem standen die Konservativen im Innenministerium unter Vjačeslav von Plehwe entgegen. Sie fanden immer neue Argumente, um Juden auf dem Verordnungsweg am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg zu hindern. Darüber hinaus unterstützten manche Angehörige der zaristischen Geheimpolizei die politischen Antisemiten und halfen beispielsweise die „Protokolle der Weisen von Zion" zusammenzustellen, eine Sammlung fiktiver Pläne für eine jüdische Weltverschwörung. Die Pogromwellen der Jahre 1881 bis 1884 sowie 1903 bis 1905, bei denen Gewalttäter zahlreiche Juden ermordeten, wurden hingegen nicht von staatlichen Stellen initiiert oder gefördert.[4]

Aufgrund der Pogrome, der fortgesetzten Diskriminierung und der wirtschaftlichen Stagnation emigrierten viele Juden in den Westen, vor allem in die USA. Zwischen 1880 und 1914 verließen etwa drei Millionen Juden das Russische Reich. Viele andere gingen – zwar illegal, aber meist geduldet – in die zentralrussischen Großstädte. Im Zuge der Urbanisierung begann sich das traditionelle Schtetl-Milieu langsam aufzulösen; es zeichnete sich ein tief greifender Wandel der jüdischen Gesellschaft ab.

Die Juden in der Sowjetunion

Nach Beginn des Ersten Weltkriegs gewannen die Antisemiten innerhalb der russischen Führung die Oberhand; sie betrachteten die Juden als potenzielle Agenten ausländischer Mächte. Als die Mittelmächte 1915 ihre Offensive gegen die russische Armee starteten, deportierten die zaristischen Behörden daher etwa 500 000 Juden als „unzuverlässige Elemente" aus den westlichen Gouvernements nach Osten. Mit der Februar-Revolution von 1917 brach für die Juden im Russischen Reich hingegen eine neue Zeit an.[5] Bereits im März 1917 hob die neue Provisorische Regierung unter Aleksandr F. Kerenskij sämtliche antijüdischen Bestimmungen auf, deren Zahl sich inzwischen auf etwa 140 belief. Damit waren die Juden des Russischen Reichs erstmals vollständig gleichberechtigte Bürger. Schnell gerieten sie jedoch zwischen die Fronten des Russischen Bürgerkriegs, der nach dem Staatsstreich der Bolschewiki ausbrach und bis 1921 andauerte. Im Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1920 waren ebenfalls viele Juden unter den Opfern. Der Traum von der

3 Zit. nach: Heinz-Dietrich Löwe, Antisemitismus und reaktionäre Utopie. Russischer Konservatismus im Kampf gegen den Wandel von Staat und Gesellschaft 1890 – 1917, Hamburg 1978, S. 26.

4 Simon Dubnov/Grigorij Krasnyj-Admoni (Hrsg.), Materialy dlja istorii antievrejskich pogromov v Rossii. Dubossarskoe i Kišenëvskoe delo 1903 goda, Petrograd 1919; John D. Klier/Shlomo Lambroza (Hrsg.), Pogroms: Anti-Jewish Violence in Modern Russian History, Cambridge u. a. 1992; Jeffrey L. Sammons (Hrsg.), Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundlage des modernen Antisemitismus. Eine Fälschung. Text und Kommentar, 2. Aufl., Göttingen 2001.

5 Grundlegend zur Geschichte der Juden in der Sowjetunion siehe Benjamin Pinkus, The Jews of the Soviet Union. The History of a National Minority, Cambridge u. a. 1988.

Emanzipation verwandelte sich in einen Albtraum der Gewalt: In Hunderten Pogromen und Massakern, die antibolschewistische Einheiten, aber auch polnische Verbände oder Bauernheere verübten, starben etwa 50 000 Juden.[6]

In dieser Situation setzten viele Juden ihre Hoffnungen in die Bolschewiki, die sich den Kampf gegen den Antisemitismus auf die Fahnen geschrieben hatten. Antisemiten sahen darin den Beweis für ihre Behauptung, dass Juden eine besondere Affinität zum Kommunismus hätten, und zählten seither mit Hingabe den Anteil von Juden an der bolschewistischen Führungsschicht. Zwar waren tatsächlich schon vor 1900 vor allem assimilierte Juden aus Arbeiter- und Intellektuellenkreisen auf der Suche nach Unterstützern in ihrem Kampf für Emanzipation zur Arbeiterbewegung gestoßen; der 1897 gegründete Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland (kurz: Bund) bildete für einige Jahre sogar das organisatorische Rückgrat der russischen Sozialdemokratie. Und als die Arbeiterbewegung sich spaltete, traten einige jüdische Aktivisten auch der bolschewistischen Partei bei. Dennoch fanden sich im Jahr 1922 unter den knapp 24 000 Parteimitgliedern nur 958 Juden – ein Anteil von vier Prozent –, zur Partei- und Staatselite gehörten 1939 laut sowjetischer Volkszählung nur 0,7 Prozent der jüdischen Erwerbstätigen.[7]

Ein weit größerer Anteil der jüdischen Bevölkerung zählte hingegen zu den Verlierern der Revolution. Insbesondere orthodoxe Juden, Kleinhändler und Handwerker entsprachen nicht dem kommunistischen Idealbild vom Neuen Menschen. Als die Bolschewiki von 1928 an vermeintlichen Spekulanten die Schuld für die Versorgungskrisen und Hungersnöte zuschoben, gerieten viele jüdische Geschäftsleute als angebliche Klassenfeinde ins Visier der staatlichen Verfolger.

Die bolschewistische Nationalitätenpolitik wies zudem gegenüber den Juden die gleichen Ambivalenzen auf wie gegenüber anderen nationalen und religiösen Minderheiten der Sowjetunion. Was die Bolschewiki zunächst als Schritt zur „nationalen Selbstbestimmung“ unterstützt und teilweise erst initiiert hatten – jüdische Clubs, Zeitungen, Theater und sogar kleine jüdische Nationalitätengebiete[8] –, galt ihnen bald als potenzieller Hort einer gefährlichen nationalistischen Reaktion. Die Bolschewiki wollten eine jüdische Identität schaffen, die von der Religion abgekoppelt war: Einerseits förderten sie daher zwar eine literarische Zeitschrift in jiddischer Sprache und gründeten ein Staatliches Jüdisches Theater, andererseits schlossen sie zahlreiche Synagogen.[9] Eigentlich hätte die bolschewistische Führung mit dem Erfolg ihrer Politik zufrieden sein können: Die noch 1917 weitgehend abgeschottete jüdische Gemeinschaft durchlief in der Zwischenkriegszeit

6 I. M. Cherikover, Antisemitizm un pogromen in Ukraine 1917 – 1918. Tsu der geshikhte fun ukrainish-yidishe batsiungen, Berlin 1923; Simon Dubnov, Evrei v Rossii i zapadnoj Evrope v epochu antisemitskoj reakcii, Moskva 1923; Henry Abramson, A Prayer for the Government. Ukrainians and Jews in Revolutionary Times, 1917 – 1920, Cambridge, Mass., 1999; Oleg V. Budnickij, Rossijskie evrei meždu krasnymi i belymi (1917 – 1920), Moskva 2005.

7 Zvi Gitelman, Jewish Nationality and Soviet Politics. The Jewish Sections of the CPSU, 1917 – 1930, Princeton 1972, S. 105; Mordechai Altshuler, Soviet Jewry on the Eve of the Holocaust. A Social and Demographic Profile, Jerusalem 1998, S. 163, 312.

8 Antje Kuchenbecker, Zionismus ohne Zion. Birobidžan: Idee und Geschichte eines jüdischen Staates in Sowjet-Fernost, Berlin 2000.

9 Pinkus, Jews of the Soviet Union (wie Anm. 5), S. 98 – 105; Michail Beizer, Evrei Leningrada, 1917 – 1939. Nacional'naja žizn' i sovetizacija, Moskva 1999; Anna Shtershis, Soviet and Kosher. Jewish Popular Culture in the Soviet Union, 1923 – 1939, Bloomington 2006.

einen tief greifenden Säkularisierungsprozess und integrierte sich weitgehend in die sowjetische Gesellschaft. Vor allem junge und gut ausgebildete Juden strömten seit 1920 in die Großstädte, so dass Anfang 1939 etwa ein Drittel aller sowjetischen Juden in den fünf größten Städten der Union lebte: in Kiew, Charkow, Odessa, Leningrad und Moskau. Fernab der traditionellen Schtetl im ehemaligen Ansiedlungsrayon lösten sich die kulturellen Bindungen vieler Juden an ihre Herkunft. Nur noch 26,4 Prozent der russischen Juden gaben damals Jiddisch als ihre Muttersprache an.[10]

Dennoch sah die bolschewistische Führung um Stalin ihr Experiment, eine zugleich nationale und sozialistische Identität zu schaffen, auch bei den Juden als gescheitert an. 1937, als der sowjetische Diktator und seine Gefolgschaft von der Allgegenwart ihrer Feinde überzeugt waren, schlossen die Bolschewiki daher auch zahlreiche jüdische Einrichtungen oder wandelten sie in russischsprachige Institutionen um. Die meisten jüdischen Religionsgelehrten wurden verhaftet. In den Jahren vor Beginn des Zweiten Weltkriegs zählten die Juden neben den Polen und Deutschen zu den Minderheiten, die der sowjetische Diktator mit besonderem Misstrauen verfolgte. Die antijüdischen Züge seiner Politik wurden offensichtlich, als die „Säuberungen" die höchsten politischen Ebenen erfassten. Insbesondere im diplomatischen Dienst und bald darauf auch im Volkskommissariat des Inneren (NKVD) sowie dem ihm unterstehenden Geheimdienst fielen diesen Verfolgungen überproportional viele Juden zum Opfer.[11]

Die Juden in den sowjetisch annektierten Gebieten 1939 – 1941

Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs lebten in der Sowjetunion etwa drei Millionen Juden. 1939 und 1940 annektierte die sowjetische Führung das östliche Polen, die baltischen Republiken sowie die Nordbukowina und Bessarabien – Gebiete, in denen sich Mitte 1940 insgesamt weitere 1,86 Millionen Juden aufhielten,[12] darunter über 200 000 jüdische Flüchtlinge aus dem westlichen Teil Polens, den die Deutschen 1939 besetzt hatten.[13] Diese Flüchtlinge, die oftmals die erste Welle antijüdischer Gewalttaten der Deutschen erlebt hatten, waren zunächst über die Ankunft der Roten Armee erleichtert. Glei-

10 Altshuler, Soviet Jewry on the Eve of the Holocaust (wie Anm. 7), S. 37; Leonid Praisman, Russian Soviet Federated Republic, in: Hundert (Hrsg.), The YIVO encyclopedia of Jews (wie Anm. 2), S. 1615 – 1618.

11 Arkadij Vaksberg, Stalin Against the Jews, New York 1994, S. 82 – 86; Arkadii Zeltser, The Liquidation of Yiddish Schools in Belorussia and Jewish Reaction, in: Jews in Eastern Europe, 41 (2000), H. 1, S. 74 – 111; Arkadij Zel'cer, Evrei sovetskoj provincii. Vitebsk i mestečki 1917 – 1941, Moskva 2006, S. 121 – 147.

12 Die Schätzungen dazu gehen stark auseinander. Die solidesten Zahlen finden sich bei Altshuler, Soviet Jewry on the Eve of the Holocaust (wie Anm. 7), S. 323 – 332. Demnach lebten Anfang 1940 in Ostpolen (inklusive Wilnagebiet) 1 355 000 Juden, in Litauen (ohne Wilnagebiet) 152 000, in Lettland 90 000, in Estland 4000 sowie in Bessarabien und der Nordbukowina 270 000 Juden. Mit ähnlichen Zahlen operiert Gerd Robel, Sowjetunion, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Dimensionen des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991, S. 499 – 560, hier S. 502 – 507.

13 Ben-Cion Pinchuk, Shtetl Jews under Soviet Rule. Eastern Poland on the Eve of the Holocaust, Oxford u. a. 1990, S. 102 – 116; Marek Wierzbicki, Polacy i Żydzi w zaborze sowieckim. Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach północno-wschodnich II RP pod okupacją sowiecką (1939 – 1941), Warszawa 2001; Il'ja Al'tman, Opfer des Hasses. Der Holocaust in der UdSSR 1941 – 1945, Gleichen u. a. 2008.

ches galt für einen Teil der ostpolnischen Juden, die in der Republik Polen gesellschaftlich diskriminiert wurden und insbesondere von 1935 an unter der antijüdischen Politik der Regierung zu leiden gehabt hatten. Dominierend blieb aber die Angst vor den Deutschen: Zahlreiche Juden waren erleichtert über ihre „Rettung vor dem deutschen Albtraum".[14]
Dennoch: In den Augen vieler Polen, Ukrainer, Balten und Rumänen in den annektierten Gebieten galt das neue Regime bald als „jüdisch". Zwar stellten Juden beispielsweise in Ostgalizien etwa 13 Prozent des sowjetischen Verwaltungspersonals und waren damit nur leicht überproportional vertreten, entscheidend war jedoch der subjektive Eindruck – als diese Region zu Polen gehörte, hatte es dort gar keine jüdischen Beamten gegeben.[15] Aus Sicht der Bolschewiki waren die Juden zunächst ideale Kandidaten, um eine lokale Selbstverwaltung aufzubauen: einerseits überdurchschnittlich gebildet, andererseits – im Gegensatz insbesondere zu Ukrainern und Polen – wenig ambitioniert, was einen eigenen Staat anging. Ihren politischen Aufstiegsmöglichkeiten waren in den annektierten Gebieten allerdings enge Grenzen gesetzt. In Ostpolen tauschten die Sowjets die Bürgermeister und Milizchefs, die der lokalen jüdischen oder polnischen Minderheit angehörten, schon bald gegen Ukrainer oder Weißrussen „aus dem Osten" aus.[16]
Zudem spürten die meisten Juden bald die harte Hand der neuen Herren. Zwar ergaben sich neue Karrieremöglichkeiten in Industrie und Verwaltung, doch die wirtschaftlichen Repressionen des neuen Regimes trafen Juden oft in besonderem Maße. Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung arbeitete als Selbstständige: die meisten als Handwerker und Händler, die in der Regel nicht über Rücklagen verfügten, mit denen sie die neu eingeführten Steuern und Einschränkungen des Eigentumsrechts hätten ausgleichen können, andere als Rechtsanwälte und Notare, die innerhalb des juristischen und wirtschaftlichen Systems der Sowjetunion bald überhaupt keinen Platz mehr hatten – wer in seinem Beruf weiterarbeiten wollte, musste eine Stelle im Staatsapparat finden und dafür seine „proletarische Herkunft" belegen. Viele Juden flohen daher in den deutsch besetzten Teil Polens. „Es ist besser, von den Deutschen ausgebeutet zu werden, als durch die Russen den Hungertod zu erleiden", erklärten zwei jüdische Flüchtlinge Anfang 1940 einem Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft in Kaunas.[17]

14 Andrzej Żbikowski, Jewish Reaction to the Soviet Arrival in the Kresy in September 1939, in: Polin. Studies in Polish Jewry, 13 (2000), S. 62 – 72, hier S. 66; Jan T. Gross, Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia, Neuaufl., Princeton u. a. 2002, S. 32.

15 Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941 – 1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996, S. 32.

16 Zvi Gitelman, A Century of Ambivalence. The Jews of Russia and the Soviet Union, 1881 to the Present, New York 1988, S. 180; Jakob Honigsman, Juden in der Westukraine. Jüdisches Leben und Leiden in Ostgalizien, Wolhynien, der Bukowina und Transkarpatien 1933 – 1945, Konstanz 2001, S. 113 f.

17 Zit. in: VEJ 4/75, Bericht Nr. 568 des Gesandten der USA in Kaunas, Bernard Gufler, an das Außenministerium in Washington vom 18. 1. 1940. Die beiden Männer waren aus Versehen nach Litauen geraten. Zur sowjet. Politik in Ostpolen siehe Pinchuk, Shtetl Jews (wie Anm. 13), S. 50 – 53; Aharon Weiss, Some Economic and Social Problems of the Jews of Eastern Galicia in the Period of Soviet Rule, in: Norman Davies (Hrsg.), Jews in Eastern Poland and the USSR, 1939 – 46, Basingstoke u. a. 1997, S. 77 – 109; Bernhard Chiari, Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrussland 1941 – 1944, Düsseldorf 1998, S. 36 – 46; Alexander Brakel, Unter Rotem Stern und Hakenkreuz: Baranowicze 1939 – 1944. Das westliche Weißrussland unter sowjetischer und deutscher Besatzung, Paderborn 2009, S. 43 – 58.

Die neuen Machthaber wälzten zudem das gesellschaftliche und politische Leben in den annektierten Gebieten vollständig um und lösten schrittweise fast alle jüdischen Organisationen und Einrichtungen auf; in Lemberg blieb nur noch die jüdische Beerdigungskooperative übrig. Auf den Verhaftungslisten des NKVD fanden sich neben polnischen, ukrainischen und baltischen Persönlichkeiten zahlreiche Aktivisten jüdischer religiöser und säkularer Parteien.[18] Als die Bolschewiki zwischen Anfang 1940 und Juni 1941 schließlich über 300 000 Menschen aus den annektierten polnischen, baltischen und rumänischen Gebieten in den Osten und Norden des Landes deportierten, befanden sich darunter auch viele Juden: Neben einigen tausend „sozial feindlichen Elementen" (also vor allem Selbstständigen und Oppositionellen) waren dies in erster Linie etwa 76 000 jüdische Flüchtlinge, die sich geweigert hatten, sowjetische Staatsbürger zu werden. Die Bolschewiki werteten dies als Akt der Illoyalität.[19]

Evakuierung und Flucht

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass diese Gewalttat vielen Flüchtlingen das Leben rettete. Zwar starben zahlreiche Deportierte auf dem Transport oder in den „Sondersiedlungen" an Kälte, Hunger und Krankheiten – von den polnischen Juden aber, die in den deutschen Herrschaftsbereich westlich des Bugs zurückkehrten, überlebte fast keiner.

Die sowjetischen Behörden waren für deren fatalen Entschluss zur Rückkehr mitverantwortlich. Die Führung in Moskau wusste von der Judenverfolgung im deutsch besetzten Teil Polens. Ein zwölfseitiger Geheimdienstbericht dokumentierte schon Ende 1939 zahlreiche antijüdische Maßnahmen der Deutschen, von der Kennzeichnung durch Armbinden über Deportationen bis hin zu Massenerschießungen.[20] Dennoch hielt das Politbüro diese Erkenntnisse unter Verschluss. Seitdem Molotov im August 1939 den Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion unterzeichnet hatte, unterdrückte die sowjetische Zensurbehörde kritische Berichte über das NS-Regime und somit auch über dessen antijüdische Politik. Völlig geheim halten ließ sich diese zwar nicht, da viele aus Westpolen eintreffende Flüchtlinge darüber berichteten. Aber solche Informationen konnten nur im kleinen Kreis verbreitet werden, so dass vielen Juden östlich des Bugs der Einblick in die deutsche Verfolgungspolitik in Polen verwehrt blieb. Andere konnten sich entweder nicht vorstellen, dass die Deutschen die kolportierten Verbrechen tatsächlich begangen hatten, oder sie hielten diese für isolierte Exzesse, zumal sich viele an die Deut-

18 Dov Levin, The Lesser of Two Evils. Eastern European Jewry under Soviet Rule, 1939 – 1941, Philadelphia 1995, S. 40 – 64; Tikva Fatal-Knaani, The Jews of Pinsk, 1939 – 1943. Through the Prism of New Documentation, in: Yad Vashem Studies, 29 (2001), S. 149 – 182, hier S. 152 – 159; Gross, Revolution from Abroad (wie Anm. 14), S. 270 f.

19 VEJ 4/124, Befehl (streng geheim) des Volkskommissars des Inneren der UdSSR (Nr. 2372/B), ungez., an das NKVD der Weißrussischen (Genosse Serov) und der Ukrainischen Sowjetrepublik (Genosse Canava) vom 10.6.1940 über die Deportation der Flüchtlinge im sowjet. besetzten Teil Polens in nördl. Regionen der Sowjetunion. Die Insassen der „Sondersiedlungen" im Gulag waren einer NKVD-Statistik zufolge im April 1941 zu 83 Prozent jüdischer Herkunft; Altshuler, Soviet Jewry on the Eve of the Holocaust (wie Anm. 7), S. 325 f.

20 Bericht (streng geheim) über „Mitteilungen von Flüchtlingen aus den ehemaligen Territorien Polens, die von den Deutschen besetzt wurden", o. D. [nach dem 18.11.1939], NARB, 4/21/1778, Bl. 1 – 12.

schen aus der Zeit des Ersten Weltkriegs als eine vergleichsweise „wohlorganisierte und disziplinierte Nation" erinnerten. Und selbst jene, die die Nachrichten über die antijüdischen Verbrechen glaubten, hielten es nicht für möglich, dass die deutsche Politik auf einen Völkermord hinauslaufen würde.[21]

Dennoch ahnten viele Juden in der Sowjetunion, dass ihnen von den Deutschen Gefahr drohte – darauf deutet zumindest ihr überproportionaler Anteil an den über zehn Millionen Flüchtlingen und Evakuierten hin, die nach Beginn des deutschen Überfalls in das sowjetische Hinterland strömten. Bis zum 1. Dezember 1941 machten sie mindestens 26 Prozent der Flüchtlinge aus; allerdings war nur bei 2,4 Millionen der sowjetischen Flüchtlinge die Nationalität überhaupt festgestellt worden (das Judentum galt in der Sowjetunion als Nationalität und wurde als solche im Pass vermerkt). Für einzelne Regionen liegen genauere Zahlen vor, und diese legen einen höheren Anteil nahe: Von den insgesamt 218 000 Flüchtlingen, die sich zum 1. Oktober 1941 im Gebiet von Krasnodar im Nordkaukasus befanden, waren beispielsweise 73 Prozent Juden.[22]

Die hohe Quote jüdischer Flüchtlinge bedeutet allerdings nicht, dass sich die sowjetische Führung besonders angestrengt hätte, diese offensichtlich besonders gefährdete Personengruppe in Sicherheit zu bringen. Selbst als nach dem ersten Schock des deutschen Überfalls eine halbwegs geordnete Evakuierung in Gang kam, blieben viele Juden zurück: Die Mehrzahl der Eisenbahnwaggons wurde nicht in den frontnahen Gebieten eingesetzt, sondern in Moskau und Leningrad, um deren Einwohner in östliche Landesteile zu transportieren. Außerdem sollten zunächst die Facharbeiter der Rüstungsbetriebe sowie Partei- und Staatsbedienstete mit ihren Angehörigen evakuiert werden. In den westlichen Gebieten der Sowjetunion aber arbeiteten nur wenige Juden in der Metallindustrie oder hatten Partei- und Staatsämter inne, und die übrigen Juden galten für die Kriegswirtschaft als entbehrlich.[23]

Die meisten mussten daher auf eigene Faust flüchten (Dok. 10). Vielen fehlte es dazu nicht allein an Kraft, Geld und Lebensmitteln: In der ersten Kriegsphase versperrten die Grenztruppen des NKVD den Bewohnern der annektierten Territorien zudem den Weg in die altsowjetischen Gebiete, um das Landesinnere vor potenziellen Saboteuren aus den Westgebieten abzuschirmen. Auch dies trug dazu bei, dass von den etwa 1,7 Millionen Juden, die Mitte 1941 in den annektierten Westgebieten der Sowjetunion lebten, maximal 100 000 die Flucht vor den Deutschen gelang. Die wenigsten derer, die bleiben mussten, überleb-

21 Mordechai Altshuler, Escape and Evacuation of Soviet Jews at the Time of the Nazi Invasion. Politics and Realities, in: Lucian Dobroszycki u.a. (Hrsg.), The Holocaust in the Soviet Union. Studies and Sources on the Destruction of the Jews in the Nazi-occupied Territories of the USSR, 1941 – 1945, Armonk 1993, S. 77 – 105, hier S. 86 f.; Zur sowjetischen Informationspolitik siehe Ben-Cion Pinchuk, Soviet Media on the Fate of Jews in Nazi Occupied Territory (1939 – 1941), in: Yad Vashem Studies, 11 (1976), S. 221 – 233; Zitat: Pinchuk, Shtetl Jews (wie Anm. 13), S. 119.

22 Zum Nordkaukasus siehe A. Alekseeva (Hrsg.), Kuban' v gody velikoj otečestvennoj vojny, 1941 – 1945. Chronika sobytij, Krasnodar 2000, S. 76 f.; zum Anteil an der Gesamtzahl der Flüchtlinge auf der Basis von Angaben der sowjet. Umsiedlungsverwaltung siehe Vadim Dubson, On the Problem of the Evacuation of Soviet Jews in 1941, in: Jews in Eastern Europe, 40 (1999), H. 3, S. 37 – 56, hier S. 56.

23 G. Kumanev, Ėvakuacija naselenija SSSR. Dostignutye resul'taty i poteri, in: Ljudskie poteri SSSR v period vtoroj mirovoj vojny, St. Petersburg 1995, S. 137 – 146; S. Švejbiš, Ėvakuacija i sovetskie evrei v gody Katastrofy, in: Vestnik Evrejskogo Universiteta v Moskve, (1995), H. 1 (8), S. 36 – 55; Altshuler, Soviet Jewry on the Eve of the Holocaust (wie Anm. 7), S. 184; Dubson, On the Problem of the Evacuation of Soviet Jews (wie Anm. 22), S. 46 – 48.

ten den Krieg. Die Juden in den altsowjetischen Gebieten konnten eher entkommen. Insgesamt flohen etwa 900 000 aus den Gebieten, die die Wehrmacht bis zum weitgehenden Stillstand der deutschen Offensive Mitte Oktober 1941 besetzte – das waren rund 55 Prozent der dort ansässigen jüdischen Bevölkerung. Weiter östlich gelang einem noch größeren Anteil der Juden die Flucht, allerdings lebten dort sehr viel weniger Juden. Einen Teil der Flüchtlinge holte die Wehrmacht indes im Sommer 1942 bei ihrem Vormarsch nach Südwestrussland und in den Kaukasus wieder ein. Insgesamt gerieten in den besetzten Ostgebieten bis Ende 1942 etwa 2,6 Millionen sowjetische, baltische, rumänische und polnische Juden in die Gewalt der Deutschen und ihrer Verbündeten.[24]

Der Krieg gegen die Sowjetunion

Ziele und Verlauf des Kriegs

Ein Krieg gegen die Sowjetunion gehörte seit den 1920er-Jahren zu Hitlers zentralen politischen Zielen. Er wollte nicht nur das kommunistische System zerschlagen und das Land ausbeuten, sondern vor allem „Lebensraum" für Deutsche gewinnen. Als der Diktator im Laufe des Jahres 1940 erste konkrete Überlegungen für einen Angriff auf die Sowjetunion anstellte, war dies jedoch zunächst durch die aktuelle Kriegslage motiviert. Zwar war im Kampf gegen Großbritannien immer noch kein Sieg in Sicht, doch Hitler wollte die Sowjetunion durch einen Überraschungsangriff ausschalten, solange die Rote Armee noch von den stalinistischen Verfolgungen geschwächt zu sein schien. Zudem hoffte er, sich dieses Gegners entledigen zu können, bevor die USA in den Krieg eingreifen konnten.[25]

Von Anfang an war klar, dass der Feldzug gegen die Sowjetunion mindestens ebenso brutal geführt werden sollte wie der gegen Polen. Die deutschen Besatzer hatten den polnischen Staat und dessen Führungsschicht gezielt vernichtet und zudem bereits zahlreiche polnische Juden umgebracht.[26] Dieses Vorgehen bildete die Vorlage für die Verbrechen an der sowjetischen Bevölkerung. Nachdem Hitler den Oberbefehlshabern der künftigen Ostarmeen am 30. März 1941 in der Reichskanzlei die Leitlinien des bevorstehenden Angriffs mitgeteilt hatte, notierte Generalstabschef Franz Halder: „Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen." Das zeigte sich bereits an der Zielsetzung. Das Unternehmen „Barbarossa", so konstatierte der Historiker Andreas Hillgruber, war von Beginn an nicht nur als Eroberungs-, sondern als Vernichtungskrieg angelegt, mit der Absicht, den „jüdischen Bolschewismus" zu zerschlagen, Kolonialraum zu gewinnen und die slawischen Massen zu unterwerfen. Die eroberten Gebiete sollten

24 Dov Levin, The Fateful Decision. The Flight of the Jews into the Soviet Interior in the Summer of 1941, in: Yad Vashem Studies, 20 (1990), S. 115 – 142; Dubson, On the Problem of the Evacuation of Soviet Jews (wie Anm. 22), S. 51 – 56; Kiril Feferman, Jewish Refugess and Evacuees under Soviet Rule and German Occupation. The North Caucasus, in: Zvi Y. Gitelman/Yaacov Ro'i (Hrsg.), Revolution, Repression and Revival. The Soviet Jewish Experience, Lanham 2007, S. 155 – 178.

25 Jürgen Förster, Hitlers Entscheidung für den Krieg gegen die Sowjetunion, in: Horst Boog u. a., Der Angriff auf die Sowjetunion (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4), Stuttgart 1983, S. 27 – 68.

26 VEJ 4; Jochen Böhler, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Bonn 2006.

dem Reich überdies ein vermeintlich unerschöpfliches Reservoir an Rohstoffen und Lebensmitteln verschaffen.[27]

Eilfertig unterstützt von zahlreichen Beamten und Militärs, ignorierten Hitler und seine Gefolgsleute schon Monate vor dem Überfall systematisch alle Regeln zur Eindämmung des Kriegsgeschehens und zum Schutz der Zivilbevölkerung. Im Krieg gegen die Sowjetunion wollte Hitler niemanden schonen, und von diesem Paradigma ließen sich die Planer in den Berliner Ministerien bei ihren Vorbereitungen leiten. Von Anfang an gingen sie davon aus, dass „zweifellos zig Millionen Menschen verhungern" würden, wenn die Besatzungsmacht Nordrussland und die sowjetischen Großstädte komplett von den Getreidelieferungen aus der Ukraine abschnitte, um die Wehrmacht „aus dem Land heraus" zu ernähren und Lebensmittel ins Reich abzuzweigen. Gleichwohl gab Staatssekretär Herbert Backe vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft den zukünftigen deutschen Landwirtschaftsführern im Besatzungsgebiet kurz vor dem Überfall „12 Gebote" an die Hand, in denen es über „den Russen" hieß: „Sein Magen ist dehnbar, daher kein falsches Mitleid!" Insgesamt verloren in diesem Krieg auf sowjetischer Seite über 20 Millionen Menschen ihr Leben.[28]

Doch obwohl die sowjetischen Streitkräfte vom deutschen Angriff weitgehend überrascht wurden, scheiterte der „Blitzkrieg" der Wehrmacht schon in seiner ersten Phase. Der Zusammenbruch der Roten Armee, mit dem Hitler und seine Generäle fest gerechnet hatten, blieb aus. Den deutschen Panzerarmeen gelang es zwar, die sowjetische Front an vielen Stellen aufzureißen und in mehreren Kesselschlachten jeweils Hunderttausende Gefangene zu machen, dennoch leisteten die Sowjets hartnäckiger Widerstand, als die deutsche Führung erwartet hatte. Während Hitler im Juli 1941 meinte, die Rote Armee sei schon so gut wie besiegt, erlitt die Wehrmacht in dieser Zeit Verluste, die erst in der Schlacht um Stalingrad zur Jahreswende 1942/43 übertroffen werden sollten: In den ersten sechs Monaten des Ostkriegs starben etwa 300 000 Wehrmachtssoldaten, mehr als 600 000 fielen wegen Verwundung aus.[29]

Als mit der Einnahme Kiews am 19. September 1941 die erste Kriegsphase der Kesselschlachten endete, hatte die deutsche Armee deshalb keine Personalreserven mehr, um bei einer neuerlichen Offensive weitere Verluste auszugleichen. Zudem mangelte es ihr an Munition, Treibstoff und Verpflegung. Hitler bestand trotzdem darauf, die sowjetische

27 Franz Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939 – 1942, bearb. von Hans-Adolf Jakobsen, hrsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung, Bd. 2: Von der geplanten Landung in England bis zum Beginn des Ostfeldzuges (1.7.1940 – 21.6.1941), Stuttgart 1963, S. 337; Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940 – 1941, Frankfurt a. M. 1965, S. 515 f.

28 Aktennotiz über die Besprechung der Staatssekretäre am 2.5.1941 über die wirtschaftlichen Ziele des Kriegs gegen die Sowjetunion, Abdruck in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14.11.1945 – 1.10.1946, Bd. 31, Nürnberg 1948, S. 84; Anweisung an die Kreislandwirtschaftsführer über das Verhalten gegenüber Russen in den Besatzungsgebieten (La B.NR. 52/41 g. Kdos.), gez. Backe, vom 1.6.1941, Abdruck in: Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945. Eine Dokumentation, hrsg. von Reinhard Rürup, Berlin 1991, S. 46. Insbesondere die Zahl der zivilen Opfer ist umstritten, viele Berechnungen gehen von sowjet. Gesamtverlusten in Höhe von 27 Millionen Menschen aus; Grigorij F. Krivošeev (Hrsg.), Velikaja Otečestvennaja bez grifa sekretnosti. Kniga poter', Moskva 2009.

29 Ernst Klink, Der Krieg gegen die Sowjetunion bis zur Jahreswende 1941/42, in: Boog u. a., Angriff auf die Sowjetunion (wie Anm. 25), S. 541 – 736; Rüdiger Overmans, Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg, München 1999, S. 279.

Hauptstadt noch vor dem Wintereinbruch einzunehmen (Dok. 91). Der sowjetischen Militärführung war es in der Zwischenzeit jedoch gelungen, die Verteidigungsstellungen vor Moskau auszubauen und weitere Truppen heranzuziehen. Am 5. Dezember konnte die Rote Armee sogar zum Gegenangriff übergehen und die deutsche Front durchbrechen. Für weitere Vorstöße fehlten zu diesem Zeitpunkt allerdings auch der Roten Armee die notwendigen Reserven.

An der Jahreswende 1941/42 zeigte sich somit, dass nicht Schlamm und Schnee den Krieg entschieden, sondern die Fähigkeiten der Kriegsgegner, Ressourcen zu mobilisieren. Hier war die Sowjetunion im Vorteil: Die Moskauer Führung hatte einen Teil der sowjetischen Industrie in den östlichen Landesteil evakuieren lassen, wo sich bereits neue Industriezentren befanden. Zudem erhielt die Rote Armee von 1942 an Kriegsmaterial aus den USA. Hitler und die Wehrmachtsführung gaben sich indes der Illusion hin, der Krieg sei zu gewinnen, wenn Deutschland seine Rohstoffbasis ausbaue. Die deutsche Sommeroffensive 1942 zielte daher auf die Eroberung der kaukasischen Ölfelder. Weil Stalin einen weiteren Angriff auf Moskau erwartet hatte, verlief die „Operation Blau" zwar für die Angreifer zunächst erfolgreich: Die Wehrmacht konnte über den Don nach Süden vorrücken. Die Ölfelder am Kaspischen Meer blieben jedoch außer Reichweite, und die Förderanlagen um Groznyj und Majkop hatten die Sowjets vor ihrem Rückzug zerstört. Das zweite Ziel der Offensive – mit der Einnahme Stalingrads die Wolga zu blockieren – schlug ebenfalls fehl, weil die Rote Armee die Stadt erbittert verteidigte.

Stattdessen erlitt die Wehrmacht dort im Winter 1942/43 eine vernichtende Niederlage, nachdem die deutsche 6. Armee und ihre Verbündeten mit insgesamt 300 000 Mann in der Stadt eingeschlossen worden waren. Während der 72 Tage dauernden Belagerung starben mindestens 164 000 Deutsche und Verbündete, etwa 40 000 Verwundete wurden ausgeflogen, 108 000 Soldaten gerieten in Gefangenschaft, aus der letztlich nur 6000 zurückkehrten. Auf sowjetischer Seite lagen die militärischen Verluste mit etwa einer halben Million Mann noch deutlich höher.[30]

Nach dem Sieg über die 6. Armee und der gescheiterten Wehrmachtsoffensive bei Kursk im Juli 1943 ging die militärische Initiative an der Ostfront weitgehend an die Rote Armee über. Im August 1943 leitete diese an mehreren Frontabschnitten Gegenoffensiven ein und drängte die deutschen Truppen Hunderte Kilometer zurück. Die sowjetischen Partisanen beherrschten zu diesem Zeitpunkt längst weite Bereiche des rückwärtigen deutschen Heeresgebiets und der zivilverwalteten Ostgebiete; mancherorts beschränkte sich der deutsche Herrschaftsbereich nur noch auf größere Ortschaften und deren Umland, was den Nachschub der Wehrmacht zusätzlich erschwerte und Kräfte band. Unter dem Ansturm der sowjetischen Sommeroffensive 1944 kollabierte schließlich die Heeresgruppe Mitte in Weißrussland, während die Rote Armee im Süden bis zur Donau vorstieß. Damit waren die Deutschen und ihre Verbündeten hinter die deutsch-sowjetische Demarkationslinie von 1939 zurückgedrängt worden. Nur im nördlichen Lettland verharrten 30 Divisionen der Heeresgruppe Nord als „Kurland-Armee" bis Kriegsende; nach ihrem über zwei Jahre währenden Versuch, Leningrad auszuhungern, hatten sie sich Anfang 1944 in das Baltikum zurückziehen müssen.

30 Bernd Wegner, Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43, in: Horst Boog u. a., Der Globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941 – 1943 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 6), Stuttgart u. a. 1990, S. 761 – 1102; Richard Overy, Russlands Krieg 1941 – 1945, Reinbek 2003.

Vorbereitungen für den Massenmord

Obwohl Hitler den Krieg gegen die Sowjetunion von Beginn an als Vernichtungskrieg geführt wissen wollte, hatte er zunächst offenbar keine konkreten Pläne für einen Völkermord an den sowjetischen Juden. Er äußerte meist diffuse Verwünschungen, Ermutigungen und Anweisungen, die seine engsten Gefolgsleute interpretierten und weitergaben und die schließlich von den Akteuren in den Berliner Behörden und vor Ort in den besetzten Gebieten mit einem beachtlichen Maß an Eigeninitiative ausgeführt wurden.
Die wichtigsten Personen in diesem Prozess waren neben Hitler selbst Hermann Göring und Heinrich Himmler sowie der Baltendeutsche Alfred Rosenberg. Göring war es gelungen, seine Kompetenzen als Beauftragter für den Vierjahresplan schrittweise auf die Ministerien für Wirtschaft und Ernährung auszudehnen. Vom Sommer 1940 an planten die Staatssekretäre dieser Behörden (allen voran Paul Körner und Herbert Backe) im eigens gegründeten Wehrwirtschaftsstab Ost die Ausbeutung der zu erobernden sowjetischen Gebiete; die entsprechenden Richtlinien wurden in der sogenannten Grünen Mappe zusammengefasst und traten am 16. Juni 1941 in Kraft. Schon das dort formulierte Vorhaben, die Großstädte und die nördlichen Regionen der Sowjetunion auszuhungern, richtete sich indirekt gegen die Juden: In Berlin wusste man durch die Forschungen der Bevölkerungswissenschaftler in der Publikationsstelle Dahlem genau, dass die meisten sowjetischen Juden in Städten lebten; ihnen war demnach ein langsamer Hungertod zugedacht.[31]
Himmler hatte nach dem Sieg über Polen die Weisungsbefugnis in Sachen Siedlungsfragen an sich gezogen und war von Hitler 1939 zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) ernannt worden. Den annektierten „Warthegau" wollte Himmler germanisieren und in anderen Teilen Polens deutsche Siedlungspunkte schaffen. In diesem Zusammenhang nutzte er seine Macht als Reichsführer SS (RFSS) und Chef der Deutschen Polizei und forcierte die Vertreibung der Juden aus den westlichen Teilen Polens. Zeitweilig visierte er die Schaffung eines „Judenreservats" im Raum Lublin an.[32] Der Krieg gegen die Sowjetunion regte ihn an, in viel größerem Maßstab zu denken: Ende Juni 1941 beauftragte Himmler die Experten im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und den Agrarwissenschaftler Konrad Meyer, die bereits 1940 entwickelten Pläne zur „Ostsiedlung" zu aktualisieren und eine deutsche „Siedlungsbrücke" zu entwerfen, die bis zum Ural reichen sollte. Der neue Generalplan Ost sah die „Umsiedlung" von 31 Millionen Slawen nach Sibirien vor; außerdem war das „Verschwinden" von fünf bis sechs Millionen Juden einkalkuliert, eine Zahl, die in etwa der damaligen jüdischen Bevölkerung Polens und der Sowjetunion entsprach.[33]
Dies fügte sich in Überlegungen ein, die zwei weitere Untergebene Himmlers seit Januar 1941 entwickelt hatten: Nachdem das bislang verfolgte Vorhaben, die europäischen Juden

31 Magarete Agthe/Gertrud von Poehl, Das Judentum – das wahre Gesicht der Sowjets, Berlin o. J. [1941]; Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 394 – 440; Rolf-Dieter Müller, Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941 – 1945. Der Abschlussbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, Boppard am Rhein 1991.

32 VEJ 4/18, 25, 65, 66.

33 Helmut Heiber, Der Generalplan Ost, in: VfZ, 6 (1958), S. 281 – 325; Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, hrsg. von Czesław Madajczyk, München u. a. 1994.

nach Madagaskar abzuschieben, wegen der Kriegslage aufgegeben worden war, hatten Hitler und Himmler den Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) Reinhard Heydrich beauftragt, eine neue „Lösung der Judenfrage" zu suchen. Die Ausarbeitung übernahm Adolf Eichmann, Leiter des Referats IV B 4 („Judenangelegenheiten") des von Heydrich geleiteten RSHA. Mehrere Indizien lassen vermuten, dass von März 1941 an daran gedacht war, die europäischen Juden in weiträumige Hunger- und Todeszonen im Norden und Osten des sowjetischen Territoriums zu deportieren.[34]
Weder Himmler noch Göring konnten ihren Einfluss jedoch so weit ausdehnen, wie sie es sich erträumten. Sie mussten sich mit Rosenberg arrangieren, dem Chefideologen der NSDAP, den Hitler im März 1941 zum zukünftigen Reichsminister für die besetzten Ostgebiete bestimmt hatte.[35] Rosenberg galt in der Forschung lange als schwacher Minister, der im Ringen mit Himmler und Göring um die Kompetenzen in der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik in den Ostgebieten regelmäßig unterlegen sei. Diese Sicht stützt sich vor allem auf Aussagen von Mitarbeitern des Ostministeriums und der von ihm geleiteten Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten. Diese aber waren nach dem Krieg daran interessiert, ihre Rolle bei den deutschen Verbrechen kleinzureden. In Wirklichkeit konnte sich die Zivilverwaltung in den Ostgebieten gegenüber der Sicherheitspolizei bis 1943 meist durchsetzen oder sich zumindest mit ihr arrangieren – jedenfalls trug die Politik in den zivilverwalteten Ostgebieten deutlich die Handschrift der Besatzungsbeamten.
Für den geplanten Eroberungs- und Vernichtungskrieg beseitigte die deutsche Führung alle Schranken, die das Kriegsrecht den Soldaten auferlegte: Hitler bestimmte, dass Verbrechen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung nicht mehr automatisch durch die Militärjustiz geahndet werden sollten;[36] der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) Wilhelm Keitel wollte die Soldaten im Mai 1941 auf ein „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen *bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden*" eingestimmt wissen (Dok. 3), und der stellvertretende Leiter des Wehrmachtsführungsstabs des OKW, Walter Warlimont, unterzeichnete Anfang Juni 1941 schließlich den Befehl, die Militärkommissare und Politruks der Roten Armee direkt an der Front zu erschießen.[37] Allerdings hatte die sowjetische Führung die Befugnisse dieser Personen, die die Kommandeure beaufsichtigen sollten bzw. für die politische Bildung des Personals zuständig waren, im August 1940 drastisch beschnitten; der Völkische Beobachter meldete damals sogar, diese Institutionen seien abgeschafft worden.[38] Wenn die Propagan-

34 Magnus Brechtken, „Madagaskar für die Juden". Antisemitische Idee und politische Praxis 1885 – 1945, München 1997; Götz Aly, „Endlösung". Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1995, S. 271 – 279.

35 Ernst Piper, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005.

36 Erlass Hitlers über die „Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa' und über besondere Maßnahmen der Truppe", gez. i. A. Keitel, vom 13. 5. 1941 und Weisung des Oberbefehlshabers des Heeres (Nr. 80/41 g. Kdos. Chefs.), gez. von Brauchitsch, betr. Behandlung feindlicher Zivilpersonen und Straftaten Wehrmachtsangehöriger gegen feindliche Zivilpersonen vom 24. 5. 1941 (340 Ausfertigungen), Abdruck in: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa". Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984, S. 305 – 308.

37 Schreiben des Oberkommandos der Wehrmacht (WFSt, Abt. L/IV/Qu, Nr. 44822/41 g. Kdos. Chefs.), gez. Warlimont, Führerhauptquartier, an das Oberkommando des Heeres, vom 6. 6. 1941, Abdruck in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa" (wie Anm. 36), S. 313 f.; Felix Römer, Der Kommissarbefehl. Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42, Paderborn u. a. 2008.

disten der Wehrmacht nun trotzdem beständig gegen „jüdische Kommissare" agitierten, konnte dieser Befehl somit als Wendung gegen die jüdischen Offiziere oder sogar gegen alle Juden in der Roten Armee verstanden werden.[39]

Außerdem waren ausdrücklich Verbrechen an Zivilisten geplant. Bereits am 3. März hatte Hitler gegenüber dem OKW erklärt: „Die jüdisch-bolschewistische Intelligenz, als bisheriger ‚Unterdrücker' des Volkes, muss beseitigt werden."[40] Hitler meinte damit nicht vorrangig Intellektuelle im herkömmlichen Sinne, sondern Funktionäre in Partei, Staat und Wirtschaft – und zwar insbesondere die Juden unter ihnen. Aus Sicht der Nationalsozialisten stand fest, dass diese die „Träger des bolschewistischen Systems sind".[41] Ihre Ermordung sollte den sowjetischen Staat zusammenbrechen lassen. Über dieses Element der deutschen Blitzkriegsstrategie hatte sich Göring schon Ende Februar mit General Georg Thomas unterhalten, dem späteren Chef des Wehrwirtschaftsstabs Ost.[42] Göring war es auch, der Heydrich am 26. März 1941 anwies, für den Einsatz in Russland eine kurze Handreichung von wenigen Seiten vorzubereiten, „die die Truppe mitbekommen könne, über die Gefährlichkeit der GPU-Organisation, der Polit-Kommissare, Juden usw., damit sie wisse, wen sie praktisch an die Wand zu stellen habe" (Dok. 1).

Die Soldaten der Wehrmacht sollten jedoch nur im Gefechtsbereich selbst morden. In den rückwärtigen Armee- und Heeresgebieten waren die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD für die Exekutionen zuständig. Solche Einheiten hatten Himmler und Heydrich bereits für die schrittweise Besetzung der Tschechoslowakei und den Angriff auf Polen aufgestellt.[43] Sie rückten auch diesmal im Gefolge der Wehrmacht vor und führten in den besetzten Gebieten „Sonderaufgaben des Führers" durch, „die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter Systeme ergeben", wie es in Richtlinien des OKW hieß.[44] Heydrich legte Wert darauf, dass die Einsatzgruppen völlig freie Hand hatten. Er vereinbarte daher mit Generalquartiermeister Eduard Wagner Ende März 1941 explizit, dass die Einsatzgruppen im Militärgebiet „in eigener Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung Exekutivmaßnahmen" durchführen durften.[45]

38 Völkischer Beobachter (Norddeutsche Ausgabe) vom 15.8.1940, S. 1.

39 Siehe Wehrmachts-Propagandaabt. des OKW/WFSt, Mitteilungen für die Truppe, Nr. 116 (Juni 1941), zit. in: Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 326.

40 Halder, Kriegstagebuch (wie Anm. 27), Bd. 1: Vom Polenfeldzug bis zum Ende der Westoffensive (14.8.1939 – 30.6.1940), Stuttgart 1962, S. 341, Eintrag vom 3.3.1941.

41 VEJ 4/118, Bericht, ungez., einer deutschen Umsiedlungskommission vom 10.5.1940.

42 KTB des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, Eintrag vom 26.2.1941, BArch, RW 19/164, Bl. 180.

43 Ralf Ogorreck, Die Einsatzgruppen und die „Genesis der Endlösung", Berlin 1996; Christian Gerlach, Die Einsatzgruppe B, in: Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, hrsg. von Peter Klein, Berlin 1997, S. 52 – 70; Andrej Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941 – 1943, Hamburg 2003; zu den Einsatzgruppen in Polen: VEJ 4/2, 12, 19, 26, 36 und Klaus-Michael Mallmann/Jochen Böhler/Jürgen Matthäus, Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008.

44 Richtlinien des OKW (WFSt/Abt. L [IV/Qu.] g. Ks. Chefs.) auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 „Fall Barbarossa" vom 13.3.1941, Abdruck in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa" (wie Anm. 36), S. 300 – 302.

45 Der in Absprache mit Heydrich formulierte Entwurf Wagners datiert vom 26.3.1941, gleichlautend erlassen als: Befehl des OBdH, gez. von Brauchitsch, über die Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbande des Heeres, vom 28.4.1941, Abdruck in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa" (wie Anm. 36), S. 303 f.

Die Kommandos der vier Einsatzgruppen A, B, C und D rekrutierten sich aus Beamten der Sicherheitspolizei und des SD; verstärkt wurden sie durch Männer aus Waffen-SS und Ordnungspolizei. Die Einsatzgruppen waren in Einsatzkommandos (Ek) und Sonderkommandos (Sk) unterteilt, die jeweils etwa 70 bis 120 Mann umfassten und vom Sommer 1941 an in 20 bis 30 Mann starke Teilkommandos gegliedert waren. Die Einsatzkommandos sollten im rückwärtigen Heeresgebiet operieren, während die Sonderkommandos unmittelbar hinter der Front, im rückwärtigen Armeegebiet, eingesetzt wurden. Die Führer der Einsatzgruppen gehörten zur Elite des Reichs: Die Einsatzgruppe A befehligte Walter Stahlecker, der schon 1938/39 Einsatzgruppen beim Einmarsch in die Tschechoslowakei geleitet und 1939/40 als Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Prag und Norwegen gedient hatte, bevor er in das Auswärtige Amt wechselte. Chef der Einsatzgruppe B war Reichskriminaldirektor Arthur Nebe, die Einsatzgruppe C führte der vormalige SD-Chef in Prag Dr. Dr. Otto Rasch, und die Einsatzgruppe D unterstand dem Chef des SD-Inland Dr. Otto Ohlendorf. Auch die Chefs der Einsatz- und Sonderkommandos waren überdurchschnittlich gebildet: Allein in der Einsatzgruppe A waren elf der 17 Kommandoführer Juristen, davon hatten neun promoviert. Der Einsatz in den besetzten Ostgebieten bot diesen Männern eine willkommene Gelegenheit, die eigene Karriere voranzubringen. Dies galt ebenso für den aktuellen Jahrgang der Sicherheitspolizeischule in Berlin-Charlottenburg, der im Mai 1941 komplett zu den Einsatzgruppen abgeordnet wurde und dort das Gros der Teilkommandoführer stellte, die die eigentlichen Exekutionen befehligten. Der Personalchef des RSHA Bruno Streckenbach lobte die jungen Anwärter im Oktober 1942 mit den Worten, sie hätten sich während des Osteinsatzes „alle ausnahmslos hervorragend bewährt".[46]

Insgesamt umfassten die Einsatzgruppen knapp 3000 Mann. Himmler sah dies jedoch als viel zu wenig an. Deshalb griff er auf die ebenfalls bereits 1939 herangezogenen Polizeibataillone zurück, mehrere hundert Mann starke Einheiten, die sich zum Teil aus aktiven Polizeibeamten, zum Teil aus Reservisten zusammensetzten, von denen manche schon im Ersten Weltkrieg gedient hatten. Im Juni 1941 standen neun Polizeibataillone mit insgesamt etwa 4500 Mann zur Verfügung. Darüber hinaus führte Himmler mehrere Einheiten der Waffen-SS ins Feld, den Kommandostab des Reichsführers-SS; diese 18 000 Mann unterstanden ihm direkt. Ende Juli 1941 einigten sich Himmler und Wagner schließlich darauf, im deutschen Hinterland Tausende einheimischer Polizisten einzusetzen. Sogar Angehörige des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) wurden in den Osten beordert – eigentlich sollten sie dort nur den Verkehr regeln, wurden aber auch zur Bewachung von Gettos und für Exekutionen abgestellt.[47] Die zentrale Führung dieser verschiedenen Einheiten oblag den drei Höheren SS- und Polizeiführern (HSSPF), die

46 Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938 – 1942, Stuttgart 1981, S. 281 – 285; Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1991, S. 300 – 303; Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002, S. 546 – 553, Zitat S. 550; Alexander Neumann/Petra Peckl/Kim Priemel, Praxissemester „Osteinsatz". Der Führernachwuchs der Sipo und der Auftakt zur Vernichtung der litauischen Juden, in: Zeitschrift für Genozidforschung, 7 (2006), H. 1, S. 8 – 48.

47 Yeshua Büchler, Kommandostab Reichsführer SS: Himmler's Personal Murder Brigades in 1941, in: Holocaust and Genocide Studies, 1 (1986), S. 11 – 25; Friedrich Wilhelm, Die Polizei im NS-Staat. Die Geschichte ihrer Organisation im Überblick, Paderborn 1997, S. 156 – 167; Martin Cüppers, Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Juden-

zunächst den Befehlshabern der rückwärtigen Heeresgebiete (Nord, Mitte, Süd, dann Kaukasien), später zusätzlich den jeweiligen Reichskommissaren der Zivilverwaltungen zugeordnet wurden.
In den Wochen vor dem Überfall auf die Sowjetunion erläuterten Heydrich und der Chef der Ordnungspolizei, Kurt Daluege, den Mordkommandos bei mehreren Treffen ihre Aufgaben. Zwar sind von diesen Zusammenkünften keine Aufzeichnungen erhalten, aber es gibt zwei Dokumente von Heydrichs Hand, die sich explizit auf sie beziehen. In einem Schreiben an die HSSPF vom 2. Juli 1941 listete Heydrich die Personengruppen auf, die umzubringen seien: sowohl leitende und mittlere Funktionäre aus Partei und Staat als auch alle „radikalen Elemente (Saboteure, Propagandeure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.)" sowie „Juden in Partei- und Staatsstellungen" (Dok. 15). Auf den ersten Blick waren das nur jene Gruppen, die im Einvernehmen mit der Wehrmachtsführung als potenzielle „Rädelsführer" betrachtet wurden; Heydrichs Befehl bildete somit das Gegenstück zu den „verbrecherischen Befehlen" des Militärs und war mit diesen durch das Konzept des präventiven Terrors gegen vermeintliche „Reichsfeinde" verbunden. Ein zweiter Blick offenbart jedoch, dass Heydrich die Gewalt nicht auf die sowjetische und jüdische Führungsschicht beschränkt sehen wollte: Zum einen stellte es der RSHA-Chef den Kommandoführern frei, den Kreis ihrer Opfer nach eigenem Ermessen auszudehnen, indem er schwammige Feindkategorien („Hetzer usw.") verwendete. Zum anderen führte Heydrich die „Juden in Partei- und Staatsstellungen" gesondert auf, obwohl diese schon als Sowjetfunktionäre zu den Personen zählten, die ohnehin erschossen werden sollten. Diese antijüdische Zuspitzung tritt in Heydrichs Fernschreiben an die Einsatzgruppenchefs vom 29. Juni 1941 (Dok. 11) noch deutlicher hervor: Heydrich erinnerte darin an seine bereits mündlich geäußerte Forderung, in den besetzten Ostgebieten „Volkspogrome" auszulösen.

Der Judenmord in den Gebieten unter deutscher Militärverwaltung

Rückblickend lässt sich feststellen, dass die Deutschen den Mord an den Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten in zwei Schritten ausweiteten: In den ersten sechs bis zehn Wochen des Feldzugs initiierten die Mordkommandos Pogrome örtlicher Milizen und erschossen gleichzeitig immer weiter gefasste Gruppen jüdischer Männer im wehrfähigen Alter. In einer zweiten Phase, die im August 1941 einsetzte, fingen die Deutschen an, auch jüdische Frauen und Kinder zu ermorden und bei großen Massenerschießungen schließlich ganze Gemeinden auszulöschen.
Damit war die entscheidende Schwelle vom Terror zum Völkermord überschritten. Parallel und unter ähnlichen Vorwänden begannen auch die Besatzungsbeamten in den Gebieten unter deutscher bzw. rumänischer Zivilverwaltung unterschiedslos und massenhaft Juden umzubringen. Während die Massaker dort aber nach einigen Monaten

vernichtung 1939 – 1945, Darmstadt 2005; Erlass des RFSS über die Aufstellung einheimischer Schutzmannschaften, gez. Himmler, vom 25.7.1941, BArch, R 19/326, Bl. 1 – 1R; Auszüge aus dem Bericht des Führers der Motorobergruppe Ost des NSKK, gez. Höfle, vom 3.11.1941 (Abschrift), BArch, NS 24/152.

zeitweise wieder gestoppt wurden, um einen Teil der Juden weiterhin als Arbeitskräfte ausbeuten zu können, hatten die SS- und Polizeieinheiten in den Gebieten unter Militärverwaltung den Auftrag, das Territorium vollständig „judenfrei" zu machen.[48]

Pogrome und die Ermordung der jüdischen „Intelligenz"

Die überwiegend in den ersten Wochen des Feldzugs veranlassten antijüdischen Pogrome beschränkten sich weitgehend auf die zuvor ostpolnischen und rumänischen Gebiete sowie auf Litauen und Lettland. Mancherorts spielten dabei nationalistische und antikommunistische Organisationen eine wichtige Rolle, die sich im deutschen Exil und im Untergrund auf ihren Einsatz vorbereitet hatten. Am einflussreichsten waren die Litauische Aktivistenfront (Lietuvos Aktyvistų Frontas, LAF), der litauische Eiserne Wolf (Geležinis vilkas) sowie die Organisation Ukrainischer Nationalisten (Orhanizacija Ukraïns'kych Nacionalistiv, OUN). Besonders radikal gebärdeten sich die Anhänger des ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera, die innerhalb der OUN eine eigene Fraktion bildeten:[49] Unmittelbar nach Beginn des Deutsch-Sowjetischen Kriegs forderte deren Führung, die Juden von der übrigen Bevölkerung abzusondern (Dok. 12), Bandera-Anhänger stehen ferner im Verdacht, an den Pogromen in Lemberg, Złoczów und Tarnopol beteiligt gewesen zu sein, bei denen insgesamt mehrere tausend Juden umgebracht wurden; im ehemals polnischen Wolhynien wurden solche Massenmorde in mindestens 20 Orten verübt. Auch in Litauen ermordeten nationalistische Milizen, unterstützt von einem antisemitischen Mob, in den ersten sechs Wochen nach Kriegsbeginn zahlreiche Juden. Insgesamt starben in der Hauptstadt Kaunas, in Šiauliai, Panevėžys, Plungė und vielen kleineren Städten sowie im polnisch dominierten Raum um Łomża etwa 2000 Juden.[50]

Manche Forscher haben diese Ausschreitungen als Reaktion auf die Verbrechen der sowjetischen Geheimpolizei interpretiert. Deren Angehörige hatten an einigen Orten kurz vor dem Abzug der Roten Armee noch in aller Eile zahlreiche politische Gefangene erschossen, da sie diese weder evakuieren konnten noch lebend zurücklassen wollten. Obwohl die NKVD-Männer auch Juden ermordet hatten, wurden diese von Einheimischen wie von vielen Deutschen als Haupttäter oder zumindest Hintermänner der Verbrechen bezichtigt (Dok. 20, 66). Juden mussten die Leichen bergen und wurden während dieser grausigen Arbeit von einheimischen Nationalisten unter den Augen auch deutscher Zuschauer gedemütigt, misshandelt und in vielen Fällen schließlich ermordet (Dok. 16, 178). Allerdings war dazu oftmals gar kein Anlass notwendig: In vielen Dörfern

48 Zum Judenmord in den besetzten sowjet. Gebieten liegt inzwischen eine umfangreiche Monografie vor: Arad, Holocaust in the Soviet Union (wie Anm. 1).

49 Elazar Barkan/Elizabeth A. Cole/Kai Struve (Hrsg.), Shared History – Divided Memory. Jews and Others in Soviet-Occupied Poland 1939 – 1941, Leipzig 2007, S. 263 – 387.

50 Franziska Bruder, „Den ukrainischen Staat erkämpfen oder sterben!" Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1929 – 1948, Berlin 2007; Shmuel Spector, The Holocaust of Volhynian Jews, 1941 – 1944, Jerusalem 1990, S. 64 – 67; zu den einzelnen Orten siehe Danuta Dabrowska (Hrsg.), Pinkas Hakehillot. Poland, Bd. 2: Eastern Galicia, Jerusalem 1980, S. 96, 168, 204, 222, 245, 355, 390; zu den Ausschreitungen in Kaunas aus Sicht einer Augenzeugin siehe Helene Holzman, „Dies Kind soll leben." Die Aufzeichnungen der Helene Holzman. 1941 – 1944, hrsg. von Reinhard Kaiser und Margarete Holzmann, München 2001, S. 13 – 27.

und Städten wurden jüdische Einwohner von örtlichen Milizionären erschlagen und erschossen, ohne dass es dort Hinweise auf Verbrechen des NKVD gegeben hätte. Zudem waren die Pogrome in der Regel keinesfalls so spontan, wie dies den Anschein haben sollte (Dok. 32): In allen besetzten Gebieten finden sich Hinweise auf die federführende Rolle deutscher Einheiten – selbst da, wo ausschließlich nicht-deutsche Täter mordeten, wie etwa im ostpolnischen Jedwabne.[51] Wie Heydrichs Anweisungen sowie Dokumente aus dem Umkreis Alfred Rosenbergs zeigen,[52] hatten die Deutschen schon Wochen vor dem Überfall Pogrome geplant, also lange bevor sie von den Massenmorden des NKVD erfuhren. Wo den Juden die ausschlaggebende Rolle der Deutschen verborgen blieb, erhofften sie sich paradoxerweise ausgerechnet von diesen Hilfe gegen den Mob (Dok. 46). Je weiter die deutschen Truppen in den Osten vordrangen, desto weniger ließen sich Einheimische allerdings dazu anstacheln, ihre jüdischen Nachbarn zu ermorden. „Versuche, Juden-Pogrome hervorzurufen, sind gescheitert", meldete die Wehrmacht Mitte August aus Weißrussland. Dennoch veröffentlichten die Deutschen weiterhin zahlreiche antisemitische Aufrufe und verbreiteten Millionen von Flugblättern, die zum Judenmord aufforderten (Dok. 17, 136).[53]

Von Anfang an aber blieben die Opferzahlen der Pogrome weit hinter jenen der parallel anlaufenden deutschen Mordaktionen zurück: Während den Pogromen in Litauen 2000 Menschen zum Opfer fielen, erschossen die deutschen Polizisten dort im gleichen Zeitraum 18 000 Juden. Diese Exekutionen begannen teilweise schon, bevor Pogrome stattgefunden hatten, so erschoss ein Kommando der Gestapo Tilsit bereits vom 24. Juni an im westlitauischen Grenzgebiet mehrere hundert jüdische Männer (Dok. 14).[54] Innerhalb kurzer Zeit exekutierten die Einsatzgruppen immer mehr als „Reichsfeinde" deklarierte Personen (Dok. 27, 32). Die Einsatzkräfte nutzten für die Fahndung nach kommunistischen Funktionären anfangs noch vorbereitete Verhaftungslisten,[55] für die Suche nach jüdischen Honoratioren waren sie jedoch auf die Hilfe einheimischer V-Leute

51 Ster Elizavetskij, Berdičevskaja tragedija, in: ders. (Hrsg.), Katastrofa ta opir ukraïns'kogo evrejstva, Kiev 1999, S. 58; Bogdan Musial, „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen". Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941, Berlin u. a. 2000; Jan T. Gross, Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne, München 2001; Alexander B. Rossino, Polish „Neighbors" and German Invaders. Anti-Jewish Violence in the Bialostok District during the Opening Weeks of Operation Babarossa, in: Polin. Studies in Polish Jewry, 16 (2003), S. 431 – 452; Edmund Dmitrów, Die Einsatzgruppen der deutschen Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes zu Beginn der Judenvernichtung im Gebiet von Lomza und Bialystok im Sommer 1941, in: ders./Pawel Machcewicz/Tomasz Szarota, Der Beginn der Vernichtung. Zum Mord an den Juden in Jedwabne und Umgebung im Sommer 1941, Osnabrück 2004, S. 95 – 208; Wendy Lower, Nazi Empire-building and the Holocaust in Ukraine, Chapel Hill 2005, S. 91.

52 Richtlinien (Geheime Reichssache), ungez. [Dr. Leibbrandt], für die Sitzung im Außenpolitischen Amt der NSDAP vom 29.5.1941 (Abschrift, Exemplar Nr. 3), PAAA, R 105193.

53 Mikail I. Tjaglyj, Antisemitskaja propaganda na okkupirovannich nacistami sovetskich territoriach. Istoriografija i metododika izučenija voprosa, in: Holocaust Contemporary Research, 1 (2005), S. 28 – 42; Babette Quinkert, Propaganda und Terror in Weißrussland 1941 – 1944. Die deutsche „geistige Kriegführung" gegen Zivilbevölkerung und Partisanen, Paderborn 2009; Zitat: Bericht HGr. Mitte, Propaganda-Einsatz, 11.8.1941 (Anl. zu Ausl./Abw. an WPr, 18.9.1941), BArch, RW 4/252, Bl. 296.

54 Christoph Dieckmann, Der Krieg und die Ermordung der litauischen Juden, in: Ulrich Herbert (Hrsg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik, Frankfurt a. M. 1998, S. 292 – 329.

55 Sonderfahndungsliste UdSSR, hrsg. und mit einem Begleitband versehen von Werner Röder, Erlangen 1976.

angewiesen. Auf diese Weise gelang es beispielsweise dem Sonderkommando 10b unter Alois Persterer am 8. Juli in Czernowitz, die örtliche „jüdische Führungsschicht ziemlich lückenlos" gefangen zu nehmen und zu erschießen (Dok. 285). Im ukrainischen Vinnica ging der Führer des Sonderkommandos 4b, Günther Herrmann, „zu einer neuen Methode" über, indem er den Repräsentanten der jüdischen Gemeinde auftrug, die örtliche jüdische Elite für angebliche Verwaltungsarbeiten zusammenzurufen. Als die arglosen Opfer bei der deutschen Kommandantur auftauchten, ließ Herrmann sie erschießen.[56] Auch die Wehrmacht half bei der Suche nach Angehörigen der „jüdischen Intelligenz"; sie erfüllte damit ihren Teil der Vereinbarung, gemeinsam mit der SS sämtliche potenziellen „Rädelsführer" präventiv zu ermorden. So durchsuchte die Geheime Feldpolizei (GFP) in Minsk Ende Juni das Internierungslager, das die Wehrmacht am Rand der weißrussischen Hauptstadt für alle wehrfähigen Männer der Stadt und für Kriegsgefangene eingerichtet hatte, und übergab alle derart aufgespürten „Intelligenzler" der Einsatzgruppe B zur Exekution (Dok. 72).

Der Übergang zum Völkermord

Es gibt mehrere Hinweise, dass die bereits erwähnten mündlichen Anordnungen, die Heydrich den Kommandeuren der Einsatzgruppen Mitte Juni 1941 erteilt hatte, weit über seine schriftlichen Befehle vom 27. Juni und 2. Juli hinausgingen.[57] Unter anderem berief sich der Chef der Einsatzgruppe A, Stahlecker, auf „grundsätzliche, schriftlich nicht zu erörternde Befehle von höherer Stelle", als er Anfang August 1941 forderte, „die im Ostraum gegebenen neuen Möglichkeiten zur Bereinigung der Judenfrage" rücksichtsloser auszunutzen (Dok. 181). Da diese Anweisungen nicht zu Papier gebracht werden durften, lässt sich ihr Inhalt nur aus den Taten der Einsatzkommandos ableiten. Bei deren Analyse fällt auf, dass einige Kommandos schon unmittelbar nach dem Überfall begonnen hatten, nicht nur die Angehörigen der jüdischen Führungsschicht zu erschießen, sondern alle wehrfähigen jüdischen Männer. Im deutsch-litauischen Grenzgebiet lebten nach den erwähnten Mordaktionen der Gestapomänner aus Tilsit Ende Juni 1941 sogar überhaupt keine jüdischen Männer mehr. Dass die wehrfähigen jüdischen Männer insgesamt und von Anfang an im Visier der Mordkommandos standen, belegen auch die Richtlinien über den Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen: Zwei Tage vor dem Angriff waren die Offiziere einer Infanteriedivision angewiesen worden, „die Masse" der jüdischen Kriegsgefangenen „abzusondern" und gemäß nur mündlich erteilter Anweisungen „zu behandeln" – offensichtlich also zu ermorden (Dok. 5); spätestens am 17. Juli erging dann ein entsprechender, expliziter Befehl Heydrichs an die Kommandos der Sicherheitspolizei in den Kriegsgefangenenlagern. Der Entwurf dazu lag schon seit dem 28. Juni vor (Dok. 9).

Aus Sicht Himmlers und Heydrichs genügte es nicht, den sowjetischen Staat gewissermaßen zu enthaupten – mit der Ermordung einer möglichst großen Gruppe jüdischer Männer wollten sie auch das vermeintliche soziale Reservoir des Bolschewismus vernichten.

56 EM Nr. 47 vom 9.8.1941, BArch, R 58/215, Bl. 230.

57 Christoph Dieckmann, Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944, Göttingen 2011, Bd. 1, S. 379–415.

Hinzu kam der spezifische Blickwinkel der Sicherheitspolizei. Sie hatte den Auftrag, die besetzten Gebiete mit sehr knapp bemessenem Personal zu befrieden. Gerade die Juden aber, so führte Stahlecker im August 1941 aus, würden „jede Möglichkeit ausnützen, Unruhe zu erzeugen", daher sei es erforderlich, „alle die Möglichkeiten zur Entstehung von Störungen der Aufbauarbeit auszuschalten" (Dok. 181).

Die von Heydrich mündlich erlassenen radikalen Anweisungen waren allerdings keine strikt auszuführenden Befehle für einen umfassenden Mord an den sowjetischen Juden. Eine solche Behauptung hatte der Chef der Einsatzgruppe D, Ohlendorf, 1948 aufgestellt, um sich als bloßen Befehlsempfänger darzustellen und so von persönlicher Schuld am Massenmord zu entlasten. Tatsächlich war der Handlungsspielraum der Kommandoführer sehr groß; auffällig ist beispielsweise, dass die Kommandos zeitlich versetzt damit begannen, alle jüdischen Männer umzubringen. Bei Heydrichs Anweisungen handelte es sich also vielmehr um Leitlinien, die flexibel der jeweiligen Situation angepasst werden sollten – darauf deutet auch die Wortwahl in den Berichten der Kommandoführer vom Herbst und Winter 1941/42 hin. Hinsichtlich des Judenmords schrieben sie wiederholt von einem „Ziel", das den Kommandos „vorschwebte" und das sie „so schnell wie möglich" und „möglichst vollständig" erreichen wollten (Dok. 224).[58]

Diese Flexibilität war auch mit Blick auf die Wehrmacht notwendig. Zwar waren sich Sicherheitspolizisten und Militärs einig, dass sowohl die sowjetischen und jüdischen Eliten als auch die jüdischen Kriegsgefangenen als potenzielle „Rädelsführer" zu exekutieren waren. Der Mord an allen jüdischen Männern – also auch an jenen, die weder bewaffnet waren noch eine politisch hervorgehobenen Stelle einnahmen – ging jedoch über diesen vereinbarten Konsens hinaus. Wenn die SS sämtliche jüdischen Männer einer Ortschaft exekutierte, kam es daher im Sommer 1941 zuweilen noch zu Protesten einzelner Wehrmachtsoffiziere (Dok. 147).

Die SS verlegte sich deshalb darauf, die jüdischen Zivilisten mit Partisanen gleichzusetzen oder als deren potenzielle Unterstützer zu denunzieren. Dieser Kurzschluss leuchtete vielen Offizieren und Soldaten ein. In der Wehrmacht hatte sich direkt nach dem Einmarsch in die Sowjetunion eine irrationale Angst vor vermeintlichen Heckenschützen, NKVD-Agenten und Saboteuren breitgemacht, die die Militärführung durch sogenannte Merkblätter gezielt schürte und gegen die Juden lenkte. Falls sich die Urheber von Gewaltakten gegen Deutsche nicht feststellen ließen, richtete sich die „Vergeltung" von Beginn an häufig gegen Juden. Nachdem beispielsweise Soldaten des 56. Infanterieregimentes Ende Juni 1941 in einer Ortschaft die Leichen von fünf ermordeten deutschen Gefangenen entdeckt hatten, wurden auf Befehl des Kommandeurs „50 der Massakrierung der deutschen Soldaten verdächtige Juden erschossen".[59] Himmler reiste seit Beginn des Überfalls unablässig in den eroberten Gebieten umher und schwor Wehrmacht und Polizei gleichermaßen auf die Juden als vermeintliche Feinde ein. Während eines Besuchs beim Polizeiregiment Mitte im ostpolnischen Białystok erklärte er am 8. Juli 1941 unumwunden, dass fortan „grundsätzlich jeder Jude als Partisan anzusehen" sei. Der Regimentskommandeur Max Montua verstand den Hinweis: Zeugenaussagen zufolge ließ er, noch während Himmler zu Abend speiste, eine Massenerschießung jüdischer Männer durch-

58 Gesamtbericht der Einsatzgruppe A, gez. Stahlecker, vom 15.10.1941, RGVA, 500k/4/93, Bl. 21, 30; Gesamtbericht Einsatzgruppe A, gez. Stahlecker, vom 1.2.1942, BArch, R 70/Sowjetunion 15, Bl. 56.

59 Kriegstagebuch (Ia) der 5. Infanteriedivision, Eintrag vom 28.6.1941, BArch RH 26 – 5/7, Bl. 55.

führen; in den folgenden Tagen erschossen die Polizisten weitere 3000 jüdische Männer.[60] Himmler reiste derweil weiter nach Grodno und besuchte dort den HSSPF Russland-Mitte, Erich von dem Bach-Zelewski. Dieser ließ noch am Tag von Himmlers Ankunft den Befehl verbreiten, künftig seien alle „als Plünderer überführten männlichen Juden im Alter von 17-45 Jahren sofort standrechtlich zu erschießen" (Dok. 22).
Die Wehrmachtsführung und die Sicherheitspolizei beschuldigten die Juden bald pauschal, zu spionieren (Dok. 75), „Flüsterpropaganda" (Dok. 153) und andere Formen der „Hetze" zu verbreiten, zu plündern oder für Anschläge und Sabotageakte verantwortlich zu sein (Dok. 76). Für die Militärs lag es daher nahe, von den angeblichen Erkenntnissen der SS zu profitieren: Ende September 1941 lud der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte, Max von Schenckendorff, zu einem gemeinsamen Lehrgang über die Partisanenbekämpfung. Der Chef der Einsatzgruppe B referierte dabei über „Die Judenfrage mit besonderer Berücksichtigung der Partisanenbewegung"; der ebenfalls anwesende Kommandeur des 2. SS-Kavallerieregimentes, Gustav Lombard, schloss seinen Vortrag mit den Worten: „Man kann vielleicht über die Maßnahmen verhandeln, wie der Jude am zweckmäßigsten aus den uns anvertrauten Gebieten verschwinden soll, aber dass er beseitigt werden muss, steht fest, denn der Jude ist der Partisan!"[61]
Von „Partisanen" war auch die Rede, als sich die deutsche Führung am 16. Juli bei Hitler traf. Während man darüber beriet, wie sich die Sowjetunion „erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten" lasse, kam Hitler auf Stalins Aufruf zum Partisanenkrieg vom 3. Juli zu sprechen. Aus seiner Sicht bot sich damit ein hervorragender Vorwand, „auszurotten, was sich gegen uns stellt" (Dok. 28). Zwar nannte Hitler laut Kurzprotokoll die Juden nicht explizit – doch da diese per se als aggressive Reichsfeinde betrachtet wurden, war für alle Anwesenden selbstverständlich, dass sich Hitler unter anderem auf sie bezog. Wie flexibel die deutschen Besatzer den Vorwand der angeblichen Partisanentätigkeit handhabten, zeigte sich, nachdem fast alle Juden ermordet worden waren. In den besetzten Ostgebieten ging der Völkermord an den Juden im Frühjahr 1942 nahtlos in den an den Roma über, denen Militärs und SS-Männer gleichermaßen vorwarfen, als wandernde „Zigeunerspione" dem sowjetischen Untergrund zuzuarbeiten – dabei war ein Großteil der Roma schon vor 1917 sesshaft geworden, viele arbeiteten in der Landwirtschaft. Wie im Falle der Juden nutzten die Deutschen vermeintliche Sicherheitsprobleme, um einen „rassisch" motivierten Massenmord zu rechtfertigen.[62]

60 Andrej Angrick u. a., „Da hätte man schon Tagebuch führen müssen." Das Polizeibataillon 322 und die Judenmorde im Bereich der Heeresgruppe Mitte während des Sommers und Herbstes 1941, in: Helge Grabitz (Hrsg.), Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, Berlin 1994, S. 325 – 385, hier S. 334 – 336; Wolfgang Curilla, Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland, Paderborn 2006, S. 528 – 530, 547 – 549; Zitat: Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998, S. 349.

61 Hans-Heinrich Wilhelm, Die „nationalkonservativen Eliten" und das Schreckgespenst vom „jüdischen Bolschewismus", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, 43 (1995), S. 333 – 349; Walter Manoschek, „Wo der Partisan ist, ist der Jude, und wo der Jude ist, ist der Partisan." Die Wehrmacht und die Shoah, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, Göttingen 2002, S. 167 – 186; Zitat: Vortragsmanuskript des Kommandeurs des 1. SS-Kav.Rgt., Lombard, auf dem Lehrgang zur Partisanenbekämpfung des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet Mitte in Mogilëv am 24. 9. 1941, BArch, RS 4/420.

62 Martin Holler, Der nationalsozialistische Völkermord an den Roma in der besetzten Sowjetunion

Welche Bedeutung die Sitzung im Führerhauptquartier vom 16. Juli 1941 für die weitere Gewaltpolitik hatte, wird deutlich, wenn man die dabei gefallenen Äußerungen Hitlers mit den zugleich gefassten politischen Beschlüssen über die zukünftige Machtverteilung in den besetzten Ostgebieten in Zusammenhang setzt, die der Diktator mit Rosenberg, Göring, dem Chef der Partei-Kanzlei Martin Bormann, Generalfeldmarschall Keitel und dem Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers besprach.[63] Der erste Beschluss sah vor, die eroberten sowjetischen Territorien schrittweise von der Wehrmacht an das neue Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete unter Rosenberg zu übergeben. Damit wurden Himmlers Ansprüche zurückgewiesen, der seinen politischen Einfluss in diesen Gebieten ausbauen wollte. In einem zweiten Beschluss erklärte Hitler jedoch die „polizeiliche Sicherung" der Ostgebiete zur „Sache des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei" und bestimmte, Himmler dürfe in dieser Frage auch Rosenbergs Zivilverwaltung Weisungen erteilen.[64] Himmler hatte damit ein offenes Mandat erhalten, seine Einheiten in den besetzten Ostgebieten nach Gutdünken einzusetzen. Seine Brisanz erhielt dieses Mandat durch die moralisch entfesselnden Ausrottungsfantasien, denen sich Hitler am 16. Juli unverhohlen hingab: Am besten befriede man die besetzten Gebiete dadurch, „daß man jeden, der nur schief schaue, totschieße". Nach außen hin, so Hitler, solle sich das Reich als eine Macht präsentieren, die in den besetzten Gebieten lediglich die Ordnung wiederherstellen wolle. „Alle weiteren notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln etc. – tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun" (Dok. 28).

Himmler verstand solche Aussagen als konkrete Handlungsanweisung: Binnen einer Woche entsandte er die Waffen-SS-Verbände seines Kommandostabs RFSS mit insgesamt 18 000 Mann in die besetzten Ostgebiete, vor allem in das große Sumpfgebiet am Pripjet in der Grenzregion zwischen der Ukraine und Weißrussland. Dort agierten das 1. und das 2. SS-Kavallerie-Regiment eigenständig unter direktem Kommando Himmlers und die 1. SS-Brigade unter dem Befehl des HSSPF Russland-Süd, Friedrich Jeckeln. Himmler reagierte mit der Entsendung dieser Einheiten auch auf das Drängen der deutschen Militärführung, die eigentlich zusätzliche Sicherungstruppen der Wehrmacht gefordert hatte. Hitler aber hatte die Befehlshaber beschieden, die Lösung liege nicht in mehr Sicherungstruppen, „sondern in der Anwendung entsprechender drakonischer Maßnahmen".[65] Da die Juden von den deutschen Besatzern als das größte Sicherheitsrisiko definiert wurden, war es nur logisch, dass sich die „drakonischen Maßnahmen" vor allem gegen sie richteten. Genau das hatte Himmler und Heydrich schon zuvor vorgeschwebt. Bei seinen Besuchen im Pripjetgebiet Ende Juli 1941 sprach der RFSS nun Klartext. Einen Tag nach Himmlers Visite setzte das 2. SS-Kavallerieregiment folgenden Funkspruch an

(1941 – 1944). Gutachten für das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg 2009.

63 Ian Kershaw, Wendepunkte. Schlüsselentscheidungen im Zweiten Weltkrieg 1940/41, München 2008, S. 569 – 574.

64 Erlass des Führers über die Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete, gez. Hitler, Keitel, Lammers, vom 17.7.1941, Abdruck in: „Führer-Erlasse" 1939 – 1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkriegs schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, hrsg. von Martin Moll, Stuttgart 1997, Dok. 99, S. 186 – 188.

65 Ergänzung zur Weisung Nr. 33 vom 23.7.1941, Abdruck in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher (wie Anm. 28), Bd. 34, Nürnberg 1949, S. 258 f.

seine Unterabteilungen ab: „Ausdrücklicher Befehl des RF-SS. Sämtliche Juden müssen erschossen werden. Judenweiber in die Sümpfe treiben."[66]

Damit begann eine beispiellose Mordkampagne. Binnen knapp zwei Wochen erschossen das 1. und das 2. SS-Kavallerie-Regiment mindestens 13 000, vermutlich sogar über 20 000 jüdische Männer, Frauen und Kinder (Dok. 58). Zur selben Zeit wütete die 1. SS-Brigade unter Anleitung Jeckelns weiter südlich in der Region um die ukrainische Stadt Žitomir. Nach nur drei Tagen Einsatz meldete er, seine Männer hätten 1658 Juden erschossen (Dok. 49). Bis zum Jahresende stieg die Zahl der von den beiden SS-Kavallerieregimentern und der 1. SS-Brigade Ermordeten auf über 57 000 Menschen an.[67] Diese Einsätze markierten einen Wendepunkt: Die SS-Einheiten hatten erstmals die komplette jüdische Bevölkerung ganzer Landstriche ausgelöscht. Bis dahin hatte es nur ein großes Massaker gegeben, bei dem auch Frauen und Kinder umgekommen waren: In Białystok hatten Angehörige des Polizeibataillons 309 auf Betreiben nationalsozialistisch gesinnter Offiziere schon am 27. Juni etwa 800 Juden in der größten Synagoge der Stadt verbrannt (Dok. 13). Himmler verstärkte die SS-Verbände durch weitere Bataillone der Ordnungspolizei; Ende 1941 umfassten die Polizeikräfte in den besetzten Ostgebieten über 33 000 Mann. Die meisten dieser Einheiten wurden den drei HSSPF Russland-Nord, Mitte und Süd zur Verfügung gestellt. Beinahe täglich meldeten diese dem Kommandostab des RFSS per Funk ihre Mordtaten; am 7. August berichtete von dem Bach-Zelewski, dass „die Zahl von 30 000 in meinem Gebiet überschritten" sei. Der britische Geheimdienst, der diesen Funkverkehr abhörte, bemerkte dazu: „Die Führer der drei Gebiete wetteifern anscheinend um die ‚besten' Ergebnisse."[68] Himmler schürte dieses Konkurrenzverhältnis, indem er sich in Gesprächen und Ansprachen zustimmend oder kritisch über den Mordeifer der jeweiligen Einheiten äußerte (Dok. 51). Auch die Befehlshaber der Einsatzgruppen sahen sich einem zunehmenden Erwartungsdruck ausgesetzt. Bislang hatten ihre Kommandos deutlich weniger Juden erschossen als die anderen HSSPF-Verbände, nun gingen die Chefs der Sonder- und Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD ebenfalls dazu über, jüdische Frauen und Kinder in ihre Mordaktionen einzubeziehen.[69]

Die Ermordung der Juden sollte keine streng geheime Aktion von Spezialisten sein: Die Meldungen der Einsatzgruppen wurden nach Berlin gesandt und dort zu täglichen Überblicken verdichtet. Diese sogenannten Ereignismeldungen waren anfangs nur für Himmler, Heydrich, die Amtschefs im RSHA und die Referate des Amts IV (Gestapo) bestimmt, die sich über die „Erfolge" der Einsatzgruppen unterrichten wollten. Mit der Zeit wurde die Anzahl der Adressaten jedoch stetig erweitert: Obwohl die Ereignismeldungen als „Geheime Reichssache" gestempelt waren, verteilte das RSHA Ende 1941 schließlich 70 Ausfertigungen der Berichte an Empfänger in Partei, Staat und Wehrmacht. Sicherheitspolizei und SD wollten einem breiteren Kreis von Mitwissern vermitteln, wie sie sich die „Lösung der Judenfrage" vorstellten. Schon bald nachdem die ersten Nachrichten über die Morde der Einsatzgruppen in den besetzten Ostgebieten kursierten, sahen auch

66 Funkspruch SS-Kav.Rgt. 2 an Reitende Abt. vom 1.8.1941, BArch, RS 3-8/36.

67 Cüppers, Wegbereiter der Shoah (wie Anm. 47), S. 142 – 214.

68 Summary of German Police Decodes, 275 – 323, vom 21.8.1941, zit. nach: Richard Breitman, Staatsgeheimnisse. Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert, München 1999, S. 125.

69 Cüppers, Wegbereiter der Shoah (wie Anm. 47), S. 184; Ogorreck, Die Einsatzgruppen (wie Anm. 43), S. 176 – 211.

die deutschen Besatzungsbeamten in Polen den Zeitpunkt für gekommen, die Judenpolitik in ihrem Herrschaftsbereich zu radikalisieren: Rolf-Heinz Höppner, der die Umwandererzentralstelle in Posen leitete, schlug am 16. Juli 1941 vor, die nicht arbeitsfähigen Juden im Reichsgau Wartheland „durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen". Mit solchen Mitteln hatte man im besetzten Polen bereits Erfahrungen gesammelt: Von 1939 an hatte im Wartheland ein Kommando unter Herbert Lange die meisten Insassen psychiatrischer Kliniken – darunter alle Juden – in Gaswagen ermordet. Seine Erfahrungen wurden vom Herbst 1941 an auch in den besetzten sowjetischen Gebieten genutzt.[70]

Die Praxis des Massenmords

Ende September 1941 organisierte der HSSPF Russland-Süd, Jeckeln, in Kiew das größte Massaker auf dem europäischen Schauplatz des Zweiten Weltkriegs: Angehörige des von Paul Blobel befehligten Sonderkommandos 4a der Einsatzgruppe C und von Jeckelns Stabskompanie ermordeten gemeinsam die meisten der in der ukrainischen Hauptstadt verbliebenen Juden. Sie wurden in der sogenannten Schlucht von Babij Jar erschossen, einer tiefen, baumlosen Erosionsrinne am Stadtrand. Inzwischen hatten die Mordkommandos für diese Massaker eine Art Standardprozedur entwickelt: Um die Opfer möglichst bis unmittelbar vor der Exekution über ihr Schicksal im Unklaren zu lassen, wurde ihnen erklärt, sie sollten sich zur „Umsiedlung" einfinden und dafür Wäsche, Lebensmittel für drei Tage und Wertsachen mitbringen. Im Falle Kiews druckte eine Propagandakompanie der Wehrmacht die entsprechenden Aufrufe. Als die Menschen wie befohlen am jüdischen Friedhof eintrafen, wurden sie in die nahe gelegene Schlucht geleitet, wo sie sich zunächst entkleiden mussten und sodann erschossen wurden. Jeckelns und Blobels Männer ermordeten am 29. und 30. September in Babij Jar über 33 000 Männer, Frauen und Kinder (Dok. 84, 94, 141).

Andernorts wurden die Juden vor der Exekution zunächst für einige Wochen oder wenige Monate festgesetzt. Im ostukrainischen Charkow ließ Stadtkommandant Alfred von Puttkamer die Juden Mitte Dezember 1941 über Aushänge zusammenrufen; die etwa 12 000 Menschen wurden in ein Lager aus ungeheizten Baracken außerhalb der Stadt getrieben (Dok. 130) und zwei Wochen lang bis zum Eintreffen des Sonderkommandos 4a bei klirrender Kälte festgehalten. Zahlreiche Menschen starben schon dort an Kälte, Hunger oder Infektionskrankheiten.[71] Der in Charkow stationierte Wachtmeister Anton B. kommentierte dies am ersten Weihnachtstag in einem Schreiben an seine Schwester: „Manche Kugel wird gespart u. der Nachschub hat leichtere Arbeit" (Dok. 114).

Die in Lagern oder Gettos eingepferchten Juden mussten in der Zeit bis zur Exekution vielfach Übergriffe ihrer Bewacher erleiden. Im zentralukrainischen Žitomir, wo im

70 Volker Rieß, Die Anfänge der Vernichtung „lebensunwerten Lebens" in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/40, Frankfurt a.M. u.a. 1995; Zitat: VEJ 4/314, Vermerk des Leiters der Umwandererzentralstelle Posen (L Hö/S9), gez. Höppner, für RSHA Amt IV B 4, Eichmann, vom 16.7.1941.

71 Poprannaja mezuza. Kniga Dobrickogo Jara. Svidetel'stva, fakty, dokumenty o nacistskom genocide evrejskogo naselenija Char'kova v period okkupacii, 1941 – 1942, hrsg. von Jurij M. Ljachovickij, Char'kov 1991.

August 1941 ein Getto eingerichtet worden war, glaubten die Gettoinsassen daher zunächst, es handele sich um einen der inzwischen üblichen Übergriffe, als ukrainische Polizisten am 15. September um drei Uhr morgens erneut in das Getto eindrangen. Doch „anstatt zu prügeln und zu rauben, wie sie das sonst jede Nacht taten, trieben uns die Polizisten auf die Straße", berichtete der Überlebende Naum Epelfel'd nach der Befreiung. Auf dem Marktplatz warteten „bis an die Zähne bewaffnete" Angehörige des Sonderkommandos 4a, die zunächst einige Dutzend Männer (darunter Epelfel'd) als Zwangsarbeiter aus der Menge herausholten, ehe sie die übrigen 3100 Männer, Frauen und Kinder vor die Stadt fuhren und dort neben dem Flugplatz erschossen.[72]

Anfangs wurden die Massaker nach dem Vorbild standrechtlicher Hinrichtungen durchgeführt: Die Juden wurden aus einiger Entfernung von einem Peloton erschossen; häufig mussten sie sich dabei an den Rand der Grube stellen oder knien, in die sie fallen sollten (Dok. 151). Als die Mordeinheiten jedoch immer größere Gruppen umbrachten, entwickelten sich die Massaker zu einem blutigen Chaos. In der Nähe von Rostow am Don beobachtete eine Augenzeugin am Nachmittag des 11. August 1942 von einem Hügel aus, wie eine Gruppe von 500 jüdischen Frauen und Kindern zur Erschießung durch das von Kurt Christmann befehligte Sonderkommando 10a geführt wurde. „Es waren schreckliche Schreie zu hören, das war kaum auszuhalten. [Die Kinder] versuchten auseinanderzulaufen, doch die Deutschen fingen sie wieder ein und warfen sie lebendig in die Schlucht, und um diese Schlucht standen [sowjetische Kriegs-]Gefangene, die die Ermordeten mit einer dünnen Erdschicht bedeckten."[73]

Zuweilen war die Menge, die erschossen werden sollte, so groß, dass die Mörder die Exekution bei Einbruch der Dunkelheit unterbrechen mussten und am folgenden Morgen fortsetzten: Als Männer von Jeckelns Stabskompanie und Angehörige des Polizeibataillons 314 Mitte Oktober 1941 in Dnepropetrovsk 11 000 Juden erschossen, sperrten sie am Abend des ersten Tags die noch Lebenden in einen Pferch, wo diese auf ihren Tod warten mussten. „Es war kalt, die Leute standen Schulter an Schulter in gefrorenem Schmutz, auf der Erde lagen Kranke und Sterbende", berichtete eine Überlebende. „Als es dämmerte, kamen deutsche Soldaten, die Munitionskisten heranschleppten. Sie zeigten uns die Kisten und lachten."[74]

Nicht wenige Täter scheinen die Erschießungen genossen zu haben (Dok. 151), manche steigerten sich sogar in eine Art Blutrausch hinein. Das galt selbst für Angehörige der Polizeibataillone, die zunächst nicht wussten, dass sie angefordert worden waren, um Massenmord zu begehen. Der Polizeisekretär Walter Mattner gestand seiner Frau Anfang Oktober 1941, seine Hand habe bei der Ermordung von Juden im weißrussischen Mogilëv anfangs noch etwas gezittert, doch bald habe er sicher zielen können: „Säug-

72 S[ter] Elisavetskij, Berdičevskaja tragedija. Dokumental'noe provestvovanie. Očevidcy svidetel'stvujut, Kiev 1991, S. 94 – 96; EM Nr. 106 vom 7.10.1941, BArch, R 58/218, Bl. 68.

73 Aussage von Marta Ivanovna Derganova vom 24.11.1943, Abdruck in: Uničtoženie evreev SSSR v gody nemeckoj okkupacii (1941 – 1944). Sbornik dokumentov i materialov, hrsg. von Yitzhak Arad, Ierusalim 1992, S. 218 f.

74 Erzählung von B. J. Tartkowskaja, Abdruck in: Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, hrsg. von Wassili Grossman und Ilja Ehrenburg, deutsche Ausgabe von Arno Lustiger, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 123 f. Tartkowskaja wurde mit ihren beiden kleinen Kindern am nächsten Morgen von einem Unbekannten aus der Menge gezogen und konnte sich bis zur Befreiung verbergen.

linge flogen in großem Bogen durch die Luft, und wir knallten sie schon im Fliegen ab, bevor sie in die Grube und ins Wasser flogen." Für die Erschießungskommandos fanden sich in der Regel genügend Freiwillige.[75] Um möglicherweise dennoch bestehende Hemmungen zu betäuben, schenkten die Kommandeure reichlich Alkohol aus, außerdem waren die Vorgesetzten gehalten, die Eindrücke „durch Abhaltung von Kameradschaftsabenden zu verwischen" (Dok. 22). Manche Täter erlitten trotzdem einen psychischen Zusammenbruch (Dok. 91), dazu gehörte selbst der HSSPF von dem Bach-Zelewski, der zahlreiche Erschießungen von Juden persönlich befehligt hatte (Dok. 152). Die eigentlichen Exekutionen wurden daher zunehmend von einer kleinen Gruppe spezieller Mordschützen vollzogen. Diese zwangen die Opfer, sich nebeneinander in die vorbereiteten Gruben zu legen, schritten dann über sie hinweg und schossen ihnen einzeln ins Genick (Dok. 160, 283). Bisweilen ermordeten kaum ein Dutzend Männer auf diese Weise Tausende Menschen, die ihnen vom Grubenrand aus zugeleitet wurden.

Um die Täter zu schonen, suchten die Verantwortlichen zudem nach anderen Tötungsarten. Neben vereinzelten Versuchen, Juden mit Sprengstoff umzubringen (Dok. 179) oder auf Kähne zu setzen und diese zu versenken,[76] griffen die Einsatzgruppen auf die bereits erprobten Gaswagen zurück, in denen die Opfer mit Kohlenmonoxid erstickt wurden. Auch in der Sowjetunion wurden die Gaswagen vorrangig eingesetzt, um Insassen von Kinder- und Pflegeheimen zu ermorden. Obwohl die Einsatzgruppen diese Tötungsapparate anhand der gemachten Erfahrungen immer wieder modifizieren ließen (Dok. 162), blieben die Fahrzeuge störanfällig, so dass die Mordkommandos sie vergleichsweise selten einsetzten.[77] Zeitweise war wohl auch geplant, ein Vernichtungslager nahe der weißrussischen Stadt Mogilëv einzurichten. In Erwartung der vielen Toten bestellte die SS bereits mehrere Krematorien, in denen täglich 2000 Leichen hätten verbrannt werden können, doch wurden diese Öfen schließlich in das besetzte Polen umgeleitet.[78]

Mit der Tötung der Juden war die Arbeit aus Sicht der Täter noch nicht abgeschlossen. Nach der sowjetischen Gegenoffensive vor Moskau wurde den Deutschen bewusst, dass ihre Verbrechen entdeckt werden könnten. Im Frühjahr 1942 erhielt Paul Blobel, einer der Hauptorganisatoren der Morde von Babij Jar, daher den Auftrag, die Spuren der Massaker zu verwischen. Allerdings begann sein „Sonderkommando 1005" erst im Juni 1943, als die Wehrmacht nach der Niederlage in Stalingrad nach Westen zurückgedrängt wurde, die Leichen der Mordopfer in den besetzten Ostgebieten systematisch auszugraben und zu verbrennen. Da es so viele Mordstätten gab, stellte Blobel zahlreiche Unterkommandos

75 Harald Welzer, Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt a. M. 2005, S. 160 – 165; Zitat: Brief Walter Mattner an seine Ehefrau vom 5.10.1941, Abdruck in: Deutscher Osten 1939 – 1945. Der Weltanschauungskrieg in Photos und Texten, hrsg. von Klaus-Michael Mallmann, Volker Rieß und Wolfram Pyta, Darmstadt 2003, S. 28.

76 Norbert Kunz, Die Krim unter deutscher Herrschaft (1941 – 1944). Germanisierungsutopie und Besatzungsrealität, Darmstadt 2005, S. 185.

77 Mathias Beer, Die Entwicklung der Gaswagen beim Mord an den Juden, in: VfZ, 35 (1987), S. 403 bis 417; Al'tman, Opfer des Hasses (wie Anm. 13), S. 344 f.; Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation, hrsg. von Eugen Kogon, Frankfurt a. M. 1983, S. 333 – 337.

78 Jean-Claude Pressac, Die Krematorien von Auschwitz, München 1995, S. 38 – 41, 64 f.; Christian Gerlach, Failure of Plans for an SS Extermination Camp in Mogilev, Belorussia, in: Holocaust and Genocide Studies, 11 (1997), S. 60 – 78.

auf, die überwiegend aus jüdischen Häftlingen bestanden. In der Regel wurden diese von der Sicherheitspolizei erschossen, sobald die Aufgabe an einem Ort erfüllt worden war; einigen gelang die Flucht (Dok. 275).[79]

Beteiligung der Wehrmacht an der Verfolgung und Ermordung der Juden

Von Kriegsbeginn an beteiligten sich Angehörige der Wehrmacht an der Verfolgung der sowjetischen Juden.[80] Sie betrieben oder förderten antisemitische Propaganda (Dok. 8), erließen erste diskrimierende Maßnahmen, beraubten die Juden, beuteten sie als Arbeitskräfte aus und halfen schließlich bei den Exekutionen der SS oder verübten selbst Massaker.

Unmittelbar nach dem Einmarsch schufen meist die Offiziere in den Feld- und Ortskommandanturen die entscheidende Grundlage für die antijüdischen Verbrechen, indem sie die Juden als Opfergruppe isolierten: Sie verpflichteten die jüdische Bevölkerung, sich mit Armbinden oder Davidsternen zu kennzeichnen (Dok. 38) und ließen sie registrieren, außerdem begrenzten sie ihre Einkaufsmöglichkeiten, erließen Ausgangssperren und befahlen die Bildung sogenannter Judenräte, die für das „Wohlverhalten" der jüdischen Gemeinde verantwortlich waren (Dok. 25, 44, 72). In einigen Fällen richtete die Militärverwaltung auch in eigener Regie Gettos ein (Dok. 31, 69). Insgesamt folgten die Offiziere somit zunächst einem schon bei der Besetzung Polens erprobten Muster antijüdischer Politik.[81] Zugleich verdeutlichen die zahlreichen zeitlichen und regionalen Abweichungen, mit denen die Militärs die einzelnen Maßnahmen umsetzten, dass es nur wenige zentrale Vorschriften, aber viel Raum für eigene antisemitische Initiativen gab (Dok. 61).[82]

In einem Bereich erließ die Wehrmachtsführung allerdings schon im Juli 1941 eindeutige Richtlinien: Juden sollten ausschließlich in Kolonnen und für möglichst schwere und unangenehme Arbeiten eingesetzt werden, beispielsweise um Trümmer, Leichen und Kadaver zu beseitigen oder Straßen zu bauen (Dok. 25). Kolonnen jüdischer Zwangsarbeiter gehörten von Kriegsbeginn an zum Alltag, vielfach mussten Juden in Kasernen oder Privatwohnungen der Besatzer putzen (Dok. 19, 54, 55). Die ihm zugeteilte jüdische Putzfrau, so schrieb der Offizier Heinz Rahe seiner Ehefrau aus Dnepropetrovsk, „gehört zu den typischen Judengesichtern und ist mir daher ziemlich widerwärtig. Aber ihre Arbeit macht sie ordentlich" (Dok. 77). Aus dem Wirtschaftsleben sollten die Juden dagegen möglichst schnell und umfassend verschwinden, insbesondere aus den leitenden Positionen. Der Chef des Wirtschaftsstabs Ost, Generalleutnant Wilhelm Schubert, war

79 Jens Hoffmann, „Das kann man nicht erzählen". ‚Aktion 1005' – Wie die Nazis die Spuren ihrer Massenmorde in Osteuropa beseitigten, Hamburg 2008.

80 Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 2002.

81 Zur Kennzeichnung der Juden in Polen siehe VEJ 4/8, 35, 47, 49; zur Registrierung siehe VEJ 4/26; zur Gettoisierung siehe VEJ 4/12, 41, 54, 94.

82 Klaus Jochen Arnold, Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Kriegführung und Radikalisierung im „Unternehmen Barbarossa", Berlin 2005, S. 486 – 524; Jörn Hasenclever, Wehrmacht und Besatzungspolitik in der Sowjetunion. Die Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete 1941 – 1943, Paderborn 2010, S. 458 – 471.

daher Mitte Juli 1941 hocherfreut, dass die Raffinerie im ukrainischen Drohobycz nur eine „knappe Woche die leitenden Juden gebraucht hat, und heute ganz judenfrei arbeiten kann". Er forderte eine „*baldige* Ghettoisierung" der Juden, damit „die zuverlässigeren örtlichen Nichtjuden zum Zuge kommen" (Dok. 29). Im Wirtschaftsrüstungsamt des OKW erkannte man dagegen wenige Wochen später, dass die jüdischen Fachleute nicht so leicht zu ersetzen waren, und entwarf eine Eingabe an die Heeresleitung, diese Personen vorerst nicht mit Judensternen zu diskriminieren, weil dies ihre Autorität untergrabe (Dok. 45). Der Chef des OKW, Wilhelm Keitel, hingegen mahnte im September 1941, Juden nicht mehr „zu irgendwelchen bevorzugten Hilfsdiensten für die Wehrmacht" einzusetzen – als Buchhalter und Übersetzer waren sie allerdings häufig kaum zu ersetzen.[83]

Die Verfolgung der Juden in den besetzten Ostgebieten war von Beginn an zugleich ein großer Raubzug.[84] Einzelne Kommandanturen verhängten unmittelbar nach dem Einmarsch in sowjetische Städte kollektiv zu entrichtende „Kontributionen" wegen angeblich von Juden verübter Vergehen; die Summen waren binnen weniger Tage fällig und wurden häufig noch nachträglich erhöht (Dok. 42, 54, 107, 141). Die ihnen noch verbliebenen Wertsachen wurden den Juden spätestens an der Erschießungsgrube von den Mitgliedern der Einsatzkommandos abgenommen. Die Wertgegenstände und das Bargeld wurden in diesem Fall an das RSHA in Berlin oder an die Beutestelle der Reichshauptkasse abgeführt (Dok. 117); einen Teil der Beute behielten die deutschen Mörder und ihre einheimischen Helfer für sich (Dok. 148). Später ging die Militärverwaltung daran, die Einrichtungsgegenstände und Wohnungen der geflüchteten und ermordeten Juden zu verwerten. In allen Städten wurden dafür Beutelager eingerichtet, aus denen die Besatzer sich bedienten oder einheimische Hilfskräfte bzw. die sogenannten Volksdeutschen versorgt wurden. Der Rest wurde an die lokale Bevölkerung verkauft, der Erlös floss ebenfalls an die Reichshauptkasse. Erst vergleichsweise spät, Anfang Oktober 1941, regelte der Generalquartiermeister detailliert, wie die Juden auszurauben waren (Dok. 92).

Viele Vermögenswerte von Juden waren schon in den chaotischen Anfangstagen der Besatzung vernichtet oder gestohlen worden – allein in Riga wurden in diesem Sommer 5800 jüdische Wohnungen geplündert.[85] Deutsche und Einheimische raubten aber auch weiter, als sich die neue Besatzungsverwaltung etabliert hatte. Der Leiter der ukrainischen Verwaltung im Rayon Žitomir schrieb über die örtliche ukrainische Polizei lapidar: „Die Miliz beschäftigt sich mit dem Raub von Judensachen" (Dok. 68). In der Umgebung des Dorfes Ponary bei Wilna, wo sich in einem Wald die zentrale Mordstätte auf litauischem

83 Befehl (geheim) des OKW (WFSt/Abt. L [IV/Qu] Nr. O 20 41/41), gez. Keitel, FHQu., vom 12. 9. 1941 (Abschrift); Abdruck in: Die 11. Armee und die „Endlösung" 1941/42. Eine Dokumentensammlung mit Kommentaren, hrsg. von Marcel Stein, Bissendorf 2006, S. 58.

84 Martin Dean, Jewish Property Seized in the Occupied Soviet Union in 1941 and 1942. The Records of the Reichshauptkasse Beutestelle, in: Holocaust and Genocide Studies, 14 (2000), H. 1, S. 83 – 101; Yitzhak Arad, Plunder of Jewish Property in the Nazi-Occupied Areas of the Soviet Union, in: Yad Vashem Studies, 29 (2001), S. 109 – 148, hier S. 123 f.; Al'tman, Opfer des Hasses (wie Anm. 13), S. 172 – 179.

85 Katrin Reichelt, Profit and Loss: the Economic Dimensions of the Riga Ghetto (1941 – 1943), in: Andris Caune/Dzintars Ērglis (Hrsg.), The Issues of the Holocaust Research in Latvia, Riga 2001, S. 168 – 184, hier S. 172.

Gebiet befand, blühte schon im Juli 1941 der Handel mit der Kleidung der Erschossenen, und litauische Polizisten schleppten Rucksäcke voller Uhren und Geld fort (Dok. 48). Die frei gewordenen Wohnungen und Häuser wurden von den lokalen einheimischen Behörden im Auftrag der deutschen Besatzer dagegen sorgfältig aufgelistet, bewertet und anschließend verkauft (Dok. 122). Viele Nicht-Juden freuten sich über das erweiterte Wohnungsangebot (Dok. 74, 326).

Immer wieder waren Angehörige der Wehrmacht überdies beim eigentlichen Judenmord behilflich, insbesondere bei der Vorbereitung der Exekutionen: Im südrussischen Taganrog rief der Ortskommandant im Oktober 1941 die Juden auf, sich zu versammeln, und übergab die 1800 Menschen dem Sonderkommando 10a unter Heinrich Seetzen, der sie dann erschießen ließ (Dok. 105). Im nahe gelegenen Cherson hatte das von Paul Zapp befehligte Sonderkommando 11a einen Monat zuvor gemeinsam mit der Wehrmacht Razzien durchgeführt. Nachdem seine Männer 5000 Menschen erschossen hatten, lobte Zapp die Zusammenarbeit mit dem Kommando der 72. Infanteriedivision und dem Stadtkommandanten. Auch den Transport der Opfer zur Exekutionsstätte unterstützte die Wehrmacht mehrfach. Damit die Einsatzgruppe D im September 1941 über 4000 Juden in Nikolaev ermorden konnte (Dok. 104), stellte ihr die Ortskommandantur mehrere Lastwagen zur Verfügung. Auch der Leiter der Feldkommandantur 197 in Žitomir leistete solche Amtshilfe, nachdem man bei einer Besprechung mit dem Sonderkommando 4a beschlossen hatte, „die Judenschaft endgültig und radikal zu liquidieren". Schließlich lieferte die Wehrmacht regelmäßig Munition, 100 000 Schuss gingen beispielsweise an Jeckeln, bevor dieser die Juden von Berdičev ermorden ließ.[86]

Zuweilen brachten Wehrmachtssoldaten eigenhändig Juden um, meist im Rahmen eigenständig ausgeführter, sogenannter Vergeltungsaktionen.[87] Zu Kriegsbeginn legten mehrere Kommandeure fest, dass die Geiseln aus der Zivilbevölkerung, die in einem solchen Fall zu erschießen waren, zur Hälfte von den jüdischen Einwohnern zu stellen seien. Bei anderen Gelegenheiten wurden Juden und vermeintliche Partisanen zur Minensuche eingesetzt; der Kommandant des rückwärtigen Armeegebiets 532 wies seine Einheiten im September 1942 an, sich zu diesem Zweck „mit Stricken auszurüsten, um die Juden oder Bandenangehörigen mit langen Halsstricken zu versehen".[88] Vereinzelt stellte die Wehrmacht den Einsatzgruppen zudem Schützen für deren Mordaktionen zur Verfügung. Im lettischen Liepāja (Libau) forderte die SS im Juli 1941 beim Ortskommandanten Brückner zehn Marinesoldaten an, die in den Dünen nahe der Hafenstadt jüdische Männer erschießen sollten. Einer der Schützen berichtete wenige Monate später: Es „wollten die weitaus meisten von uns freiwillig zu dem Spaß gehen oder doch wenigstens in der Reihe stehen, durch die die Juden Spießruten laufen mußten. Einige allerdings zitterten am ganzen Körper so, dass sie nicht schießen konnten."[89] Bezeichnenderweise mussten die Kom-

86 Zu Cherson und Berdičev: Dieter Pohl, Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941 – 1944, München 2008, S. 265, 270; zu Nikolaev: Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord (wie Anm. 43), S. 242 f.; zu Žitomir: EM Nr. 106 vom 7.10.1941, BArch, R 58/218, Bl. 68 (Zitat); Lagebericht der Feldkommandantur (VII) 197 vom 20.9.1941, BArch, RH 22/204.

87 Römer, Der Kommissarbefehl (wie Anm. 37), S. 333 – 406.

88 Einsatzbefehl des Kommandanten des rückwärtigen Armeegebiets 532 für das Unternehmen Dreieck und Viereck vom 9.9.1942, Abdruck in: Verbrechen der Wehrmacht (wie Anm. 80), S. 487 f.

89 Bericht eines 19-jährigen Landwirtsohnes, aufgezeichnet im Winter 1941/42 vom Medizinstuden-

mandeure ihren Soldaten mehrmals untersagen, sich ohne Erlaubnis am Mordgeschäft zu beteiligen (Dok. 73). Diese Verbote entsprangen weniger moralischen Skrupeln als vielmehr Befürchtungen, die Disziplin und die „Manneszucht" der Truppe seien bedroht: Ein Soldat, der Juden auf Befehl tötete, war ein guter Nationalsozialist, ein Soldat hingegen, der dies eigenständig und aus purer Mordlust tat, war spätestens nach seiner Rückkehr in die Heimat eine Gefahr für die Gesellschaft.[90] Die Wehrmachtsführung wollte zudem verhindern, dass die Aufgaben von Militär und Polizei verwischt wurden. Am häufigsten beteiligten sich daher Angehörige der Geheimen Feldpolizei und der Feldgendarmerie an den Massakern. Georg Staiger, der Leiter des im weißrussischen Borisov stationierten Teils der GFP-Gruppe 709, stimmte beispielsweise während eines Kameradschaftsabends im Oktober 1941 die anwesenden lettischen und russischen Polizisten und Ordnungsdienstmänner auf ihre Aufgabe ein, die etwa 7000 Juden der Stadt zu erschießen, und ließ dann vor der Stadt Erschießungsgruben ausheben.[91] In Simferopol', der Hauptstadt der Krim, nahmen im Dezember des gleichen Jahres Angehörige der Feldgendarmerie an der Ermordung von 14 500 Juden und Krimtschaken teil; Letztere gehörten einer turksprachigen Minderheit an, die im Frühmittelalter den jüdischen Glauben angenommen hatte.[92] Die Erschießung einzelner Juden gehörte ebenso zum Alltag der Feldgendarmen wie die Verkehrsregelung oder die Aufklärung von Diebstählen (Dok. 289).
Die offizielle Trennung der Aufgabenbereiche von Militär und Polizei hinderte Wehrmachtsoffiziere jedoch nicht daran, die Ermordung der Juden wenigstens anzuregen. Häufig schoben sie dafür Versorgungs- und Hygieneprobleme vor (Dok. 109, 115, 128). Typisch war in dieser Hinsicht das Verhalten des Feldkommandanten im ukrainischen Kamenec-Podol'skij: Er forderte schon im Juli 1941 wegen fehlender Nahrungsmittel und angeblicher Seuchengefahr den sofortigen „Abtransport" der vielen tausend jüdischen Flüchtlinge aus der Stadt und ließ sich einen Monat später vom HSSPF Jeckeln zusichern, dass die SS diese Menschen noch vor der Übergabe der Stadt an die Zivilverwaltung am 1. September umbringen werde. Pünktlich zum 30. August meldete Jeckeln die Erschießung von 23 600 Juden, einschließlich 8000 Einheimischer (Dok. 47, 67, 70). Der Abwehroffizier des Oberkommandos der 6. Armee, Rudolf Paltzo, verwies ebenfalls auf die schwierige Versorgungslage, als er Anfang November 1941 darauf drängte, die Juden in Charkow durch den SD „behandeln" zu lassen – dabei stellten die Juden kaum drei Prozent der Stadtbevölkerung.[93]

ten Wolfgang Leydhecker, zit. nach: ders., Eine Jugend im Dritten Reich. Nicht wie die anderen, Darmstadt 1992, S. 89 f. Vom 8. bis 10.7.1941 erschossen jeweils fünf SS- und zehn Wehrmachtsangehörige in Liepāja 228 Juden.

90 Hilberg, Vernichtung der europäischen Juden (wie Anm. 46), S. 340 – 342.

91 Das vom Leiter eines Teilkommandos des Sk 1b, Rudolf Grave, angeregte Massaker wurde vom Leiter des russ. Ordnungsdienstes in Borisov, Ehof, organisiert und mit Hilfe von etwa 200 lett. Polizisten durchgeführt; Aussage Ehof vom 28.2.1947 vor den sowjet. Untersuchungsbehörden, Abdruck in: Krausnick/Wilhelm, Truppe des Weltanschauungskrieges (wie Anm. 46), S. 578 f.

92 Kunz, Die Krim unter deutscher Herrschaft (wie Anm. 76), S. 195 – 197; Manfred Oldenburg, Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942, Köln 2004, S. 167 f.; zum Mord an den Juden und Krimtschaken siehe auch: Aleksandr I. Kruglov, Uničtoženie evrejskogo naselenija v Krymu v 1941 – 1942gg, in: Vestnik Evrejskogo Universiteta v Moskve (1997), H. (2) 15, S. 216 – 233; Michail I. Tjaglyj, Cholokost v Krymu. Dokumental'nye svidetel'stva o genocide evreev Kryma v period nacistskoj okkupacii Ukrainy (1941 – 1944), Simferopol' 2002.

Zuweilen schuf das Militär jedoch erst jene unerträglichen Zustände, mit denen es dann den Judenmord begründete: Im weißrussischen Vitebsk bestimmte die Militärverwaltung zunächst eine halbzerstörte Fabrik zum „Getto" und überließ die dort eingesperrten 16 000 Menschen sich selbst (Dok. 78). Nachdem etwa 5000 Menschen verhungert waren, wurden die übrigen wegen „höchster Seuchengefahr" im Herbst 1941 vom Einsatzkommando 9 unter Albert Filbert, dem Kommando einer SS-Division und einheimischen Hilfspolizisten ermordet.[94] Selbst im Chaos der Rückzugsgefechte verloren einige Wehrmachtsoffiziere den Judenmord nicht aus den Augen: Im Mai 1944 beklagte der Oberbefehlshaber der 8. Armee, Otto Wöhler, dass sich die Juden in Bîrlad und Jassy der Evakuierung der Stadt widersetzten und den Soldaten Kleidung und Lebensmittelkonserven abkaufen wollten. Er forderte, diese „Kreaturen" müssten „verschwinden".[95]

Auch ohne aktive Beteiligung an den Exekutionen waren viele Soldaten und Offiziere gut über das Mordgeschehen informiert – die Pogrome in Ostpolen und Litauen sowie die von der Sicherheitspolizei durchgeführten Massenexekutionen wurden anfangs wie grausame Spektakel vor großem Publikum durchgeführt (Dok. 18, 26). Für die ersten Wochen des Ostfeldzugs lässt sich geradezu von einem „Erschießungstourismus" sprechen. Die Befehlshaber sahen dies aber fast ebenso ungern wie die eigenmächtige Teilnahme ihrer Männer an Exekutionen; allerdings mussten auch die Befehle, die Massaker nicht zu begaffen oder Erinnerungsfotos anzufertigen, mehrmals wiederholt werden.[96]

SS und Polizei informierten die Militärführung zudem regelmäßig über die Erschießungen, die sie im Heeres- und Armeegebiet durchführten – dies war vor Kriegsbeginn so vereinbart worden. Ein Wochenbericht Arthur Nebes über die Tätigkeit der Einsatzgruppe B für die Führung der Heeresgruppe Mitte zeigt, wie genau die leitenden Wehrmachtsoffiziere schon Mitte Juli 1941 über deren Verbrechen im Bilde waren (Dok. 32). Für die Militärs waren diese Bilanzen noch kein Grund, an den Mitteln des Ostkriegs zu zweifeln, im Gegenteil: Der Generalstabschef der 6. Armee, Oberst Heim, kritzelte Anfang August ein „Herzlichen Glückwunsch" auf die Meldung des HSSPF Jeckeln über die „Säuberungsaktion" in Zwiahel, bei der außer 73 „Freischärlern" und 165 angeblichen Kommunisten 1658 Juden erschossen worden waren (siehe dazu auch Dok. 49).[97] Auch der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Fedor von Bock, lobte den „Partisanen"-

93 Klaus-Michael Mallmann, Der qualitative Sprung im Vernichtungsprozess. Das Massaker von Kamenez-Podolsk Ende August 1941, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 10 (2001), S. 243 bis 264; Andrej Angrick, Das Beispiel Charkow. Massenmord unter deutscher Besatzung, in: Christian Hartmann/Johannes Hürter/Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005, S. 117 – 124.

94 EM Nr. 124 vom 25.10.1941, BArch, R 58/218, Bl. 299 – 305, hier Bl. 304.

95 Telegramm AOK 8 (Ia/No. 3372/44), gez. Wöhler, an HGr. Süd Ukraine vom 31.5.1944, NOKW-3422, Abdruck in: Trials of War Criminals Before the Nuernberg Military Tribunals, Bd. 10: United States of America v. Wilhelm von Leeb, et al., Washington, D.C., 1951, S. 1264.

96 Befehl von Reichenau: Anlage zu den Besonderen Anordnungen für die Versorgung und für die Versorgungstruppen Nr. 50 des AOK 6, Abt. O.Qu./Qu.1 vom 10.8.1941, BArch, RH 20-6/757; zum „Erschießungstourismus" siehe auch den Bericht des ehemaligen Kommandeurs des Inf.-Reg. 528, Major Karl Rösler, an den stellv. Kommandierenden General des IX. Armeekorps, General Rudolf Schniewindt, vom 3.1.1942, Abdruck in: „Schöne Zeiten". Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, hrsg. von Ernst Klee, Willi Dressen und Volker Rieß, Frankfurt a. M. 1988, S. 114 – 116.

97 Fernschreiben des HSSPF Russland Süd, gez. Jeckeln, an das AOK 6 vom 31.7.1941, BArch, RH 20-6/110, Bl. 133+RS.

Kampf der SS, obwohl er wusste, dass diesem hauptsächlich Juden zum Opfer fielen.[98] Die SD-Männer sprachen gegenüber den Offizieren der Wehrmacht ganz offen über ihr Ziel, einen Völkermord an den Juden durchzuführen: Als sich im Dezember 1942 Angehörige der Technischen Brigade in Krasnodar und der Ortskommandantur mit dem Leiter des Sonderkommandos 10a Kurt Christmann zu einer Besprechung trafen, erklärte dieser in der Vorstellungsrunde, ihm obliege „die Vernichtung der Juden".[99]

Kriegsgefangene

Die deutsche Führung hielt die meisten Angehörigen der Roten Armee zwar für rassisch minderwertig, zugleich aber für weit gefährlicher als die bisherigen Kriegsgegner. Noch vor Beginn des Feldzugs hatte die Wehrmachtsführung die Rotarmisten deshalb vom Schutz durch die Genfer Konvention ausgenommen. Viele versprengte Rotarmisten wurden als vermeintliche Partisanen erschossen. Häufig stellten die Deutschen diese Verbrechen als Racheakte für den überraschend starken Widerstand der sowjetischen Streitkräfte oder für sowjetische Vergehen an deutschen Kriegsgefangenen dar. Die größten Massaker an Kriegsgefangenen begingen die Deutschen jedoch nicht unmittelbar in der Kampfzone, sondern während der Gewaltmärsche in die häufig Hunderte von Kilometern westlich gelegenen Lager. Viele der völlig ausgehungerten sowjetischen Soldaten brachen entkräftet zusammen und wurden dann zu Zehntausenden von den Wachmannschaften der Wehrmacht erschossen.[100]

In den Lagern selbst – sowohl im Operationsgebiet als auch danach in der Etappe – mussten die Gefangenen weiter hungern und anfangs überwiegend im Freien hausen (Dok. 72, 94). Weil die deutsche Führung bis in den September 1941 hinein noch mit einem ausreichenden Angebot an zivilen Arbeitskräften rechnete, galten ihr die sowjetischen Kriegsgefangenen ebenso wie die Juden zunächst als überflüssige Esser. Bezeichnenderweise waren die deutschen Militärs schon vor dem Überfall auf die Sowjetunion davon ausgegangen, dass in ihrer Obhut Millionen Kriegsgefangene verhungern würden – und tatsächlich starben bis Anfang Februar 1942 über zwei Millionen der bis dahin festgesetzten 3,5 Millionen Rotarmisten. Die eigentliche Ursache dieses Massensterbens lag somit nicht in der Nahrungsmittelkrise – die wäre zu bewältigen gewesen –, sondern in der Mordlust der deutschen Führung und dem weltanschaulich fundierten Hass auf die vermeintlichen „slawischen Untermenschen", der von großen Teilen der deutschen Elite geteilt wurde.[101] Systematisch verfolgten und ermordeten Wehrmachtssoldaten und SS-Männer jedoch

98 Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 bis 1944, Hamburg 1999, S. 565, 593 f.

99 Aktennotiz (geheim) der Technischen Brigade Mineralöl/Ic, Brigadestabsquartier (Krasnodar), Unterschrift unleserlich, über eine Besprechung über Abwehrangelegenheiten vom 29.12.1942, BArch, RW 46/690.

100 Jürgen Förster, Die Sicherung des „Lebensraumes", in: Boog u.a., Angriff auf die Sowjetunion (wie Anm. 35), S. 1030 – 1078, hier S. 1042 f.; Gerlach, Kalkulierte Morde (wie Anm. 98), S. 785; Römer, Kommissarbefehl (wie Anm. 37), S. 226 – 250; Pohl, Herrschaft der Wehrmacht (wie Anm. 86), S. 207 – 210.

101 Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941 – 1945, Stuttgart 1978, S. 79, 128 – 190; Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin 1986, S. 132 – 136.

nur die jüdischen Kriegsgefangenen sowie bis Frühjahr 1942 die Politoffiziere der Roten Armee. Während aber beispielsweise die Führung der 22. Infanteriedivision in ihren schriftlichen Weisungen anfangs nicht konkretisierte, was mit den „abzusondernden" Juden geschehen sollte, und bloß auf entsprechende mündliche Absprachen verwies (Dok. 5), wurde Heydrich selbst nach Feldzugsbeginn deutlicher: Am 28. Juni entwarf er geheime Richtlinien für die speziellen Kommandos der Sicherheitspolizei, die in den Kriegsgefangenen-Stammlagern (Stalag) alle „auszuscheidenden Elemente" – darunter „alle Juden" – ermitteln und ermorden sollten (Dok. 9).

Die Wehrmachtsführung und Heydrich einigten sich darauf, bei der Suche nach Kommissaren (diese Position wurde in der Roten Armee Mitte Juli 1941 wieder eingeführt) sowie nach Kommunisten und Juden unter den Gefangenen arbeitsteilig vorzugehen: Die Einsatzkommandos sollten die fern der Front gelegenen Stalags durchkämmen, während die Wehrmacht diese Aufgabe in den im Operationsgebiet gelegenen Durchgangslagern (Dulags) vorerst selbst übernahm.[102] In der Regel identifizierten deutsche Lagerärzte die Juden. Allerdings fiel den Verantwortlichen nach einiger Zeit auf, dass auch Muslime und Angehörige von Turkvölkern beschnitten waren. Vielfach setzte man daher auf die Denunziation durch nicht-jüdische Mitgefangene und warb dafür entweder V-Männer an oder gab den Gefangenen nichts zu essen, bis sie die Juden ausgeliefert hatten (Dok. 164). Manche Lagerkommandanten entwickelten beim Aufspüren von Juden beträchtlichen Ehrgeiz und ließen ihnen große Davidsterne auf die Uniformen malen oder nähen. Grundsätzlich wurden Juden in den Lagern drastisch schlechter versorgt.[103]

Anfang Oktober 1941 erlaubte Generalquartiermeister Wagner den Einsatzgruppen offiziell, auch in den Dulags eigenständig Kriegsgefangene auszusortieren und zu erschießen. Anscheinend rechnete er wegen der anstehenden Offensive auf Moskau mit zahlreichen neuen Gefangenen und wollte alle „Verdächtigen" aussondern lassen, bevor die übrigen in die Stammlager ins Reich transportiert wurden.[104] Zwar hatten SS und Polizei schon zuvor vielfach jüdische Kriegsgefangene aus den Lagern geholt und ermordet (Dok. 33), doch nun schnellten die Opferzahlen deutlich nach oben. Die Sicherheitspolizisten er-

102 Anlage 1 zum Einsatzbefehl Nr. 8 des Chefs Sipo/SD, gez. Heydrich, betr. Richtlinien für Kommandos im Kriegsgefangenenwesen vom 17.7.1941, Abdruck in: Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion (wie Anm. 43), S. 331 – 340; OKH, GenQu, K.Verw. Nr. II/4590/41 geh., 24.7.1941, BArch, RH 23/295, Bl. 59 – 62.

103 Pavel Polian, First Victims of the Holocaust. Soviet-Jewish Prisoners of War in German Captivity, in: Kritika, 6 (2005), S. 763 – 787; Gerlach, Kalkulierte Morde (wie Anm. 98), S. 841 f.; zu den geänderten Hinweisen zur Identifizierung: Ergänzung der Richtlinien für die in die Stalags abzustellenden Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD vom 12.9.1941, BArch, R 58/272, Bl. 99 – 104, Abdruck in: Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion (wie Anm. 43), S. 392 – 395; zu Denunziationen siehe die Aussage von Semen B. Berljant beim NKVD Kiew vom 16.11.1943, zit. in: Aron Šneer, Plen. Sovetskie voennoplennye v Germanii, 1941 – 1945, Bd. 2, Ierusalim 2005, S. 314; zum Einsatz von V-Männern siehe Anlage 2 zum Einsatzbefehl Nr. 8 des Chefs Sipo/SD, gez. Heydrich, betr. Richtlinien für Kommandos im Kriegsgefangenenwesen vom 17.7.1941, Abdruck in: Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion (wie Anm. 43), S. 331 – 340; zur Versorgung der Kriegsgefangenen: Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord (wie Anm. 43), S. 459, 462 f.

104 OKH, GenQu, K.Verw., vom 7.10.1941 (Entwurf), Anlage zum Einsatzbefehl CdS Nr. 14, 29.10.1941, Abdruck in: Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion (wie Anm. 43), S. 359 f.; Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2006, S. 594.

schossen fortan wöchentlich Hunderte jüdischer Kriegsgefangener.[105] Obwohl die Aussonderung und Ermordung der jüdischen Gefangenen nun eigentlich vollständig in der Hand von Polizei und SS lag, halfen die Abwehroffiziere der Wehrmacht weiter bei deren Identifizierung (Dok. 143). Manche Offiziere frontnah gelegener Armee-Gefangenensammelstellen überstellten die entdeckten jüdischen Gefangenen zudem von sich aus direkt an die Sicherheitspolizei (Dok. 97). Auch die finnischen Verbündeten lieferten jüdische Kriegsgefangene an die deutsche Sicherheitspolizei aus (Dok. 82) – das „Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD beim Armeeoberkommando Norwegen, Befehlsstelle Finnland", dessen Existenz erst seit einigen Jahren bekannt ist.[106]

Häufig demütigten die Deutschen die jüdischen Kriegsgefangenen, bevor sie diese ermordeten. Ein Überlebender berichtete in einem Brief an den Schriftsteller Il'ja Ėrenburg, dass die nicht-jüdischen Kriegsgefangenen drei Mal täglich zur jüdischen Abteilung des Lagers getrieben wurden, wo die Aufseher die Juden zwangen, zu tanzen und zu singen. „Wer nicht singen oder tanzen wollte oder konnte, wurde vor aller Augen erschossen. Von Schlägen gar nicht erst zu reden."[107]

Der Befehl, alle Kommissare der Roten Armee zu erschießen, wurde im Mai 1942 aus militärtaktischen Gründen ausgesetzt: Die Abwehroffiziere der Wehrmacht hatten in Vernehmungen sowjetischer Soldaten festgestellt, dass die Nachrichten über diese Kriegsverbrechen den Widerstand der Roten Armee eher verstärkten, als dass sie ihn brachen. Zudem erkannten die deutschen Militärs, dass die Kommissare noch nicht einmal durchweg überzeugte Bolschewisten waren.[108] Für die jüdischen Rotarmisten galt dieser neue Kurs nicht: Noch im Juli 1943 erließ das Oberkommando des Heeres ein Verbot, jüdische Kriegsgefangene zum Arbeitseinsatz in die Stammlager weiterzuleiten. Sie seien weiterhin an die Sicherheitspolizei zu übergeben (Dok. 175). Insgesamt kamen, groben Schätzungen zufolge, etwa 50 000 jüdische Rotarmisten in deutscher Kriegsgefangenschaft um.[109]

Bedenken und Protest in der Wehrmacht

Wenn einzelne Militärs gegen die Morde Bedenken hegten oder protestierten, dann zunächst vorrangig wegen der brutalen Umstände dieser Verbrechen (Dok. 57). Insbesondere die Pogrome der ersten Kriegswochen schockierten: Vertreter der Abteilung VII der 281. Sicherungsdivision kritisierten Anfang Juli 1941, dass bei den Ausschreitungen in der

105 Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord (wie Anm. 43), S. 462 – 465; EM Nr. 132 vom 12.11.1941, BArch, R 58/219, Bl. 36 – 57, hier Bl. 51 f. ; EM Nr. 148 vom 19.12.1941, ebd., Bl. 339 – 354, hier Bl. 345.

106 Oula Silvennoinen, Geheime Waffenbrüderschaft. Die sicherheitspolizeiliche Zusammenarbeit zwischen Finnland und Deutschland 1933 – 1944, Darmstadt 2010.

107 Brief Semen G. Grinšpun an Il'ja Erenburg vom 26.4.1944, Abdruck in: Uničtoženie evreev SSSR (wie Anm. 73), S. 287 – 290.

108 Eine solche Feststellung machte das XXXXVII. Panzer-Korps am 30.6.1941 in seinem KTB Nr. 2, BArch, RH 24-27/2. Siehe auch: Stellungnahme des Kommandierenden des 39. Armeekorps zum Kommissarbefehl, gez. Rudolf Schmidt, weitergeleitet an Hitler, vom 17.9.1941, Abdruck in russ. Übersetzung in: Vladimir A. Zolotarev/Evgenij N. Kul'kov (Hrsg.), Mirovye vojny XX veka, Bd. 3: Vtoraja mirovaja vojna. Istoričeskij očerk, Moskva 2002, S. 259 f.; Römer, Kommissarbefehl (wie Anm. 37), S. 526 – 550.

109 Pohl, Herrschaft der Wehrmacht (wie Anm. 86), S. 235.

litauischen Hauptstadt Kaunas selbst Frauen und Kinder „in rohester Weise“ erschlagen worden seien. Auch der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Wilhelm Ritter von Leeb, und sein rückwärtiger Befehlshaber, General Franz von Roques, waren sich angesichts dieses Pogroms einig, dass „auf diese Weise die Judenfrage wohl nicht gelöst werden kann“. Anstatt jedoch gegen die Verbrechen einzuschreiten, drangen sie beim Chef der Einsatzgruppe A, Stahlecker, lediglich darauf, die Exekutionen in die Forts bei Kaunas zu verlagern. Allerdings hätten sie es bevorzugt, die gesamte Minderheit sterilisieren zu lassen.[110]

Zwar wuchs innerhalb der Wehrmacht das Unbehagen deutlich, als die Mordkommandos begannen, auch Frauen und Kinder zu erschießen. Doch selbst als Ende Oktober 1941 innerhalb des Offizierkorps der Heeresgruppe Mitte ein drastischer Augenzeugenbericht über das Massaker an Tausenden Juden im weißrussischen Borisov die Runde machte, konnten sich nur die wenigsten Offiziere zu mehr als ein paar resignierenden Bemerkungen über dieses Verbrechen aufraffen, das der Hauptmann Georg-Heino von Münchhausen in seinem Tagebuch als eine „sehr unangenehme Sache“ bezeichnete.[111] Rudolf-Christoph von Gersdorff, einer der späteren Teilnehmer am Putschversuch vom 20. Juli 1944, schrieb Anfang Dezember 1941, dass „die Erschießungen der Juden, *der Gefangenen* und auch *der Kommissare* fast allgemein im Offizierskorps abgelehnt“ würden (Dok. 128, siehe auch Dok. 53, 151). Trotzdem hielt Gersdorff weiterhin engen Kontakt mit Arthur Nebe, der diese Verbrechen organisierte; allerdings ist in der Forschung umstritten, inwieweit diese Kontakte rein dienstlich durch Gersdorffs Stellung als Abwehroffizier seiner Heeresgruppe bedingt waren.[112]

Generalfeldmarschall von Reichenau setzte den Zweiflern seinen Befehl über das „Verhalten der Truppe im Ostraum“ vom 10. Oktober 1941 entgegen, in dem von der „Notwendigkeit einer harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum“ die Rede war. Hitler lobte den Befehl als „ausgezeichnet“, HSSPF Russland-Mitte Bach-Zelewski ließ ihn daraufhin samt dieser Bemerkung an seine Einheiten verteilen (Dok. 116). Mehrere Befehlshaber von Wehrmacht und Polizei taten es ihm gleich.[113] Damit wurde den Angehörigen der Wehrmacht und der Polizeibataillone offiziell zu verstehen gegeben, dass die Massaker an den Juden einen Kernbestandteil der von der deutschen Führung entworfenen Ostpolitik bildeten.

Selbst wer den Judenmord prinzipiell ablehnte, zögerte daher, dies offen zu bekunden. Zwar meldete die Sicherheitspolizei, dass es bei der „Übernahme“ von Kriegsgefangenen „z. T. zu recht erheblichen Differenzen mit den Lagerkommandanten gekommen ist“, doch in der Regel mussten die Angehörigen der Mordeinheiten von diesen lediglich „in

110 Erster Lagebericht der 281. Sicherungsdivision (VII), gez. Bayer, an Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Nord, von Roques, vom 10.7.1941 (Abschrift), BArch, RH 26-281/25A; Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb, Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen. Aus dem Nachlass hrsg. und mit einem Lebensabriss versehen von Georg Meyer, Stuttgart 1976, S. 288, Eintrag vom 8.7.1941.

111 Hürter, Hitlers Heerführer (wie Anm. 104), S. 563 – 566, Zitat S. 564; über das Massaker in Borisov schrieb der Oberwachtmeister Soennecken am 24.10.1941 einen Bericht, Abdruck in: Krausnick/Wilhelm, Truppe des Weltanschauungskrieges (wie Anm. 46), S. 576 f.

112 Fabian von Schlabrendorff, Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Tübingen 1979, S. 180 f., 218 – 220.

113 Befehl des AOK 17 Ia Nr. 0973/41 geh., gez. Hoth, über das „Verhalten der deutschen Soldaten im Ostraum“, vom 17.11.1941, Abdruck in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“ (wie Anm. 36), S. 341 – 343.

mehr oder minder versteckter Form Vorwürfe über ihre konsequente Haltung in der Judenfrage über sich ergehen lassen", wie das RSHA im November 1941 berichtete.[114] Hinhaltender Widerstand einzelner Kommandanten gegen die Auslieferung jüdischer Kriegsgefangener scheiterte schon an der mangelnden Unterstützung durch die Wehrmachtsführung (Dok. 108). Zu den wenigen Soldaten, die offen gegen die Morde protestierten, gehörte Arno von Kriegsheim, Stabschef des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebiets Nord – und SS-Mitglied. Er hatte zwar im Juli 1941 noch angeordnet, dass Juden den Davidstern tragen müssten (Dok. 38), im Februar 1942 dann aber dem Verbindungsoffizier der Einsatzgruppe A unumwunden erklärt, „dass er die Erschießungen von Juden eines Deutschen für unwürdig halte" (Dok. 150). Kriegsheim wurde daraufhin aus der Partei ausgeschlossen und zur Führerreserve versetzt. Andere Offiziere sahen ihre Ehre hingegen nicht einmal durch den Mord an Kindern angegriffen.[115]

Anscheinend haben sich nur ganz wenige Deutsche aktiv für die mit dem Tod bedrohten Juden eingesetzt (Dok. 147). Wehrmachtsoffiziere drängten im Spätherbst 1941 den Chef der Abwehr, Canaris, bei Hitler gegen die Massenmorde an den Juden in den Ostgebieten zu protestieren (Dok. 283); andere stellten in ihren Dienststellen möglichst viele Juden als unabkömmliche Facharbeiter ein oder warnten sie zumindest vor bevorstehenden „Aktionen" der Sicherheitspolizei. Zu diesen Helfern in Uniform gehörten Major Karl Plagge, der in Wilna den Heereskraftfuhrpark leitete, und Friedrich Knoll, der im lettischen Liepāja der Marine-Bekleidungskammer vorstand. In Riga verhalfen einige Wehrmachtsangehörige Juden zur Flucht nach Schweden (Dok. 260), andere Militärs setzten sich gemeinsam mit Juden in einer abenteuerlichen Reise quer durch Europa nach Spanien ab (Dok. 252). In der lettischen Hauptstadt kam es ferner zu einem bemerkenswerten Rollentausch, als Wehrmachtsdeserteure im Getto Zuflucht fanden (Dok. 225). Manche der deutschen Helfer bezahlten für ihre Taten mit ihrem Leben: So wurde Anton Schmid, Leiter der Versprengtensammelstelle in Wilna, im Frühjahr 1942 zum Tode verurteilt und erschossen, weil er angesichts der Massenmorde in Litauen vom Herbst 1941 an heimlich Juden mit Lastwagen der Wehrmacht in vermeintlich sichere Gettos in das Generalgouvernement und das Generalkommissariat Weißruthenien schmuggeln ließ (Dok. 232).[116]

114 Beide Zitate aus: EM Nr. 128 vom 3.11.1941, BArch, R 58/218, Bl. 343, 345.

115 Pohl, Herrschaft der Wehrmacht (wie Anm. 86), S. 269; Lagebericht der 454. Sich.Div/VII, gez. Winterfeld, vom 23.9.1941 für den Zeitraum 16.8. – 15.9.1941 (Abschrift), BArch, R 94/26, Bl. 28 – 38.

116 Zu Rettern aus den Reihen der deutschen Wehrmacht, Polizei und SS siehe Wolfram Wette (Hrsg.), Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, Frankfurt a.M. 2002; ders. (Hrsg.), Zivilcourage. Empörte, Helfer und Retter aus Wehrmacht, Polizei und SS, Frankfurt a.M. 2003; zu Plagge: Michael Good, Die Suche. Karl Plagge, der Wehrmachtsoffizier, der Juden rettete, Weinheim 2006; zu Fluchten aus Lettland in das neutrale Schweden: Max Kaufmann, Churbn Lettland, München 1947.

Der Judenmord in Gebieten unter deutscher Zivilverwaltung: Baltikum

Die Juden im Baltikum vor 1941

Innerhalb des sogenannten Ansiedlungsrayons des Russischen Reichs hatten Litauen und Wilna für die Juden eine besondere Bedeutung.[117] Durch die Teilungen Polens fiel das gesamte Territorium des einstigen Großherzogtums Litauen – das heutige Weißrussland, der westliche Teil Russlands sowie Lettland und Litauen – an das Russische Reich. Wilna, die historische Hauptstadt Litauens, entwickelte sich zu einem der wichtigsten Zentren jüdischer Kultur und Gelehrsamkeit. Dazu trugen insbesondere die im 18. Jahrhundert gegründeten Talmudschulen bei, die im 19. Jahrhundert für das orthodoxe Judentum weltweit Bedeutung erlangten. In Anlehnung an das 1859 in der litauischen Hauptstadt erschienene Buch „Kiryah Ne'emanah" (Gläubige Stadt), in dem Samuel Joseph Finn die Geschichte Wilnas und seiner jüdischen Gemeinde beschrieb, wurde die Stadt bald als das „Jerusalem Litauens" bezeichnet. Neben der orthodoxen Strömung entwickelte sich in Litauen aber auch eine gewichtige Bewegung jüdischer Aufklärung (Haskalah), die von 1808 an eigene Schulen gründete. Nicht-jüdische säkulare Schulen in Litauen orientierten sich an diesem Vorbild. Während die Litauer überwiegend in Dörfern wohnten, lebten die meisten Juden Litauens wie im übrigen Ansiedlungsrayon als Handwerker und Händler in den Städten. Sie schufen ein dichtes Netz aus eigenen Lehranstalten, sozialen und medizinischen Einrichtungen sowie kulturellen Institutionen. Zahlreiche Verlage etwa bildeten die Grundlage, auf der sich eine moderne jiddische Literatur entwickeln konnte. Wilna zählte darüber hinaus zu den Zentren der modernen, säkular geprägten jüdischen Verbände, wie die dort vollzogene Gründung des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds verdeutlicht.

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Russischen Bürgerkrieg wurden die baltischen Staaten unabhängig; das Gebiet um Wilna jedoch fiel 1920 an Polen, bis es im September 1939 im Gefolge des deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrags Litauen zugeteilt wurde. Vehement ausgetragene nationale Konflikte prägten daher die Zwischenkriegszeit; dennoch blühte das kulturelle und politische Leben der dortigen jüdischen Gemeinschaft. Das 1925 gegründete Jüdische Wissenschaftliche Institut (YIVO), dessen Kuratorium der Historiker Simon Dubnow vorsaß, nahm beispielsweise seinen Hauptsitz in Wilna, obwohl es über Außenstellen in Berlin, Warschau und New York verfügte. Da das unabhängige Litauen viel kleiner war als die zum Zarenreich gehörenden litauischen Gouvernements, lebten im neuen Staat nur noch 155 000 Juden; 1897 waren noch 757 000 gezählt worden. Zu diesem starken Rückgang hatten neben der Gebietsverkleinerung die Emigrationswellen bis 1914 beigetragen; außerdem waren viele litauische Juden zu Beginn des Ersten Weltkriegs von den zaristischen Behörden deportiert worden oder den sich bis 1920 hinziehenden Kriegshandlungen zum Opfer gefallen.

Mit der Unabhängigkeit wurden die Juden zunächst vollständig gleichberechtigte Staatsbürger. Jiddisch und Hebräisch wurden als Landessprachen anerkannt, der litauische Staat achtete die jüdischen Feiertage und unterstützte jüdische Verbände und Bildungseinrichtungen. Bis 1924 gab es ein Ministerium für Jüdische Angelegenheiten, und meh-

117 Dov Levin, The Litvaks. A Short History of the Jews in Lithuania, Jerusalem 2000.

rere Juden dienten in verschiedenen Regierungen als Minister. Das änderte sich, als der Nationalist Antanas Smetona sich im Dezember 1926 an die Macht putschte. Juden und Polen wurden nun zunehmend aus politischen Funktionen verdrängt. Dennoch unterstützten viele Juden Smetona, weil er trotz des auch in Litauen anwachsenden gesellschaftlichen Antisemitismus stets gegen eine antijüdische Politik eintrat – im Gegensatz zu Polen scheiterten in Litauen Forderungen nach gesonderten Hörsaalbänken und Zugangsbeschränkungen für jüdische Studenten. Für obligatorisch erklärte Sprachprüfungen wurden indes als antijüdische Barriere genutzt.[118]

In Lettland siedelten sich im 16. Jahrhundert die ersten Juden in der Provinz Kurland an. Dass sie zunächst aus Preußen und erst später aus dem südlich gelegenen Litauen nach Kurland kamen, führte zu unterschiedlichen kulturellen Ausprägungen des lettischen Judentums: Je nach Region gaben vor dem Zweiten Weltkrieg zwischen 20 und 30 Prozent der Juden Deutsch als ihre Muttersprache an; in der südöstlichen Provinz Lettgallen dominierte der Einfluss der traditionellen litauisch-jüdischen Kultur.

Die jüdische Gesamtbevölkerung belief sich 1914 in Lettland auf über 190 000 Personen. Aufgrund der Deportationen während des Ersten Weltkriegs, des von 1918 an tobenden blutigen Bürgerkriegs und der dadurch ausgelösten Emigrationswelle sank ihre Zahl bis zu Beginn der 1920er-Jahre auf etwa 80 000. 1918 erhielten die lettischen Juden, von denen etwa 1000 während des Bürgerkriegs in der lettischen Armee gekämpft hatten, die vollständige Gleichberechtigung. Abgeordnete jüdischer Parteien waren im neu geschaffenen lettischen Parlament vertreten, bis dieses 1939 aufgelöst wurde. Die 1919 eingeführten Minderheitenschutzgesetze sicherten den lettischen Juden das Recht auf eigene Schulen zu, deren Finanzierung weitgehend der Staat übernahm. Zu Beginn der 1930er-Jahre verschlechterte sich die politische Lage in Lettland, und die Judenfeindschaft wuchs. Die 1933 gegründete Donnerkreuz-Bewegung (Pērkonkrusts), die sich in ihrem Nationalismus und Antisemitismus am Nationalsozialismus orientierte und ebenfalls das Hakenkreuz als Symbol führte, wurde indes nach dem Putsch des Premierministers Karlis Ulmanis vom Mai 1934 ebenso verboten wie alle anderen Parteien. Ulmanis verfolgte gegenüber den Juden eine zwiespältige Politik: Einerseits kürzte er die Zuschüsse für jüdische Einrichtungen und betrieb eine aggressive „Lettisierungspolitik" der Wirtschaft. Andererseits nahm das Land bis 1940 Hunderte jüdischer Flüchtlinge aus dem deutschen Herrschaftsbereich auf. Allerdings erhielten diese nur zeitlich befristete Visa; den 1938 staatenlos gewordenen polnischen Juden wurde die Einreise sogar fast durchweg verwehrt.[119]

In Estland entstanden erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts vereinzelt jüdische Gemeinden. Gegründet meist von verabschiedeten zaristischen Soldaten in den Garnisonsstädten Tallinn (Reval), Tartu (Dorpat) und Pärnu (Pernau), wuchsen sie durch den Zuzug lettischer und litauischer Juden. 1875 wurde die erste jüdische Schule ins Leben gerufen, 1884 folgte eine Akademische Gesellschaft für Jüdische Literatur und Geschichte. Zu dieser Zeit lebten in Estland etwa 4000 Juden. Nach dem Unabhängigkeitskrieg, an dem sich

118 Liudas Truska, Lietuviai ir žydai nuo XIX a. pabaigos iki 1941 m. birželio, Vilnius 2005; Liudas Truska/Vygantas Vareikis, Holokausto prielaidos: antisemitizmas Lietuvoje/The Preconditions for the Holocaust: Anti-Semitism in Lithuania, Vilnius 2004.

119 Levi Avtsinsky, Di geshikhte fun die yidn in Letland fun yor 421 – 683 (1561 – 1923), Riga 1928; Mendel Bobe u.a. (Hrsg.), The Jews in Latvia, Tel Aviv 1971.

auf estnischer Seite 250 Juden beteiligt hatten, wurde den Juden Estlands kulturelle Autonomie gewährt. Ein Kultur-Rat, in dem unter anderem Zionisten, Unabhängige und Progressive vertreten waren, fungierte als Repräsentant der jüdischen Institutionen. Zwar vertraten Ende der 1930er-Jahre auch die nationalistischen Parteien Estlands zunehmend antisemitische Positionen, dennoch blieb die kleine baltische Republik trotz vereinzelter antijüdischer Übergriffe bis 1940 für Juden ein sicherer Ort.[120]

Zivilverwaltung, Polizei und die Ausweitung des Judenmords

Monate, bevor der erste deutsche Soldat seinen Fuß auf sowjetischen Boden setzte, bereitete die deutsche Führung eine Zivilverwaltung für das zu erobernde Territorium vor. Diese sollte die Wehrmacht als Besatzungsverwaltung ablösen, sobald ein Gebiet militärisch gesichert war, und die mittel- und langfristigen Ziele des Regimes durchsetzen: die Ausbeutung der jeweiligen Region und die Gewinnung von „Lebensraum" im Osten. Der Herrschaftsbereich des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete Rosenberg blieb jedoch kleiner, als Hitler und seine Gefolgsleute bei ihrem Treffen am 16. Juli 1941 im Führerhauptquartier unter dem Eindruck des schnellen Vormarsches angenommen hatten: Von den fünf vorgesehenen Reichskommissariaten entstanden nur die beiden Reichskommissariate Ukraine und Ostland.

Das Reichskommissariat Ostland unterstand dem Gauleiter von Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse, und umfasste neben den ehemaligen baltischen Republiken auch den Westteil Weißrusslands. Diese Gebiete wurden ihm von Ende Juli bis zum 5. Dezember 1941 schrittweise übergeben.[121] Lohse zog, was typisch für das Gefolgschaftswesen im Nationalsozialismus war, mit einer ganzen Reihe alter Kameraden und Untergebener in den Osten. In seinem Fall kamen sie daher ebenfalls aus Schleswig-Holstein: So wurde beispielsweise der Landrat von Lauenburg, Dr. Theodor Fründt, Leiter der Hauptabteilung Politik im Reichskommissariat Ostland, der Oberbürgermeister von Lübeck, Dr. Otto Heinrich Drechsler, Generalkommissar Lettland, und der Landrat von Eckernförde, Dr. Walter Alnor, diente von Juli 1941 an als Gebietskommissar im lettischen Libau (Liepāja).[122]

Von Anfang an mussten Rosenberg und seine Untergebenen um ihre Kompetenzen kämpfen. Im Bereich der Judenverfolgung versuchten Himmler und Heydrich beharrlich, ihre Richtlinienkompetenz gegenüber dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete durchzusetzen: Kurz nachdem Himmler von Hitler am 17. Juli das Mandat für die „polizeiliche Sicherung" der Ostgebiete erhalten hatte, ließ sich Heydrich von Göring eine schon vorbereitete Vollmacht unterzeichnen, die den RSHA-Chef ermächtigte, „eine Gesamtlösung der Judenfrage in deutschen Einflussgebieten in Europa" auszuarbeiten und

120 Ella Amitan-Wilensky, Estonian Jewry. A Historical Summary, in: Bobe u.a. (Hrsg.), The Jews in Latvia (wie Anm. 119), S. 336 – 347.

121 Yitzhak Arad, Ghetto in Flames. The Struggle and Destruction of the Jews in Vilna in the Holocaust, New York 1982, S. 80 – 89; Piper, Rosenberg (wie Anm. 35), S. 531 – 537.

122 Wulf Pingel, Von Kiel nach Riga. Schleswig-Holsteiner in der deutschen Zivilverwaltung des Reichskommissariats Ostland, in: Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 122 (1997), S. 439 – 466; Dieckmann, Deutsche Besatzungspolitik in Litauen (wie Anm. 57), Bd. 1, S. 451 – 464.

in diesem Zusammenhang allen anderen Behörden Weisungen zu erteilen.[123] Auf den ersten Blick war somit die SS die treibende Kraft bei der Judenverfolgung.

In der Realität sah die Machtverteilung in den Gebieten unter deutscher Zivilverwaltung jedoch anders aus: So wurde der Entwurf der „Vorläufigen Richtlinien für die Behandlung jüdischer Bürger" im Reichskommissariat Ostland nicht vom Chef der Einsatzgruppe A in Kaunas, Stahlecker, sondern im Hause des Reichskommissars Lohse verfasst. Der Entwurf der Besatzungsbeamten lief darauf hinaus, zum einen die bestehenden antijüdischen Maßnahmen zu vereinheitlichen und zu erweitern, zum anderen den ländlichen Raum von Juden zu „säubern".[124]

Da Stahlecker sich selbst als Zuständigen für die Judenpolitik betrachtete, kritisierte er das eigentlich sehr radikale Vorhaben als nicht scharf genug: Die Richtlinien seien viel zu detailliert und ließen zudem „die im Ostraum gegebenen neuen Möglichkeiten zur Bereinigung der Judenfrage" außer Acht (Dok. 181). Lohse, der erst wenige Tage zuvor in Berlin mit Hitler persönlich gesprochen hatte, gab dem Drängen des Einsatzgruppenchefs scheinbar nach, indem er in die Richtlinien eine Art Blankovollmacht für die Mordkommandos einfügte: Der Sicherheitspolizei wurde zugestanden, in der Judenpolitik nach eigenem Ermessen „weitere Maßnahmen" zu ergreifen (Dok. 186). Stahlecker prahlte daraufhin Ende August 1941 in einem Schreiben an seine Kommandoführer, die Sicherheitspolizei werde die „endgültige Lösung der Judenfrage mit ganz anderen als den vom Reichskommissar vorgesehenen Mitteln" betreiben.[125]

Tatsächlich hatten die Angehörigen seiner Einsatzgruppe zu diesem Zeitpunkt schon begonnen, auch jüdische Frauen und Kinder zu ermorden: Am 15. und 16. August 1941 ließ der mit dem Einsatzkommando 3 nach Litauen gekommene SS-Obersturmführer Joachim Hamann nach eigenen Angaben erstmals „3200 Juden, Jüdinnen und J[uden]-Kinder" erschießen. Vermutlich ging dies auf entsprechende Weisungen Himmlers zurück; dieser hatte Ende Juli 1941 auf seiner Reise zu den SS-Kavallerieregimentern auch das Einsatzkommando 3 in Kaunas besucht.[126]

Doch sollte der Mordeifer der SS- und Polizeiangehörigen nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihnen die Beamten der Zivilverwaltung in ihrem Antisemitismus in nichts nachstanden. Jahrelang befasste sich das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete mit Gutachten über die Schädelformen und die Kultur der litauischen Karaimen, einer turksprachigen Ethnie jüdischer Religion, um sicherzugehen, dass man keine „Rassejuden" verschone (Dok. 189). Auch über die mögliche Verschärfung der Nürnberger Gesetze für deren Anwendung im Osten sowie über den Umgang mit Mischehen wurde ausführlich

123 Entwurf eines Schreibens Görings an den Chef Sipo und SD, Heydrich, vom 8.7.1941 (Abschrift, Original am 31.7.1941 unterzeichnet), BArch, R 90/146, Bl. 33.

124 Schreiben des RKO, Abt. II, gez. Fründt, an den HSSPF Ostland, Prützmann, vom 2.8.1941 mit einem Entwurf der „Vorläufigen Richtlinien für die Behandlung der Juden im Gebiet des Reichskommissariats Ostland", Abdruck in: Einsatz im „Reichskommissariat Ostland". Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrußland 1941 – 1944, hrsg. von Wolfgang Benz, Konrad Kwiet und Jürgen Matthäus, Berlin 1998, S. 38 – 42.

125 Schreiben des Stabes der Einsatzgruppe A, gez. Stahlecker, an das Ek 1a, 1b, 2, 3, Sk Grauer vom 29.8.1941, Abdruck in: Einsatz im „Reichskommissariat Ostland" (wie Anm. 124), S. 47 f.

126 Zitat: Bericht des KdS Litauen, gez. Jäger, vom 1.12.1941 mit einer „Gesamtaufstellung der im Bereich des Ek 3 bis zum 1. Dez. 1941 durchgeführten Exekutionen", Abdruck in „Schöne Zeiten" (wie Anm. 96), S. 52 – 62; Besuch Himmlers: Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941 – 42, bearb., kommentiert und eingeleitet von Peter Witte u. a., Hamburg 1999, Eintrag vom 31.7.1941.

debattiert (Dok. 209). SS und Polizei konnten die Massaker zudem nur mit Zustimmung der Zivilverwaltung durchführen. Detaillierte Forschungen zu Litauen belegen, dass sich die dortigen Kommandeure der Sicherheitspolizei Anfang 1942 weitgehend den jeweiligen Chefs der Zivilverwaltung untergeordnet hatten und bei Meinungsverschiedenheiten fast immer nachgeben mussten.[127] Stahlecker beklagte sich im Sommer 1942 sogar, die Polizei werde von der Zivilverwaltung zu wenig einbezogen.[128] Erst vom Sommer 1943 an gelang es Himmlers Männern, ihren Einfluss im Baltikum auszuweiten. Vor allem aber beschränkten sich die Besatzungsbeamten im Baltikum nicht nur darauf, die Morde der SS zu billigen. Ebenso wie viele Wehrmachtsoffiziere regten sie die Massaker oftmals selbst an – und rechtfertigen sie mit den gleichen Vorwänden. Jüdische Frauen und Kinder, deren Männer bzw. Väter oft bereits ermordet waren, verbrauchten Lebensmittel, trugen aus Sicht der Deutschen aber nichts zur Kriegswirtschaft bei. Ohne von der SS dazu gedrängt worden zu sein, beschlossen die Kreis- und Gebietskommissare im Generalkommissariat Litauen im Verlauf der ersten Augusthälfte 1941 bei verschiedenen Besprechungen, die „unproduktiven" Juden umbringen zu lassen. Mit den Vorbereitungen wurde sogleich begonnen. Mitte August rief Hans Gewecke, Gebietskommissar Schaulen (Šiauliai), die litauischen Verwaltungsleiter seines Gebiets zusammen und befahl ihnen, die Juden aus dem ländlichen Raum in die Kreisstädte zu schaffen und dort zu konzentrieren (Dok. 184). Litauische Hilfskräfte erhielten nun zunächst den Auftrag, die Juden zu verhaften und in Lager einzuweisen (Dok. 185), so dass allein in Litauen binnen kurzem etwa 100 Lager und Gettos entstanden; im gesamten Baltikum waren es etwa 120.[129] Im Gegensatz zu den für einen längeren Zeitraum gedachten „jüdischen Wohnbezirken" in den größeren Städten, die sorgfältig von der Außenwelt isoliert wurden (Dok. 188), waren die kleinen Lager auf dem Land in der Regel nur dem Namen nach Gettos. Tatsächlich handelte es sich oft nur um Synagogen oder Scheunen, in die man die Juden – häufig ohne Nahrung und unter katastrophalen hygienischen Bedingungen – bis zu ihrer Ermordung einsperrte. So schufen die Deutschen und ihre Helfer auch im Baltikum selbst erst jene unhaltbaren Zustände, denen angeblich nur durch die Ermordung der Juden beizukommen war.

In Lettland gingen die Täter häufig sogar ohne diesen Zwischenschritt zum Massenmord über. Bereits Anfang Juli 1941 machte ein vom lettischen Polizeioffizier Viktor Arājs angeführtes Kommando in deutschem Auftrag Jagd auf Juden und löschte binnen weniger Wochen ganze Gemeinden aus. Zuweilen brachten auch örtliche Selbstschutzmänner ihre jüdischen Nachbarn um (Dok. 182, 256).[130]

Ende September 1941 hatten deutsche Polizisten und einheimische Helfer die meisten Juden ermordet, die in den ländlichen Regionen Litauens und Lettlands gelebt hatten.

127 Dieckmann, Deutsche Besatzungspolitik in Litauen (wie Anm. 57), Bd. 2, S. 11 – 20.

128 Gesamtbericht der Einsatzgruppe A, gez. Stahlecker, vom 1. 2. 1942, RGVA, 500k/4/91, Bl. 7.

129 Zu den einzelnen Gettos siehe Guy Miron/Shlomit Shulhani (Hrsg.), The Yad Vashem Encyclopedia of the Ghettos During the Holocaust, 2 Bde., Jerusalem 2009.

130 Andrew Ezergailis, The Holocaust in Latvia, 1941 – 1944. The Missing Center, Riga 1996, S. 173 – 203; Rudīte Vīksne, Members of the Arājs Commando in Soviet Court Files: Social Position, Education, Reasons for Volunteering, Penalty, in: Valters Nollendorfs/Erwin Oberländer (Hrsg.), The Hidden and Forbidden History of Latvia under Soviet and Nazi Occupations 1940 – 1991, Riga 2005, S. 188 – 206; Christoph Dieckmann/Saulius Sužiedėlis, Lietuvos žydų persekiojimas ir masinės žudynės 1941 m. vasarą ir rudenį/The Persecution and Mass Murder of Lithuanian Jews during Summer and Fall of 1941, Vilnius 2006.

Intern wurde kein Hehl daraus gemacht, dass auch die Gettos in den großen Städten nur eine „vorübergehende Etappe auf dem Weg zur Lösung der Judenfrage" darstellten (Dok. 193). Vom Herbst 1941 an brachten die Mordkommandos die meisten Bewohner dieser Gettos um. Die Sicherheitspolizisten sonderten Behinderte, Alte, Kranke und Kinder von den Arbeitskräften und deren Familien ab, um sie anschließend zu ermorden (Dok. 200, 206, 207, 252, 256, 261, 283). An diesem Prozess beteiligten sich fast alle Angehörigen der Besatzungsverwaltung: Angehörige der Wehrmacht und der Zivilbehörden bestimmten häufig persönlich auf den Appellplätzen im Getto, wer als arbeitsfähig galt, und entschieden damit über Leben und Tod (Dok. 210).

In Wilna starben durch solche Massaker zwischen dem 12. September und dem 30. November 1941 bis zu 26 000 Menschen, nachdem bereits bis Ende August etwa 7500 umgebracht worden waren. In Kaunas erschossen die Angehörigen des Einsatzkommandos 3 mit Hilfe litauischer Schützen am 4. Oktober nach eigenen Angaben 1845 Juden und dann am 29. Oktober – im Zuge der „Großen Aktion" – nochmals 9200 (darunter etwa 4200 Kinder); insgesamt waren in Kaunas seit Kriegsbeginn mindestens 18 000 Juden ermordet worden. Im Rigaer Getto wurden Ende November und Anfang Dezember 1941 insgesamt 26 000 der knapp 31 000 Juden umgebracht, in Daugavpils überlebten von insgesamt 15 000 Juden sogar nur 962 Fachkräfte das Jahr 1941.[131]

Den Ablauf eines solchen Massenmordes schilderte die Lehrerin Sima Katz, die das Massaker vom 12. September 1941 in Ponary bei Wilna überlebt und nachts von der Mordstätte hatte fliehen können: Von litauischen Polizisten in Zehnergruppen aufgeteilt, mussten die Juden in Hörweite der Erschießungsgrube auf ihre Exekution warten. Eine Familie nach der anderen wurde über einen Hügel fortgeführt. „Wir waren etwa um halb sechs an der Reihe. Ich ging zusammen mit meinen Töchtern … wir wurden aufgereiht, und ich spürte, wie meine ältere Tochter meiner Hand entglitt …"[132]

Nur selten trübte sich das Einvernehmen zwischen Sicherheitspolizei und Zivilverwaltung. Konflikte entstanden, wenn die Mordkommandos nicht nur die „unproduktiven" Juden erschießen wollten, sondern auch die Arbeitskräfte. Als der Kommandoführer Hamann im September 1941 in Šiauliai auftauchte und erklärte, er habe den Auftrag, sofort sämtliche Juden der Stadt „ohne Rücksicht auf die Wirtschaft zu liquidieren", intervenierte Gebietskommissar Gewecke.[133] Zwar waren in seinem Zuständigkeitsbereich und mit seiner Zustimmung bis zu diesem Zeitpunkt bereits etwa 60 000 Juden umgebracht worden, die noch lebenden jüdischen Arbeitskräfte jedoch wollte er aus wirtschaftlichen Motiven vorerst am Leben lassen. Obwohl die Betriebe angehalten waren, möglichst nicht-jüdische Einheimische zu beschäftigen (Dok. 186), bevorzugten selbst Angehörige deutscher Dienststellen die mit größerem Gewinn auszubeutenden Juden – sie kosteten fast nichts. Zudem ließen sich jüdische Arbeiter häufig nicht ersetzen: Es fehlte allerorten an Arbeitskräften, und die zweite Gruppe potenzieller Zwangsarbeiter, die sowjetischen

131 Zu Wilna: Arad, Ghetto in Flames (wie Anm. 121), S. 133 – 163. Die zeitgenössischen Angaben über Opferzahlen gehen weit auseinander. Deutsche Quellen geben etwa 17 000 Opfer an; ebd., S. 210 f.; zu Riga: Andrej Angrick/Peter Klein, Die „Endlösung" in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941 – 1944, Darmstadt 2006, S. 138 – 184; zu Daugavpils: EM Nr. 155 vom 14.1.1942, BArch, R 58/220, Bl. 121.

132 Zit. nach: Arad, Ghetto in Flames (wie Anm. 121), S. 115 f.

133 Schreiben Gebietskommissar Schaulen, gez. Gewecke, an Reichskommissar Lohse vom 11.9.1941 (Abschrift), BArch, R 92/518, Bl. 15 f.

Kriegsgefangenen, hatten die Deutschen zu Hunderttausenden verhungern lassen. Deshalb stritten die Vertreter der Zivilverwaltung und der Wehrmacht zuweilen erbittert um die noch verfügbaren jüdischen Arbeitskräfte (Dok. 194). Heydrich beklagte sich, die Wirtschaftsführer in den Ostgebieten suchten keinen „arischen" Ersatz für ihre jüdischen Beschäftigten und machten so „den Plan einer totalen Aussiedlung der Juden aus den von uns besetzten Gebieten zunichte" (Dok. 199).
Ende Oktober eskalierte der Konflikt um die „Arbeitsjuden": Nachdem sich Beamte der Zivilverwaltung immer häufiger beschwert hatten, dass die Sicherheitspolizei auch jüdische Arbeitskräfte erschieße, fragte Reichskommissar Lohse Mitte November in Berlin nach, ob nun ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen „alle Juden im Ostland liquidiert werden sollen" (Dok. 213). Die Antwort erhielt er zwei Wochen später von Friedrich Jeckeln, der kurz zuvor aus der Ukraine in das Reichskommissariat Ostland gewechselt war: Jeckeln nahm Lohse mit in den Rumbula-Wald bei Riga und sah sich mit ihm gemeinsam an, wie die SS dort 26 000 lettische Juden ermordete – darunter 15 650 als arbeitsfähig eingestufte Personen (Dok. 256, 261, 283). In der Judenfrage, so das Ostministerium weitere zwei Wochen später in einem Schreiben an Lohse, „dürfte inzwischen durch mündliche Besprechungen Klarheit geschaffen sein" (Dok. 221).
Trotz des apodiktischen Tonfalls stellte die Sicherheitspolizei die Massaker im Baltikum im Dezember 1941 vorerst ein (in den anderen besetzten Ostgebieten unter Zivilverwaltung, dem Generalkommissariat Weißruthenien und dem Reichskommissariat Ukraine, kamen die großen Massaker dagegen erst wenige Monate später in Gang). Für die Überlebenden in den baltischen Gettos begann eine Zeit relativer Ruhe. Es waren ihrer allerdings nur noch sehr wenige: Ende 1941 lebten in Litauen einschließlich dem Gebiet Wilna nur noch 43 000 von zuvor 215 000 Juden, in Lettland waren es zu diesem Zeitpunkt 3500 von einst 70 000;[134] Estland wurde am 14. Januar 1942 als „judenfrei" gemeldet. Dort waren etwa 2000 Juden ermordet worden, 2500 hatten rechtzeitig fliehen können. Von September 1943 an deportierten die Deutschen allerdings Zehntausende jüdische Zwangsarbeiter aus Litauen, Lettland und Westeuropa in Konzentrationslager auf estnischem Boden, die dort vorrangig Ölschiefer fördern mussten.[135]

Die Deportationen aus dem Deutschen Reich und der Massenmord im Baltikum

Das Massaker an den Juden in Riga zeigt besonders deutlich, dass die Ermordung der Juden im Reichskommissariat Ostland auch durch die beginnenden Deportationen der deutschen, österreichischen und tschechischen Juden in den Osten beschleunigt wurde.

134 Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 9 der Einsatzgruppe A, Abdruck in: Einsatz im „Reichskommissariat Ostland" (wie Anm. 125), S. 105.

135 EM Nr. 155 vom 14.1.1942, BArch, R 58/220, Bl. 121. Zum Judenmord in Estland siehe Suur Häving/Eugenia Gurin-Loov, Holocaust of the Estonian Jews, Tallinn 1994; Ruth Bettina Birn, Die Sicherheitspolizei in Estland 1941 – 1944. Eine Studie zur Kollaboration im Osten, Paderborn 2006; Toomas Hiio/Meelis Maripuu/Indrek Paavle (Hrsg.), Estonia 1940 – 1945. Reports of the Estonian International Commission for the Investigation of Crimes Against Humanity, Tallinn 2006, S. 651 – 738; Anton Weiss-Wendt, Murder without hatred. Estonians and the Holocaust, Syracuse 2009.

Ursprünglich hatte die deutsche Staatsführung vorgesehen, die Juden im deutschen Machtbereich erst nach Ende der Kampfhandlungen in ein „Judenreservat" auf sowjetischem Boden abzuschieben. Im September 1941 wurde Hitler jedoch zunehmend bedrängt, die Juden aus dem Reich früher zu deportieren: Der Gauleiter von Hamburg etwa wollte Wohnungen aus ehemals jüdischem Besitz an Bombengeschädigte übergeben, und Rosenberg regte an, die „Verschickung" der mitteleuropäischen Juden als Reaktion auf die Deportation der Wolgadeutschen nach Sibirien zu deklarieren, die Stalin kurz zuvor angeordnet hatte.[136] Die ersten Deportationen reichsdeutscher Juden endeten zunächst im Getto Litzmannstadt (Lodz). Am 10. Oktober 1941 erklärte Heydrich jedoch bei einer Tagung in Prag, demnächst würden je 50 000 Juden nach Minsk und Riga transportiert.[137] Mit diesem Beschluss setzte die deutsche Führung einen mörderischen Verdrängungsprozess in Gang, denn an den Zielorten gab es für die mitteleuropäischen Juden keine Unterkünfte. Aus Himmlers Sicht bot sich so ein willkommener Vorwand, um die Juden im Reichskommissariat Ostland schneller ermorden zu lassen: Mitte November beauftragte er Friedrich Jeckeln, im Rigaer Getto „Platz zu schaffen" und dessen lettisch-jüdische Insassen zu töten.[138]

Im Gegensatz zu den einheimischen Juden sollten die mitteleuropäischen Juden zunächst nicht erschossen, sondern als Zwangsarbeiter eingesetzt werden. Doch als im November 1941 die ersten Transporte mit deutschen und österreichischen Juden losfuhren, waren für diese Menschen noch keine Unterkünfte im Getto „freigemacht" worden. Schon am 8. November hatte man entschieden, die ersten fünf Züge aus Wien, Breslau, München, Frankfurt am Main und Berlin nach Kaunas zu schicken, wo Angehörige des Einsatzkommandos 3 die 1852 Männer, 2755 Frauen und 327 Kinder am 25. und 29. November im Fort IX, einer alten Befestigungsanlage am Rande der Innenstadt, erschossen. Ahnungslos fuhren die Opfer in den Tod (Dok. 215, 273). Ein sechster Transport gelangte dann zwar nach Riga, aber dessen Insassen ließ Jeckeln gleich nach ihrer Ankunft in die Kolonne der lettischen Juden einreihen, die just an diesem Tag aus dem Getto zur Erschießung geführt wurden. Das hatte die deutsche Führung so nicht vorgesehen. Jeckeln wurde von Himmler für seine „Eigenmächtigkeiten" gerügt und zum Rapport einbestellt.[139] Selbst ein radikaler Antisemit wie der Generalkommissar in Minsk, Wilhelm Kube, an dessen Amtssitz ebenfalls Tausende reichsdeutscher Juden eintrafen, wollte diese nicht mit den sowjetischen Juden gleichgesetzt wissen. Dem Reichskommissar Lohse schrieb er: „Ich bin gewiss hart und bereit, die Judenfrage mit lösen zu helfen, aber Menschen, die aus

136 Das Kriegstagebuch des Diplomaten Otto Bräutigam, Abdruck in: Götz Aly (Hrsg.), Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täterbiografie, Berlin 1987, S. 123 – 187, hier S. 144 f.; Peter Witte, Zwei Entscheidungen in der „Endlösung der Judenfrage". Deportation nach Lodz und Vernichtung in Chelmno, in: Theresienstädter Studien und Dokumente (1995), S. 38 – 68, hier S. 45.

137 Notizen aus der Besprechung am 10.10.1941 über die Lösung von Judenfragen, Abdruck in: H. G. Adler, Theresienstadt – das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. 1941 – 1945, 2. Aufl., Göttingen 2005, S. 720 – 722.

138 Schreiben Generalkommissar Lettland, gez. Drechsler, an RKO Lohse vom 20.10.1941, YIVO, Occ E 3-29; Angrick/Klein, „Endlösung" in Riga (wie Anm. 131), S. 138 f.

139 Angrick/Klein, „Endlösung" in Riga (wie Anm. 131), S. 160 – 163, 166. Zur Umleitung der ersten fünf Transporte siehe Schreiben BdS, EG A-II, gez. Lange, an den RKO betr. Judentransporte aus dem Reich vom 20.11.1941, YIVO, Occ. E 3-26. Den Empfang der Opfer registrierte Karl Jäger in seinem Tätigkeitsbericht vom 1.12.1941; Abdruck in: „Schöne Zeiten" (wie Anm. 96), S. 52 – 62.

unserem Kulturkreis kommen, sind doch etwas anderes als die bodenständigen vertierten Horden."[140]

Vor allem aber wehrten sich Rosenbergs Untergebene grundsätzlich gegen weitere Deportationen von Juden in die besetzten sowjetischen Gebiete, als sich abzeichnete, dass ihr Territorium nicht nur als Transitraum benötigt wurde. Die Anfang 1941 entwickelte Idee eines „Judenreservats" auf sowjetischem Boden war inzwischen wegen der Kriegslage aufgegeben worden; zugleich hatte Hitler unter dem Eindruck des Kriegseintritts der USA in der zweiten Dezemberwoche 1941 beschlossen, auch alle europäischen Juden ermorden zu lassen. Die dafür vorgesehenen Todeslager wollten die Beamten des Ostministeriums jedoch nicht in ihrem Verwaltungsbereich einrichten. Der Generalgouverneur von Polen, Hans Frank, der eigentlich gehofft hatte, „seine" Juden nach Osten abschieben zu können, stieß mit diesem Vorschlag nun im Ostministerium auf Widerstand: „Man hat uns in Berlin gesagt: Weshalb macht man diese Scherereien; wir können im [Reichskommissariat] Ostland oder im Reichskommissariat [Ukraine] auch nichts mit ihnen anfangen – liquidiert sie selber!" Wieder konnten sich die Vertreter der Zivilverwaltung durchsetzen: Die deutschen Todeslager entstanden, von einer Ausnahme (dem Lager Trostenec bei Minsk) abgesehen, 1942 nicht in den besetzten sowjetischen Gebieten, sondern weiter westlich im Generalgouvernement.[141]

Raub

Wie schon die Militärverwaltung, so erhob auch die Zivilverwaltung sogenannte Kontributionen. Die Angehörigen verschiedener deutscher Dienststellen bis hin zum Arbeitsamt schickten den Judenräten zudem regelrechte Bestelllisten für Möbel, Werkzeuge, Geschirr usw. Offizielle Beschlagnahmungen und privat durchgeführte Plünderungen gingen dabei ineinander über, viele Deutsche setzten nach Dienstschluss das fort, womit sie sich schon tagsüber beschäftigt hatten (Dok. 222). Auch hier orientierten sich die Besatzer an ihrer bereits in Polen geübten Praxis.[142] In Riga rückten Angehörige von SS, Polizei und Wehrmacht sowie lettische Schutzmänner sogar mit Lastkraftwagen an, um ihre Beute aus dem Getto fortzuschleppen (Dok. 227). Ermahnungen, ehemals jüdisches Eigentum bei den Behörden anzumelden (Dok. 208), blieben meist erfolglos.[143] Das ist wenig erstaunlich, reklamierte doch beispielsweise der Gebietskommissar Wilna-Land, Horst Wulff, im Ok-

140 Schreiben des Generalkommissars Weißruthenien, gez. Kube, an den Reichskommissar Ostland, Lohse, vom 16.12.1941, YIVO, Occ E 3-36.

141 Christian Gerlach, Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: WerkstattGeschichte, 6 (1997), S. 7 – 44; Zitat: Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939 – 1945, hrsg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, S. 457. Andere Forscher vertreten die Ansicht, bereits im November 1941 habe Hitler den Beschluss gefasst, alle Juden im deutschen Machtbereich umzubringen; Eduard Husson, „Nous pouvons vivre sans les Juifs". Novembre 1941. Quand et comment ils deciderent de la solution finale, Paris 2005, S. 145 – 155.

142 Zu den Ostgebieten siehe Arad, Plunder of Jewish Property (wie Anm. 84), S. 124 f., 128 f. Zur Praxis in Polen siehe VEJ 4/61, 321.

143 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete an Reichskommissare Ostland und Ukraine vom 7.9.1942, als Faksimile in: „Nacistskoe zoloto" iz Belarusii. Dokumenty i materialy, hrsg. von Uladzimir I. Adamuska, Minsk 1998, S. 110 – 113.

tober 1941 ganz offen die schönsten Möbel aus jüdischem Besitz für sich.[144] Als die NSDAP im Sommer 1944 einen Reichsrevisor in das Baltikum schickte, schilderte dieser das Reichskommissariat Ostland als ein Reich der Korruption und Unterschlagung: Der SS- und Polizeiführer von Kaunas, Lucian Wysocki, sei „sozusagen mit leeren Händen" gekommen und habe bei seiner Abberufung ins Reich zwei große Möbelwagen gebraucht, um seinen von den Juden geraubten Besitz fortzuschaffen. Gebietskommissar Gewecke ließ sich vom örtlichen Judenrat offensichtlich Lösegelder bezahlen, um Exekutionsbefehle auszusetzen. Ende 1944 hatte der noch 1940 verschuldete Beamte ein Vermögen angehäuft, das mit seinen regulären Bezügen nicht erklärt werden konnte.[145]

Das Interesse der Besatzer richtete sich nicht nur auf schöne und teure Einzelstücke; grundsätzlich war kein Stück jüdischen Besitzes zu gering, um es zu verwerten (Dok. 231, 241). An der Erschießungsstätte im litauischen Ponary hatten sich im Herbst 1941 nach fast viermonatigem Morden mehr als sechs Tonnen Kleidung angesammelt; die mittlerweile großenteils verrotteten Mäntel, Hosen und Wäschestücke wurden zur Rohstoffverwertungsstelle transportiert (Dok. 203).

Bald schon stritten sich die Vertreter verschiedener deutscher Dienststellen um das jüdische Eigentum: Neben Rosenbergs Zivilverwaltung waren dies Görings Vierjahresplanbehörde, die Wehrmacht (im Bestreben, kriegswichtige Betriebe zu kontrollieren) und schließlich die SS, die zum einen ihre eigenen Stützpunkte ausstatten und zum anderen einen Grundstock für spätere Siedlungsprojekte legen wollte. Allerdings hatte man versäumt, sich vor dem Überfall auf die Sowjetunion zu einigen, wer über das jüdische Vermögen verfügen durfte. Reichskommissar Lohse erklärte mehrfach, dies stehe nur der Zivilverwaltung zu (Dok. 186, 201). Im Sommer 1942 bemühte sich diese schließlich, ihren Anspruch auf das bewegliche jüdische Vermögen stärker durchzusetzen. Gold- und Silberwaren sollten an die Reichskreditkasse in Riga abgeführt und von dort aus zur „Verwertungsstelle" nach Berlin gebracht werden. Die Einkünfte aus dem Verkauf von Textilien flossen ebenso in den Haushalt des Reichskommissariats wie die Erlöse aus der Vermietung von jüdischen Arbeitskräften, die somit gleichfalls zum „beweglichen Vermögen" gezählt wurden (Dok. 249).

Auch in dieser Frage erwies sich die SS lange als schärfste Konkurrentin der Zivilverwaltung. In den ersten Kriegswochen versuchten die Kommandeure der Einsatzkommandos, vor allem über die geraubten Wertsachen die Verfügungsgewalt zu erlangen. Sie beschlagnahmten selbst dann noch Depositen von Juden, als Reichskommissar Lohse den Anspruch der Zivilverwaltung klargestellt hatte. Allein in Litauen brachte das Einsatzkommando 3 bis Anfang September 1941 Bankeinlagen im Wert von 3,7 Millionen Rubeln in seinen Besitz. Erst als sich Lohse beim HSSPF Prützmann beschwerte, begann die SS, ihr Raubgut abzuliefern. Am 16. Januar 1942 ließ der Chef der Sicherheitspolizei von seiner Kasse „150 Kisten, Koffer und Säcke mit Beutegut aus den Ostgebieten" an die Beutesammelstelle der Reichshauptkasse in Berlin überstellen.[146]

144 Weisung des Gebietskommissars Wilna-Land, gez. Wulff, an alle Beamten des Gebietskommissariats vom 13.10.1941, LCVA, 1548/1/4, Bl. 477.

145 Erfahrungsbericht über die Verhältnisse im Ostland, gez. Ohr, vom 6.9.1944, zit. in: Sebastian Lehmann, Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite, 2., korrigierte Aufl., Gütersloh 2007, S. 402 f.

146 Schreiben Gebietskommissar Schaulen, gez. Gewecke, an RKO Lohse vom 8.9.1941, BArch, R 92/518, Bl. 20; Aktenvermerk des Generalkommissars Kauen (Hpt.Abt. II F) vom 24.9.1941, BArch, R 92/518,

Ende Januar 1942 befahl Himmler den HSSPF in den besetzten Ostgebieten ausdrücklich, alle von Juden beschlagnahmten Wertgegenstände gegen Quittung an die Finanzabteilungen der Reichskommissariate abzuliefern, und verbot „das Zurückhalten auch nur des allerkleinsten Betrages". Dennoch gab es immer wieder Streitereien. Erst im Oktober 1943 erklärte sich die SS bereit, „zukünftig" alle jüdischen Wertsachen an die Reichskommissariate abzuführen – ein zu diesem Zeitpunkt weitgehend unerhebliches Zugeständnis, da mittlerweile fast alle Juden im Baltikum ermordet und ihre Vermögenswerte beschlagnahmt worden waren.[147]

Ein besonderes Kapitel des deutschen Raubzugs im Baltikum stellte die Plünderung jüdischer Bibliotheken durch den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg dar, die im Februar 1942 einsetzte. In Wilna waren bis zu 40 jüdische Zwangsarbeiter damit beschäftigt, die aus ganz Litauen gestohlenen Bücher zu sortieren. Wertvolle Stücke wurden nach Deutschland verschickt, der Rest vernichtet (Dok. 235, 237, 257). Einen Teil der Bücher konnten die jüdischen Fachleute allerdings verstecken und so für die Nachwelt erhalten.[148]

Das Ende der Gettos

Die Phase relativer Ruhe für die Gettobewohner in den baltischen Gebieten des Reichskommissariats Ostland endete, als die Sicherheitspolizei 4000 Juden aus den kleinen litauischen Gettos nach Ponary brachte und dort am 4. April 1943 von litauischen Hilfspolizisten erschießen ließ. Bald darauf „liquidierten" die Deutschen auch mehrere Arbeitslager nahe Wilna und Kaunas und ermordeten deren Insassen[149] – vor dem Hintergrund des Warschauer Gettoaufstands im Mai 1943 und vereinzelter Fluchten zu den sowjetischen Partisanen in Litauen betrachteten die Besatzer die Juden zunehmend als reale Gefahr. Im RSHA wurde zu dieser Zeit eine gesonderte Akte über „Judenbanden" im Reichskommissariat Ostland angelegt, in der alle Meldungen der Sicherheitspolizei über jüdische Partisanen abgeheftet wurden.[150]

Im Juni 1943 beschloss Hitler auf Drängen Himmlers, sämtliche Gettos im Baltikum in Konzentrationslager umwandeln zu lassen und sie der SS zu unterstellen. Aus Himmlers Sicht hatten Konzentrationslager zwei Vorteile: Sie waren leichter zu überwachen, und

Bl. 14 f.; RKO Lohse an HSSPF Prützmann vom 25.9.1941, Abschriften am 27.9.1941 an die Generalkommissare, BArch, R 90/146 unpag.; die mündliche Verhandlung zwischen Lohse und Prützmann geht aus dem Schreiben hervor. Zum etwas anderen Konfliktverlauf im lettischen Riga siehe Angrick/Klein, „Endlösung" in Riga (wie Anm. 131), S. 305 – 309; Zitat: Notiz der Reichshauptkasse, Beutesammelstelle vom 16.1.1942, BArch, R 21.04/20, Bl. 502.

147 Arad, Plunder of Jewish Property (wie Anm. 84), S. 142 – 146; Zitat Himmler: Schreiben des RFSS, gez. Himmler, an die HSSPF Nord-Ostland, Süd-Ukraine und Mitte, vom Jan. 1942 (kein Tagesdatum angegeben), LVVA, 70/5/24, Kopie: USHMM, RG-18.002M*30, reel 5.

148 Peter M. Manasse, Verschleppte Archive und Bibliotheken. Die Tätigkeit des Einsatzstabes Rosenberg während des Zweiten Weltkriegs, St. Ingbert 1997; Patricia Grimsted, Roads to Ratibor. Library and Archival Plunder by the Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, in: Holocaust and Genocide Studies, 19 (2005), S. 390 – 458.

149 Yitzhak Arad, The Murder of the Jews in German-occupied Lithuania (1941 – 1944), in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung, 54 (2005). S. 56 – 79, S. 75.

150 RGVA, 504k/1/7, Kopie: USHMM, RG 11.001M.04, reel 74. Der zugehörige Aktendeckel wurde abgerissen und findet sich in der Akte RGVA, 1323k/2/222, Kopie: USHMM, RG 11.001M.15, reel 81.

ihre Einrichtung bot einen willkommenen Vorwand, einen Großteil der noch in den baltischen Gettos verbliebenen Juden umzubringen. Nebenbei konnte Himmler so endlich den Einfluss der Zivilverwaltung auf die Judenpolitik zurückdrängen. Erneut protestierte insbesondere die Wehrmacht, die die meisten Juden beschäftigte und ihre „Arbeitsjuden" nicht abgeben wollte. Daher zog sich dieser Prozess mehrere Monate hin.[151]
Wieder ermordeten die SS-Männer und ihre einheimischen Gehilfen zunächst Alte, Kranke und Kinder, die bislang gemeinsam mit ihrem Familienoberhaupt überlebt hatten. In Riga trieb die SS am 2. November 1943 die Kinder und Kranken aus den Häusern, als sich die Arbeitskolonnen außerhalb des Gettos befanden, und deportierte sie nach Auschwitz. Wenige Wochen später räumte die SS das Getto, die Überlebenden wurden in das KZ Stutthof bei Danzig verschleppt.[152]
Die Auflösung der drei Gettos Wilna, Kaunas und Šiauliai verlief zeitlich versetzt. Am 23. und 24. September räumten die Deutschen das Wilnaer Getto, erschossen die meisten Insassen in Ponary und verlegten etwa 2600 in Arbeitslager innerhalb des Stadtgebiets. Im März 1944 ermordete die SS die Kinder der in Wilna verbliebenen Juden (Dok. 278), bevor sie angesichts der herannahenden Roten Armee schließlich auch die Arbeitslager auflöste und die verbliebenen jüdischen Arbeiter am 2. und 3. Juli 1944 umbrachte. Nur wenigen gelang es, sich bis zum Einmarsch der sowjetischen Truppen zu verstecken.
In Kaunas erfuhren die Juden im Juli 1943, dass das Getto in ein KZ umgewandelt werden sollte. Alle wussten, dass dies für viele den Tod bedeutete (Dok. 273). Am 26. Oktober 1943 verschleppten die Deutschen zunächst etwa 2000 Juden als Zwangsarbeiter nach Estland und deportierten 758 Kinder unter zwölf Jahren und Alte als Arbeitsunfähige nach Auschwitz. Von den verbliebenen 13 000 Gettoinsassen wurden 5000 auf Arbeitslager inner- und außerhalb von Kaunas verteilt. Am 27. März 1944 fanden bei der sogenannten Kinder- und Alten-Aktion 1800 Menschen aus dem Getto und den Außenlagern den Tod; die SS brachte sie nach Auschwitz bzw. erschoss sie vor Ort im Fort IX – wenige Tage zuvor hatten die Lagerkommandanten Wilhelm Göcke und Josef Pilgram die Insassen mit einem Kinderfest noch in falsche Sicherheit gewiegt. Vom 8. bis 15. Juli 1944 wurde das Getto endgültig aufgelöst, die damals noch 6100 Überlebenden verlegten die Deutschen in westlich gelegene Konzentrationslager. Am 5. November 1943 sonderte die SS im Getto in Šiauliai 574 Kinder, 181 ältere Personen sowie 26 Kranke und Invaliden aus und verschleppte sie in Todeslager im besetzten Polen (Dok. 274). Danach wandelte sie das Getto in ein Außenlager des Konzentrationslagers Kaunas um. Ende 1943 lebten dort noch über 2000 Menschen. Bevor die Gettoinsassen zwischen dem 15. und 22. Juli 1944 in die KZ Stutthof, Auschwitz und Dachau deportiert wurden, kamen weitere 5000 Juden aus bereits aufgelösten Lagern hinzu.[153]

151 Alfred Streim, Konzentrationslager auf dem Gebiet der Sowjetunion, in: Dachauer Hefte, 5 (1989), S. 174 – 187; Aktenvermerk Himmlers über Führervortrag auf dem Obersalzberg vom 19.6.1943, BArch, NS 19/1432, Bl. 2; Befehl RFSS (Ia Nr. 1754/43), gez. Himmler, an den HSSPF Ostland und den Chef des SS-Wirtschaftsverwaltungsamtes vom 21.6.1943 (Abschrift), Abdruck in: Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941 – 1945, hrsg. von Peter Longerich, München 1989, S. 148 f.; Schreiben des KdS Lettland (Abt. IV B3 B. Nr. 503/43 g.), Unterschrift unleserlich, Riga, Molke Str. 1, an den Generalkommissar Lettland, Riga, vom 15.9.1943, betr.: Zusammenfassung von Juden in KZ-Lagern, LVVA, R 69/1a/06, Bl. 130, Kopie: USHMM, RG-18.002M, r. 2.

152 Angrick/Klein, „Endlösung" in Riga (wie Anm. 131), S. 398 – 401.

153 Dieckmann, Deutsche Besatzungspolitik in Litauen (wie Anm. 57), Bd. 2, S. 487 – 540.

Die nach Estland verschleppten jüdischen Zwangsarbeiter wurden in Konzentrationslagern zusammengefasst, von denen das im Sommer 1943 errichtete KZ Klooga das größte war. Bis zu 3000 Juden aus Wilna, Kaunas und anderen Orten mussten hier für die Ölschieferindustrie arbeiten oder auf Baustellen der Organisation Todt, die in den besetzten Gebieten Bunker sowie Straßen und Brücken baute. Im Juli 1944 verlegte die SS die ersten Gefangenen nach Stutthof, doch als die deutsche Front in Estland Mitte September zusammenbrach, ermordeten die Deutschen die Übrigen: Die Opfer mussten einen Scheiterhaufen errichten, so berichtete ein Überlebender, und sich auf die Holzstämme legen; dann kam ein Deutscher, schoss ihnen nacheinander in den Kopf und befahl der nächsten Gruppe, zunächst weiteres Holz und dann sich selbst auf den Scheiterhaufen zu legen.[154]

Gebiete unter rumänischer Zivilverwaltung: Transnistrien

Das nationalsozialistische Deutschland war nicht die einzige Macht, die in den sowjetischen Gebieten Juden ermordete, auch das verbündete Rumänien beteiligte sich an diesem Verbrechen. Teilweise unterstützt und häufig ermuntert von deutschen Polizisten und Militärs, ermordeten rumänische Gendarmerie und Armee in ihrem Herrschaftsbereich schon in den ersten Kriegsmonaten über 200 000 Juden. Im Vergleich zu den anderen Verbündeten Deutschlands bewies die rumänische Führung beim Judenmord ein hohes Maß an Eigeninitiative. Sie ließ fast alle ukrainischen Juden in den sowjetischen Gebieten umbringen, die Rumänien von den Deutschen als Besatzungsgebiet zugeteilt bekam, aber auch Zehntausende Juden aus der nördlichen Bukowina und Bessarabien, die bis 1940 rumänische Staatsbürger gewesen waren.[155]

Die Juden in der Bukowina und in Bessarabien vor 1941

Die Bukowina stand lange unter osmanischer Oberhoheit. Im letzten Jahr des russisch-osmanischen Kriegs (1768 – 1774) besetzte Österreich die Bukowina – das siegreiche Russland übertrug Kaiser Joseph II. 1775 das Territorium offiziell als Dank für seine „Vermittlerdienste“ zwischen den Kriegsgegnern. Zu diesem Zeitpunkt lebten in der Region nur

154 Der Bericht Benjamin Weintraubs (Vayntroib) aus Wilna wurde zuerst wiedergegeben in: John Herse, Prisoner 339. Klooga, in: Life vom 30.10.1944. Klooga war ein Außenlager des KZ Vaivara; zu den jüdischen Zwangsarbeitern in Estland siehe Riho Västrik/Meelis Maripuu, Vaivara Concentration Camp in 1943 – 1944, in: Hiio/Maripuu/Paavle (Hrsg.), Estonia 1940 – 1945 (wie Anm. 135), S. 719 – 738.

155 Jean Ancel, The Romanian Campaigns of Mass Murder in Transnistria, 1941 – 1942, in: Randolph L. Braham (Hrsg.), The Destruction of Romanian and Ukrainian Jews During the Antonescu Era, New York 1997, S. 87 – 135; ders., Transnistria, 3 Bde., Bucureşti 1998; ders., Contribuţii la Istoria României. Problema Evreiască 1933 – 1944, 3 Bde., Bukarest 2001 – 2003; ders., The Economic Destruction of Romanian Jewry, Jerusalem 2007; Transnistria, 1941 – 1942. The Romanian Mass Murder Campaigns, hrsg. von dems., 3 Bde., Tel Aviv 2003; Armin Heinen, Rumänien, der Holocaust und die Logik der Gewalt, München 2007; Wolfgang Benz/Brigitte Mihok (Hrsg.), Holocaust an der Peripherie. Judenpolitik und Judenmord in Rumänien und Transnistrien 1940 – 1944, Berlin 2009.

knapp 3000 Juden. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wuchs ihre Zahl stark an, vor allem nachdem sie in der Doppelmonarchie – anders als in den angrenzenden russischen Gouvernements – 1867 alle Bürgerrechte erhielten. 1910 zählten die Behörden in der Bukowina etwa 102 000 Juden; das entsprach einem Bevölkerungsanteil von knapp 13 Prozent. Ihre rechtliche Emanzipation ermöglichte den Juden dieser Provinz einen für Osteuropa beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg: 1906 bestritten sie knapp die Hälfte der Steuereinnahmen. In gesellschaftlicher Hinsicht waren sie nach Ansicht der österreichischen Behörden den Personen „deutscher Nationalität" gleichgestellt, zu denen sie amtlicherseits gezählt wurden. Bei den Wahlreformen 1909/10 garantierte die Regierung in Wien den Juden der Bukowina neun der 63 Sitze im Landtag in Czernowitz. 1918 wurde die Provinz von rumänischen Truppen besetzt. In den folgenden Jahren sah sich die jüdische Minderheit immer stärker an den Rand gedrängt, auch wenn sie noch bis 1933 Abgeordnete in das rumänische Parlament entsandte. 1938 begannen die rumänischen Behörden, die Juden dezidiert zu diskriminieren, eine Politik, die noch verschärft wurde, nachdem der nördliche Teil der Bukowina zusammen mit Bessarabien im Sommer 1940 an die Sowjetunion abgetreten werden musste.[156]

Bessarabien war bedeutend ärmer als die Bukowina. Die Region hatte nie zu Österreich-Ungarn gehört, sondern bis 1812 als Teil des Fürstentums Moldau dem Osmanischen Reich unterstanden und war dann dem Russischen Reich zugeschlagen worden. Bessarabien zählte seither zum jüdischen Ansiedlungsrayon; weil das ehemalige Fürstentum aber bis 1835 einen Autonomiestatus genoss, galten dort die antijüdischen Bestimmungen des Zarenreichs zunächst nicht. Das änderte sich zwar in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Diskriminierung erreichte aber nicht die Rigidität wie in den anderen russischen Gouvernements. Dennoch breitete sich auch an dieser südwestlichen Peripherie des Russischen Reichs der politische Antisemitismus aus. 1903 und 1905 ermordete der Mob in der Gouvernementhauptstadt Kišinev (Chişinău) im Verlauf zweier Pogrome, die international Aufsehen erregten, insgesamt knapp 60 Juden. Der Verleger der örtlichen Zeitung Bessarabec, Pavolachi Kruševan, hatte die Gewalttaten des Jahres 1903 geschürt; wenige Monate später gab er in St. Petersburg die „Protokolle der Weisen von Zion" heraus.[157]

Nach einer kurzen Phase der Unabhängigkeit als Moldauische Demokratische Republik im Jahr 1917 und kurzzeitiger Besetzung durch bolschewistische Truppen wurde Bessarabien von der rumänischen Armee erobert und 1920 von der Regierung in Bukarest annektiert. Wie in der Bukowina waren die Juden in Bessarabien von 1938 an in wachsendem Maße Repressionen der rumänischen Führung ausgesetzt. Die Sowjetunion erkannte die 1920 festgelegten Grenzen nicht an und forderte die rumänische Regierung im Frühsommer 1940 ultimativ zur Räumung Bessarabiens und der Nordbukowina auf; diese Gebiete hatte die sowjetische Führung sich im geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom August 1939 von Hitler zusichern lassen. Am 28. Juni 1940 marschierte die Rote Armee dort ein.[158]

156 Salomon Kassner, Die Juden in der Bukowina, Nendeln 1974 (Erstausgabe: Wien 1917); Hugo Gold (Hrsg.), Geschichte der Juden in der Bukowina. Ein Sammelwerk, Bd. 2, Tel Aviv 1962.

157 Edward H. Judge, Ostern in Kischinjow. Anatomie eines Pogroms, Mainz 1995.

158 David Vinitzky, Besserabia ha-yehudit be-ma'aroteha; ben shtei milhamot ha-olam 1914 – 1940, Jerusalem 1973; Yitshak Korn, Das geshtalt fun besaraber Yidntum, Tel Aviv 1978; Mariana Hausleitner, Deutsche und Juden in Bessarabien 1814 – 1941. Zur Minderheitenpolitik Russlands und Großrumäniens, München 2005; Judge, Ostern in Kischinjow (wie Anm. 157).

Kriegsausbruch, Pogrome, Deportationen

Im Angriff auf die Sowjetunion sah der rumänische Staatschef Ion Antonescu in erster Linie eine Gelegenheit, als Bündnispartner der Deutschen die Nordbukowina und Bessarabien zurückzugewinnen. Zugleich wollte er die Angehörigen ethnischer Minderheiten aus diesen Regionen vertreiben (Dok. 284); er begriff dies als Auftakt einer groß angelegten ethnischen Homogenisierung des gesamten rumänischen Staates. Allerdings wurden diese Pläne nur gegenüber den Juden und Roma der Bukowina und Bessarabiens in die Tat umgesetzt. Und obwohl der rumänische Staatschef ein eingefleischter Antisemit war, setzte er seine mörderische Verfolgungspolitik erst nach Rücksprache mit dem deutschen Diktator in Gang. Wenige Tage nach einem Treffen mit Hitler im Juni 1941 wies Antonescu die rumänische Gendarmerie an, die Juden in den ländlichen Regionen der zurückzuerobernden Gebiete „an Ort und Stelle" umzubringen und die städtischen Juden in Gettos zu konzentrieren.[159]

Erste Massaker verübten rumänische Einheiten – teilweise in Zusammenarbeit mit deutschen Wehrmachtsangehörigen – bereits kurz nach Kriegsbeginn, allerdings zunächst noch auf altrumänischem Gebiet, in der einstigen moldauischen Hauptstadt Jassy. Tausende Juden wurden dort am 28. und 29. Juni ermordet. „Scharen von Juden flohen durch die Straßen, verfolgt von Soldaten und wildgewordenen Zivilisten, die mit Messern und Eisenstangen bewaffnet waren", schrieb der deutsch-italienische Schriftsteller Curzio Malaparte, der sich damals als Kriegskorrespondent in der Stadt aufhielt. „Allerorten erfüllte die fröhliche und wilde Arbeit des Pogroms die Straßen und Häuser mit Schießen, mit Weinen, mit grässlichen Schreien und grausamem Gelächter." Der stellvertretende Ministerpräsident Mihai Antonescu befahl die Deportation der Überlebenden; rumänische Gendarmen und Soldaten verluden daraufhin etwa 7700 Männer, Frauen und Kinder in zwei geschlossene Güterzüge, die tagelang bei brütender Hitze ohne ausreichend Wasser und Lebensmittel durch Rumänien gefahren wurden. Nur 1700 Juden überstanden den Transport. Einem Bericht des rumänischen Geheimdiensts vom Juli 1943 zufolge kamen in Jassy selbst und in den Zügen über 13 000 Menschen um.[160]

Als die rumänischen Truppen nach Bessarabien und in die Nordbukowina einmarschierten, setzten sie ihre Mordpolitik dort fort (Dok. 291, 292, 293, 294, 327). Neben vielen regulären Einheiten tat sich dabei vor allem die neu geschaffene, 160 Mann starke Spezialeinheit (Eşalon Special) hervor, die der rumänische militärische Sicherheitsdienst nach

159 Anweisungen Marschall Ion Antonescus für die rum. Gendarmerie zur „Säuberung des Landes", gez. Constantin Z. Vasiliu (General der Gendarmerie und stellv. Innenminister), vom 17./18. 6. 1941, Abdruck in: Jean Ancel (Hrsg.), Documents Concerning the Fate of Romanian Jewry during the Holocaust, Bd. 5: Bessarabia, Bukovina, Transnistria: Extermination and Survival, New York 1986, S. 2 – 7, und Bd. 6: War Crimes Trials, New York 1986, S. 445. Siehe auch: Viorel Achim, The Romanian Population Exchange Project Elaborated by Sabin Manuilă in October 1941, in: Annali dell'Instituto storico italo-germanico in Trento, 28 (2001), S. 593 – 617; Jean Ancel, The German-Romanian Relationship and the Final Solution, in: Holocaust and Genocide Studies, 19 (2005), S. 252 – 275.

160 Žân Ančel, Haqdāmā le-reṣąh. Pera'ôt Yāsî 29 be-yûnî 1941, Yĕrûšalayîm 2003; Elie Wiesel (Hrsg.), Final Report of the International Commission on the Holocaust in Romania. Presented to Romanian President Ion Iliescu, November 11, 2004, Bucharest 2004, S. 125 f.; Curzio Malaparte verarbeitete seine Kriegserlebnisse in dem dokumentarischen Roman „Kaputt", Frankfurt a. M. 1982 (Erstausgabe Napoli 1944), Zitat S. 172.

dem Vorbild der deutschen Einsatzgruppen geschaffen hatte (Dok. 287). Mihai Antonescu hatte seinen Ministern am 8. Juli erklärt, „Humanitätsduselei" sei fehl am Platz, wenn man die Juden (und die Ukrainer) in diesen Gebieten loswerden wolle: „Dies ist die Stunde, in der wir auf unserem Territorium die Herren sind – nutzen wir sie. Falls nötig, schießt mit dem Maschinengewehr" (Dok. 284).

Tatsächlich gingen die rumänischen Einheiten teilweise so grausam vor, dass sich Angehörige der Wehrmacht über deren „unsachgemäße und sadistische" Exekutionen bei der Einsatzgruppe D beschwerten (Dok. 288). Deren Sonderkommando 10b begleitete die rumänischen Truppen und wurde in Czernowitz, Hotin und anderen Orten selbst aktiv, um Ausschreitungen gegen ukrainische Nationalisten zu verhindern und die Gewalt gegen die „richtigen" Ziele zu lenken – die jüdische Intelligenz (Dok. 285). Zudem hielt es die rumänischen Einheiten, „zu planvollerem Vorgehen" an und ermahnte sie, ihre Opfer nach den Massakern nicht einfach liegen zu lassen. Insgesamt ermordeten Rumänen und Deutsche – unterstützt durch zahlreiche Einheimische – binnen weniger Wochen zwischen 12 000 und 20 000 Juden.[161] Hitler zeigte sich im August beeindruckt: Was „die Judenfrage anlangt, so kann man heute jedenfalls feststellen, dass z. B. ein Mann wie Antonescu in dieser Angelegenheit noch viel radikaler vorgeht, als wir das bisher getan haben".[162]

Derweil hatten die Rumänen am 13. Juli begonnen, die Juden aus Bessarabien und der Bukowina über den Dnjestr in das deutsche Militärgebiet zu deportieren. Die dort operierende 11. Armee wollte aber auf keinen Fall Zehntausende weiterer Juden in ihrem Rücken wissen. Bei der Dnjestr-Brücke von Jampol eskalierte die Situation Ende Juli 1941, als sich Deutsche und Rumänen gegenseitig eine Gruppe von etwa 5000 jüdischen Deportierten über den Fluss zutrieben (Dok. 290). Das Einsatzkommando 12 unter Gustav Adolf Nosske drängte diese Gruppe und weitere knapp 25 000 von den Rumänen deportierte Juden schließlich endgültig auf das rumänische Ufer. 1200 Juden erschoss das Einsatzkommando noch im deutschen Besatzungsgebiet, weil sie zu erschöpft waren, um weiterzugehen.[163]

Am 30. August erhielten die Rumänen das östlich des Dnjestr gelegene Gebiet als Besatzungszone zugesprochen; das fortan als Transnistrien („jenseits des Dnjestr") bezeichnete Territorium erstreckte sich bis zum südlichen Bug und umfasste die sowjetischen Gebiete Odessa und Vinnica. Nachdem die Rumänen die Region übernommen hatten, setzten sie erneut dazu an, die Juden aus Bessarabien und der Bukowina in den Osten zu deportieren. Zuvor mussten diese noch einige Wochen in Durchgangslagern westlich des Dnjestr ausharren. Die insgesamt mehr als 55 000 Insassen erhielten in dieser Zeit von den rumänischen Behörden kaum Verpflegung, und sämtlicher Besitz, den sie gegen Lebensmittel hätten eintauschen können, wurde ihnen vom Lagerpersonal geraubt. Im Lager

161 Vladimir Solonari, Pattern of Violence. The Local Population and the Mass Murder of Jews in Bessarabia and Northern Bukovina, July – August 1941, in: Kritika, 8 (2007), S. 749 – 787; eine höhere Zahl von 23 513 Opfern (davon 6348 durch die Einsatzgruppe D) errechnet Radu Ioanid, Evreii sub regimul Antonescu, Bucharest 1998, S. 124 – 147. Zitat: Tätigkeits- und Lagebericht des CdS Nr. 1 für den Zeitraum 22. 6. – 31. 7. 1941 vom 31. 7. 1941, Abdruck in: Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion (wie Anm. 43), S. 112 – 131, hier S. 121.

162 Wiedergegeben in: Joseph Goebbels, Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil II: Diktate, 1941 – 1945, Bd. 1: Juli–September 1941, hrsg. von Elke Fröhlich, München 1996, S. 269, Eintrag vom 18. 8. 1941.

163 EM Nr. 67, vom 29. 8. 1941, BArch, R 58/216, Bl. 243.

Vertiujeni war die Lage am schlimmsten; dort verhungerten täglich etwa 50 Menschen oder fielen Krankheiten zum Opfer. Auf den Transporten nach Transnistrien starben viele Deportierte an Entkräftung oder wurden von den rumänischen Wachmannschaften erschossen, weil sie nicht Schritt halten konnten. Insgesamt kamen während der ersten drei Kriegsmonate mindestens 65 000 Juden aus Bessarabien und der Bukowina durch Massaker, Krankheiten und Hunger um.[164]

Mitte Oktober 1941 begann die zweite, systematischer angelegte Deportationswelle, die auch die Czernowitzer Juden erfasste (Dok. 297, 298, 302, 303, 313). Rumänische Gendarmen trieben am 11. Oktober zunächst 50 000 Juden in einen abgesperrten Bezirk beim Bahnhof, pferchten zwei Tage später 30 000 in Güterwaggons und deportierten sie nach Transnistrien. Im Transitlager trafen die Czernowitzer Juden auf die Opfer früherer Deportationen. „In der ersten Nacht in Otoci habe ich gesehen, was menschliche Misere bedeutet", notierte eine Überlebende in ihr Tagebuch. „Ich habe Menschen gesehen, die kein menschliches Antlitz mehr hatten. Ich habe Kinder mit geschwollenen Augen, mit erfrorenen Füßen, mit steifen Händchen gesehen. Mütter mit toten Kindern in den Armen, alte Leute, Jugendliche, die mit groben Decken zugedeckt waren. Es waren die Juden aus dem Lager Edinec."[165] Der Bürgermeister von Czernowitz, Traian Popovici, konnte für 20 000 Juden eine Sondergenehmigung zum weiteren Verbleib in der Stadt erwirken, was unter rumänischen Antisemiten für Empörung sorgte (Dok. 314). Insgesamt verschleppten die rumänischen Behörden bis Ende 1941 etwa 146 000 Juden aus der Bukowina und Bessarabien nach Transnistrien. Von Czernowitz abgesehen lebten in Rumäniens „wiedergewonnenen Provinzen" keine Juden mehr.[166]

Die Massaker in Transnistrien

In dem Gebiet, das rumänische Truppen 1941 besetzten, hatten vor dem Krieg etwa 320 000 Juden gelebt, von denen bis zu 140 000 mit der Roten Armee fliehen konnten.[167] Tausende einheimische Juden hatte die Einsatzgruppe D bereits im August bei der Ankunft der rumänischen Besatzungstruppen ermordet. In den Monaten nach der Übernahme Transnistriens setzten die Rumänen die Morde an den Juden weitgehend eigenständig fort. Lediglich einige deutsche Militär- und Wirtschaftsdienststellen waren im rumänischen Besatzungsgebiet zugelassen sowie das „Sonderkommando R" (Russland) der Volksdeutschen Mittelstelle. Dessen Kommandeur Horst Hoffmeyer hatte nicht nur die Russlanddeutschen zu betreuen, sondern organisierte diese auch in bewaffneten Milizen, dem sogenannten Volksdeutschen Selbstschutz.

Das erste große Massaker in Transnistrien begingen rumänische Einheiten in Odessa.

164 Radu Ioanid, The Holocaust in Romania. The Destruction of Jews and Gypsies under the Antonescu Regime, 1940 – 1944, Chicago 2000, S. 117 – 142, sowie S. 170 – 174 zu einer Abwägung der Schätzungen, die bis zu 150 000 Opfern reichen; Mariana Hausleitner, Die Rumänisierung der Bukowina. Die Durchsetzung des nationalstaatlichen Anspruchs Großrumäniens 1918 – 1944, München 2001, S. 389.

165 Mirjam Korber, Deportiert. Jüdische Überlebensschicksale aus Rumänien 1941 – 1944. Ein Tagebuch, hrsg. von Erhard Roy Wiehn, Konstanz 1993, S. 55, Eintrag vom 7.11.1941.

166 Hausleitner, Die Rumänisierung der Bukowina (wie Anm. 164), S. 395 f.; zur Zahl der Deportierten siehe Solonari, Pattern of Violence (wie Anm. 161), S. 755.

167 Arad, Holocaust in the Soviet Union (wie Anm. 1), S. 238 f.

Wenige Tage nach Einnahme der Stadt am 16. Oktober 1941 hatte der sowjetische Geheimdienst das Hauptquartier der rumänischen Streitkräfte durch eine vor dem Abzug zurückgelassene Bombe zerstört. Der gesamte Armeestab sowie einige deutsche Offiziere fielen dem Anschlag zum Opfer. Antonescu befahl daraufhin am 23. Oktober, für jeden getöteten rumänischen Soldaten 200 Juden zu erschießen und für jeden verwundeten 100. Tags darauf ordnete er auch die Ermordung aller bessarabischen Juden an, die sich in der Stadt aufhielten (Dok. 299, 300). Der Massenmord zog sich über drei Tage hin, an mehreren Orten der Stadt wurden insgesamt mindestens 25 000 Juden getötet – auf den Straßen erhängt, erschossen oder in einem Straßenbahndepot verbrannt (Dok. 304, 306, 311).

Im November 1941 verschleppten die Rumänen Zehntausende Juden aus Odessa in drei große Lager im Distrikt Golta, die der deutschen Besatzungszone am südlichen Bug direkt gegenüber lagen: bis zu 40 000 Juden nach Bogdanovka, 18 000 nach Achmetčetka und 8000 nach Domanevka (Dok. 309). Wieder waren die Lager nur provisorische Sammelplätze, bestanden aus primitiven Hütten und Schweineställen. Epidemien und Hungersnöte brachen aus (Dok. 310). Die rumänischen Verantwortlichen reagierten auf diese selbst geschaffene Katastrophe ganz ähnlich wie die deutschen Entscheidungsträger. Bei einer Sitzung des rumänischen Kabinetts am 16. Dezember warnte der Gouverneur von Transnistrien, Gheorghe Alexianu, die über 80 000 Juden in der Region verbreiteten Typhus in den umliegenden Dörfern, und erklärte: „Ich muss sie desinfizieren, oder sie werden alle anderen infizieren." Antonescu empfahl: „Lasst sie sterben."[168]

Am 21. Dezember begannen die Rumänen, die Häftlinge zu ermorden; auch Angehörige des Volksdeutschen Selbstschutzes und ukrainische Hilfspolizisten beteiligten sich an diesem Verbrechen. Einige Juden versuchten über den Bug in das deutsche Besatzungsgebiet zu flüchten. Der Gebietskommissar Nikolaev, Schlüter, verlangte daraufhin Anfang Februar 1942 von den Rumänen, die Juden in das Innere Transnistriens zu verlegen. Daraufhin wurde der Massenmord forciert: Zunächst erschossen Rumänen, einheimische Deutsche und Ukrainer die Insassen des Lagers Bogdanovka, dann die Juden in den Lagern Achmetčetka und Domanevka. Die Leichen ließen sie sogleich verbrennen; in Bogdanovka wurden für diese Aufgabe 200 junge Juden zunächst am Leben gelassen. Ein Überlebender dieses Kommandos berichtete, es habe zwei Monate gedauert, „um unsere Brüder in Asche zu verwandeln. Es war furchtbar kalt, und so wärmten wir uns an der heißen Asche auf."[169]

In Odessa lebten auch nach den Deportationen vom November 1941 noch immer mindestens 21 000 Juden. Sie mussten vom 10. Januar 1942 an in ein Getto umsiedeln (Dok. 305), das lediglich dazu diente, weitere Deportationen vorzubereiten.[170] Die Transporte began-

168 Bericht des rum. Präfekten des Golta-Distriktes, gez. Isopesku, an den Gouverneur von Transnistrien Aleksjanu vom 13.11.1941, Abdruck in: Sbornik dokumentov i materialov ob uničtoženii nacistami evreev Ukrainy v 1941 – 1944 godach, hrsg. von Aleksandr Kruglov, Kiev 2002, S. 426 f.; Zitat: Stenogramm der Sitzung des rum. Militärkabinetts vom 16.12.1941, ASRI, dosar 40010, Bd. 78, Bl. 358 – 361, Kopie: USHMM, RG 25.004M, reel 35.

169 Schreiben des Präfekten von Berezovca an Gouveneur Alexianu vom 8. 2. 1942; Abdruck in: Transnistria, 1941 – 1942 (wie Anm. 155), Bd. 2, Dok. 434, S. 779 – 781; Zitat: Wiesel (Hrsg.), Final Report (wie Anm. 160), S. 147 – 149.

170 D. Starodinskij, Odesskoe getto. Vospominanija, Odessa 1991; Ioanid, Holocaust in Romania (wie Anm. 164), S. 208 – 212; V.P. Ščetnikov/A.I. Kruglov, Odessa, in: Al'tman (Hrsg.) Cholokost na territorii SSSR (wie Anm. 1), S. 672 – 677.

nen schon am 12. Januar; bereits auf der Fahrt erfroren zahlreiche Menschen, die Überlebenden wurden überwiegend am etwa 100 Kilometer nördlich gelegenen Bahnhof Berezovka ausgeladen – mitten in einem von Deutschen besiedelten Gebiet, wo kaum Unterkünfte oder Verpflegung für die Deportierten bereitstanden. Die rumänische Gendarmerie trieb die Juden aus den Zügen in Richtung der deutschen Dörfer, der Volksdeutsche Selbstschutz leitete sie auf die Felder um und erschoss sie dort. Die Massaker setzten sich auch an den anderen Deportationsorten bis in den Frühsommer hinein fort. Insgesamt deportierten die Rumänen bis Juni 1942 rund 30 000 Personen aus Odessa und dem südlichen Transnistrien, etwa 28 000 Menschen überlebten dies nicht (Dok. 320, 321). Die Kleidung der Ermordeten und die Wohnungen der einheimischen Juden wurden den örtlichen Deutschen zugeteilt (Dok. 326), die Wertgegenstände mussten an den Hauptstab des Sonderkommandos R abgeliefert werden.[171]

Gettos und Lager in Transnistrien

Am 11. November 1941 erließ Gouverneur Alexianu den zentralen Erlass über die Behandlung der Juden in der Provinz Transnistrien; dieser entsprach weitgehend den im August 1941 veröffentlichten „Vorläufigen Richtlinien" im Reichskommissariat Ostland. So wurde es Juden verboten, die seit September 1941 eingerichteten Gettos oder Lager zu verlassen, außerdem mussten sie zwangsweise „zum Wohle der Allgemeinheit" arbeiten.[172] Insgesamt bestanden in diesem Gebiet etwa 150 Gettos und Lager. Die größten Gettos befanden sich in Mogilëv Podol'skij, Beršad und Šargorod.

Die Lebensbedingungen der Juden in Transnistrien waren sehr unterschiedlich; viel hing von den jeweiligen Präfekten ab. Die größten Überlebenschancen hatten die Juden in der Region Mogilëv Podol'skij am Ostufer des Dnjestr im nördlichen Transnistrien, wo die aus der Bukowina deportierten Juden in 53 Gettos und einem Lager konzentriert wurden (Dok. 315, 317, 318, 329). Dort war der deutsche Einfluss am geringsten, und die rumänischen Behörden zeigten sich zurückhaltender – oder ließen sich zumindest humanitäre Zugeständnisse abkaufen (Dok. 317). In Mogilëv Podol'skij selbst konnte der ehemalige Direktor der Czernowitzer Siemens-Niederlassung, Siegfried Jägendorf, als Vorsitzender des Judenrats die rumänische Verwaltung davon überzeugen, die Juden beim Wiederaufbau der Stadt und in der Industrie arbeiten zu lassen und ihnen so das Überleben zu ermöglichen. Er ließ von wohlhabenden Juden Geld einsammeln, um Suppenküchen, Hospitäler und Waisenhäuser zu finanzieren. Dennoch starben in Mogilëv Podol'skij allein im ersten Winter 4000 der über 13 000 Gettoinsassen, weil es an Lebensmitteln und Medikamenten fehlte. Insgesamt starben im ersten Kriegswinter in Transnistrien über 60 000 Gettoinsassen an Epidemien, Kälte und Hunger (Dok. 327).[173]

171 Meir Buchsweiler, Volksdeutsche in der Ukraine am Vorabend und Beginn des Zweiten Weltkriegs: Ein Fall doppelter Loyalität?, Gerlingen 1984, S. 375; Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord (wie Anm. 43), S. 273 – 288.

172 Befehl Nr. 23 des Gouverneurs von Transnistrien vom 11.11.1941, veröffentlicht in: Odesskaja Gazeta, Nr. 20 vom 24.12. 1941, Abdruck in: Uničtoženie evreev SSSR (wie Anm. 73), S. 157 – 159.

173 Ancel, Transnistria (wie Anm. 155), Bd. 1, 427 f.; Dalia Ofer, Life in the Ghettos of Transnistria, in: Yad Vashem Studies, 25 (1996), S. 229 – 274; Siegfried Jägendorf, Das Wunder von Moghilev. Die Rettung von zehntausend Juden vor dem rumänischen Holocaust, hrsg. von Aron Hirt Manhei-

Die aus Bessarabien nach Transnistrien deportierten Juden hatten unter der Besatzung stärker zu leiden: Im Sommer 1943 lebten von 47 000 aus der Bukowina deportierten Juden nach Zählungen der rumänischen Gendarmerie noch 36 000, von den 55 000 Juden aus Bessarabien dagegen nur noch 14 000. Diese waren in die Gegend um Balta deportiert worden, wo die Lebensbedingungen schwieriger waren – schon allein deshalb, weil die 1942 einsetzenden Hilfslieferungen jüdischer Gemeinden aus Zentralrumänien nicht dorthin gelangten. Trotzdem deportierten die rumänischen Behörden im Frühjahr 1942 erneut Juden (diesmal aus der Bukowina) in diese Lager; viele mussten für die Organisation Todt arbeiten. Ein anderer Teil der jüdischen Arbeitskräfte wurde über den Bug in deutsche Arbeitslager verschleppt. Deren Leiter ließen immer wieder Kinder, Alte und Kranke töten, zuweilen drang die SS auch in das rumänische Besatzungsgebiet vor, um dort Juden zu ermorden (Dok. 332).[174]

Am meisten litten die vormals ukrainischen Juden unter der Politik der rumänischen Besatzer. Im Gegensatz zu jenen Juden, die bis zum sowjetischen Einmarsch 1940 rumänische Staatsbürger gewesen waren, erhielten sie keine Hilfslieferungen von außerhalb; zudem wurden sie von den Besatzungsbehörden deutlich schlechter behandelt. Die Rumänen machten sich nicht einmal die Mühe, genaue Statistiken über die einheimischen Juden zu führen, weshalb sich die Zahl der Opfer nur schwer schätzen lässt. Insgesamt kamen zwischen 150 000 und 180 000 von ihnen um.

Der Kurswechsel der rumänischen Führung

Die rumänische Judenpolitik war zwar ähnlich mörderisch wie die deutsche, sie wurde jedoch nicht so konsequent durchgeführt. Reichsregierung und rumänische Führung verhandelten 1942 monatelang, wie die rumänischen Juden in die deutschen Todeslager im Raum Lublin deportiert werden könnten; im September drängte Außenminister Ribbentrop den rumänischen Kabinettschef, endlich gegen die Juden vorzugehen.[175] Doch kurz zuvor, im August 1942, hatte die Regierung in Bukarest eine Kehrtwende vollzogen. Hierbei spielten mehrere Faktoren eine Rolle. Erstens regte sich in Bukarest seit längerem Widerstand gegen die Deportationspläne (Dok. 296); unter anderem setzte sich die Mutter des rumänischen Königs bei Antonescu für die Juden ein (Dok. 308) und drohte schließlich, das Land zu verlassen, sollten die Deportationen durchgeführt werden. Zweitens fühlte sich die rumänische Regierung in militärischer Hinsicht zu wenig von ihrem deutschen Verbündeten unterstützt. Und drittens war in der zweiten Jahreshälfte 1942 unverkennbar geworden, dass die Deutschen den Krieg im Osten nicht würden gewinnen können, was den Interventionen ausländischer Vertreter zugunsten der jüdischen Min-

mer, Berlin 2009. Der 1926 in Leipzig geborene, 1938 zu Verwandten in der Bukowina emigrierte und von dort 1941 nach Transnistrien deportierte Edgar Hilsenrath beschrieb das Leben und Sterben im Getto Mogilëv-Podol'skij in dem Roman Nacht, München 1964.

174 Bericht der Rahel Fradis-Milner aus Czernowitz über die Arbeitslager der Organisation Todt am Bug, Abdruck in: Schwarzbuch (wie Anm. 74), S. 162 – 171; Sonja Palty, Jenseits des Dnjestr. Jüdische Deportationsschicksale aus Bukarest in Transnistrien 1942 – 1943, Konstanz 1995; Ioanid, Holocaust in Romania (wie Anm. 164), S. 205; Dennis Deletant, Ghetto Experience in Golta, Transnistria, 1942 – 1944, in: Holocaust and Genocide Studies, 18 (2004), S. 1 – 26.

175 Protokoll der Unterredung zwischen Joachim von Ribbentrop und Mihai Antonescu am 23. 9. 1942 vom 28. 9. 1942, PAAA, R 35494.

derheit ein neues Gewicht verlieh. Die amerikanische Regierung drohte sogar mit Vergeltungsmaßnahmen gegen die in den USA lebenden Rumänen, sollten die Deportationspläne in die Tat umgesetzt werden. Diese Warnung schien zu wirken: Im Oktober 1942 ließ Bukarest die deutsche Regierung wissen, dass Marschall Antonescu die gegenwärtige Lage für ungeeignet halte, um konsequent gegen die rumänischen Juden vorzugehen.[176] Schon seit dem Sommer 1942 durften die Juden aus Rumänien regelmäßig Geld, Kleidung und Medikamente nach Transnistrien schicken. Vereinzelt hatten die Gettos dort sogar im Februar 1942 Geld von rumänischen Gemeinden erhalten (Dok. 327). Nach ihrem offiziellen Politikwechsel erlaubte die rumänische Regierung einer jüdischen Kommission aus Bukarest Ende 1942 schließlich, in das Gebiet zu reisen und sich selbst ein Bild von der Lage und den dringendsten Bedürfnissen der Gettoinsassen zu machen. Deren Lage blieb allerdings trotz dieser Hilfslieferungen miserabel (Dok. 330): Im November 1943 besuchte eine Delegation des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz die Lager und Gettos und traf auf schockierende Lebensbedingungen (Dok. 329, 332). Zu diesem Zeitpunkt waren zwei Drittel der 140 000 nach Transnistrien deportierten rumänischen Juden bereits tot. Vom Herbst 1943 an erwog Antonescu, die Überlebenden zurückzuholen;[177] bis zur Befreiung des Gebiets durch die Rote Armee im März 1944 ließen die Behörden jedoch nur wenige tausend Juden wieder nach Rumänien, darunter 1800 Waisenkinder (Dok. 330, 331). Die anderen Überlebenden konnten erst nach 1945 zurückkehren. Insgesamt verloren im rumänischen Herrschaftsbereich mindestens 250 000 Juden ihr Leben: Neben den bis zu 20 000 Juden, die in den ersten beiden Kriegsmonaten den Massakern und Pogromen in der Bukowina und in Bessarabien zum Opfer gefallen waren, starben in Transnistrien etwa 90 000 rumänische sowie über 150 000 einheimische Juden.[178]

Die Juden unter der Besatzung

Obwohl schon vor dem Eintreffen der Wehrmacht in der Sowjetunion vielfach bedrohlich klingende Nachrichten über die deutsche Judenpolitik umliefen, lösten die ersten diskriminierenden Maßnahmen häufig lähmendes Entsetzen und Verzweiflung aus, insbesondere die Kennzeichnung mit dem Davidstern (Dok. 40). Viele Juden hofften anfangs, dass es sich bei den Verfolgungen um Missverständnisse handele: So bat Berkus Friedmann aus Kaunas die deutsche Sicherheitspolizei im Juli 1941, sich für seine Frau und Kinder einzusetzen, die von litauischen Milizionären verhaftet worden waren – die Mitglieder seiner Familie hätten nie einer Partei angehört und seien „loyale Bürger".[179]

176 Hilberg, Vernichtung der europäischen Juden (wie Anm. 46), S. 849; Ioanid, Holocaust in Romania (wie Anm. 164), S. 241 – 245, 282.

177 Bericht der Delegation des Bukarester Hilfskomitees über ihre Reise nach Transnistrien vom 31.12.1942 bis 13.1.1943, gez. Fred Saraga, vom 31.1.1943, Abdruck in: Ancel (Hrsg.), Documents (wie Anm. 159), Bd. 8, S. 445 – 450; Protokoll der Besprechung bei Marschall Antonescu über Transnistrien vom 17.11.1943, Anlage zu Schreiben Barbeanu an Radu Lecca vom 25.11.1943, Abdruck in: Hilberg, Vernichtung der europäischen Juden (wie Anm. 46), S. 854 f.

178 Arad, Holocaust in the Soviet Union (wie Anm. 1), S. 233, 248, 524 f.

179 Brief Berkus Friedmann an den Chef der Sipo in Kaunas vom 2.7.1941, Abdruck in: Einsatz im „Reichskommissariat Ostland" (wie Anm. 124), S. 178.

Selbst als sich abzeichnete, dass sich die deutsche Mordpolitik in erster Linie gegen die Juden richtete, blieb sie in ihrer Konsequenz für Juden wie Nicht-Juden gleichermaßen unvorstellbar: Ein Überlebender aus dem ostpolnischen Baranowicze berichtete nach dem Krieg, dass er die Nachrichten über die Mordaktionen der Einsatzgruppen in den Nachbarorten zunächst für ein gezielt gestreutes Gerücht gehalten habe, mit dem die Juden eingeschüchtert werden sollten.[180] Ähnlich dachte der Russe Chrisanf G. Laškevič, der in Simferopol' auf der Krim fast täglich seine jüdischen Nachbarn besuchte; wenige Wochen nach Einmarsch der Wehrmacht schrieb er in sein Tagebuch, die Gerüchte, wonach die Deutschen alle Juden ermorden wollten, seien „natürlich Quatsch" (Dok. 127). Viele Soldaten der Roten Armee hingegen ahnten aufgrund der zahlreichen antisemitischen Flugblätter, welches Schicksal die Juden erwartete. Vor einem Angriff der Wehrmacht auf sowjetische Stellungen in der Südukraine meinte daher ein ukrainischer Infanterist zu seinem jüdischen Kameraden: „Du solltest Angst haben; ich kann es mir leisten, gefangen zu werden, aber du nicht."[181]

In den besetzten Gebieten dauerte es nicht lange, bis auch den letzten Zweiflern klar wurde, was es mit den von den Deutschen betriebenen „Umsiedlungen" auf sich hatte: Anfang August 1941 berichtete die Einsatzgruppe B, die Juden im Gebiet Baranowicze hätten mittlerweile einen „Signaldienst" eingerichtet – „beim Erscheinen eines Sipokommandos fliehen sie in die umliegenden Wälder und Sümpfe".[182] Von den Juden, die im ersten Kriegshalbjahr einen Fluchtversuch unternahmen, überlebten allerdings nur wenige. Erst wer vom Sommer 1942 an zu den erstarkenden Partisanengruppen in den Wäldern Weißrusslands und Litauens entkommen konnte (Dok. 169), hatte größere Chancen. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Deutschen und ihre einheimischen Helfer in den Gebieten unter Militärverwaltung und im Baltikum den Großteil der jüdischen Bevölkerung jedoch schon ermordet. Anfangs wussten viele Juden nicht, wohin sie überhaupt fliehen und wo sie sich verbergen sollten. Außerdem fürchteten sie, von ihren Nachbarn denunziert zu werden. Viele resignierten (Dok. 131). Eine Flucht hielten selbst manche, die eine Massenerschießung überlebt hatten, für derart aussichtslos, dass sie von der Mordstätte ins Getto zurückkehrten. Sogar die Überlebenden der ersten Massaker konnten sich nicht vorstellen, dass diese Erschießungen den Auftakt zu einem umfassenden Völkermord darstellten.[183]

Überdies fehlte den Juden in den besetzten Ostgebieten der Überblick über das aktuelle Geschehen. Seit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom August 1939 hatten ihnen die sowjetischen Medien ein völlig verfälschtes Bild von Deutschland vermittelt; nach dem Überfall waren sie gänzlich von Nachrichten abgeschnitten. Spätestens als die Juden ihre Radioapparate abgeben mussten und die deutsche Zivilverwaltung die Telefonleitungen in das Getto kappen ließ (Dok. 188), waren sie auf die Informationen angewiesen, die ihnen über die allgemeine Besatzungspresse oder von außerhalb des Gettos

180 Martin Dean, Collaboration in the Holocaust. Crimes of the Local Police in Belorussia and Ukraine, 1941 – 1944, London 1999, S. 29.

181 Aussage Avraham Wein, zit. nach: Yitzhak Arad, Soviet Jews in the War against Nazi Germany, in: Yad Vashem Studies, 23 (1993), S. 73 – 125, hier S. 83.

182 EM Nr. 43 vom 5.8.1941, BArch, R 58/215, Bl. 166.

183 Herman Kruk, The Last Days of the Jerusalem of Lithuania. Chronicles from the Vilna Ghetto and the Camps, 1939 – 1944, hrsg. und eingeleitet von Benjamin Harshav, New Haven 2002, S. 89 – 93, Eintrag vom 3.9.1941.

zugetragen wurden. Zwischen einigen Gettos bestanden für wenige Monate noch reguläre, später vereinzelt heimliche Postverbindungen (Dok. 234) – doch blieben die Auskünfte, die sich auf diese Weise gewinnen ließen, zwangsläufig bruchstückhaft. Die Berichte in den Besatzungszeitungen boten zwar Anhaltspunkte für Spekulationen über die Lage an der Ostfront, aber über das, was die Deutschen mit den Juden vorhatten, war dort naturgemäß wenig Konkretes zu finden.[184] Bedrückend klar analysierte der junge Elye Gerber in Kaunas die Folgen dieses Informationsvakuums, als er in seinem Tagebuch über die Spekulationen und Gerüchte berichtete, die im Getto die Runde machten (Dok. 248).

Judenräte und jüdische Polizei

In den besetzten sowjetischen Gebieten gehörte die Gründung von Juden- oder Ältestenräten vielfach zu den ersten Maßnahmen der jeweiligen Feld- oder Ortskommandanten (Dok. 25, 31, 44). Die Judenräte wurden persönlich für die Ausführung der Anordnungen verantwortlich gemacht, die die Besatzer erteilten; zunächst betraf dies vor allem die Registrierung der jüdischen Bevölkerung, die Eintreibung von „Kontributionen" sowie die Umsiedlung in die Gettos (Dok. 107). Bei der Bildung der Judenräte orientierten sich die Besatzer an den Richtlinien, die seit September 1939 für das besetzte Polen erlassen worden waren.[185] Die „Selbstverwaltungen" rekrutierten sich meist aus dem Kreis der jüdischen Honoratioren und wurden in der Regel zwangsweise eingesetzt. Der Gedanke, einem Ausführungsorgan der Deutschen anzugehören oder diesem gar vorzustehen, war vielen zuwider. Außerdem waren die Mitglieder des Judenrats gegenüber den Besatzern besonders exponiert und somit gefährdet (Dok. 44). Jüdische Rechtsanwälte, Rabbiner und Lehrer zählten neben den kommunistischen Funktionären ohnehin zu den Personen, die den deutschen Mordaktionen als Erste zum Opfer fielen. In einigen Orten musste der Judenrat bis zu vier Mal neu besetzt werden, weil die Deutschen dessen Mitglieder erschossen.[186]
Die Besatzer übertrugen den Judenräten auch die innere Organisation der Gettos. Während die Judenräte in den russischen Gettos oftmals nur aus einer Handvoll Männer bestanden, entwickelten sich in den Gettos des Reichskommissariats Ostland und Transnistriens, die vereinzelt bis 1944 existierten, bald umfangreiche jüdische Verwaltungen. In Wilna beschäftigte der Judenrat im Januar 1943 insgesamt 2034 Mitarbeiter. Es wurden Ämter für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Wohnraum und Ernährung sowie jüdische Ordnungsdienste und Feuerwehren eingerichtet (Dok. 244). Zugleich bemühten sich die Judenräte, das Los der Gettoinsassen zu lindern, indem sie die jüdische Selbsthilfe förderten, Kulturveranstaltungen organisierten und Schulen gründeten.[187]

184 Tagebucheinträge von Dr. Pikas vom Februar 1943, LCVA, R 1390/1/170; Yitskhok Rudashevski, The Diary of the Vilna Ghetto, June 1941 – April 1943, 2. Aufl., Tel Aviv 1979, S. 53 f., Eintrag vom 17.9.1942.

185 Siehe die entsprechenden Anweisungen Heydrichs vom 21.9.1939, Abdruck in: VEJ 4/12. Zu den Judenräten allgemein siehe Isaah Trunk, Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation, New York 1972.

186 Al'tman, Opfer des Hasses (wie Anm. 13), S. 152 – 156.

187 Arad, Ghetto in Flames (wie Anm. 121), S. 123 – 132; Vadim Dubson, Getto na okkupirovannoj territorii Rossijskoj Federacii (1941 – 1942), in: Vestnik Evrejskogo Universiteta v Moskve (2000), H. 3 (21), S. 157 – 185; Al'tman, Opfer des Hasses (wie Anm. 13), S. 135 – 163; Dieckmann, Deutsche

Die Gettoinsassen hegten dennoch zuweilen wenig Sympathie für ihre erzwungenen Vertreter. „Ich wusste zunächst nicht genau, wie ich den Judenrat einschätzen sollte, aber er war mir von Anfang an unsympathisch", erinnerte sich Fanny Solmian-Luc an ihre Zeit in Pińsk, wo der Judenrat ihrer Meinung nach „von sich aus aktiv" wurde und Geld sammelte, um den „Appetit der Deutschen" zu zügeln.[188] Die Mitglieder der Judenräte wurden teils um ihre bescheidenen Privilegien beneidet, teils als Handlanger der Deutschen verachtet, weil sie mit ihrer Arbeit faktisch das Tun ihrer Unterdrücker und Mörder unterstützten– so drohte beispielsweise in Kaunas der jüdische Ältestenrat im November 1941 mit der Auslieferung von Arbeitsverweigerern an die Sicherheitspolizei, um kollektive Repressalien gegen das Getto abzuwenden (Dok. 212). Der Blick der Nachwelt auf die Judenräte wurde lange vom polemischen Verdikt Hannah Arendts beeinflusst, die behauptet hatte, viele Judenratsmitglieder hätten ihre „neue Macht" sogar genossen. Tatsächlich waren diese völlig machtlos, in jeder Hinsicht abhängig von den Deutschen (Dok. 273). Insbesondere waren sie bemüht, das Getto mittels eines effizienten Arbeitseinsatzes für die Besatzungsmacht unentbehrlich zu machen: Je höher die Produktivität des Gettos, so nahmen sie an, desto größer sei die Chance zu überleben.[189]

Noch komplizierter gestaltete sich die Rolle der jüdischen Gettopolizei. Lediglich mit Gummiknüppeln oder Stöcken bewaffnet, hatte sie neben den üblichen Aufgaben einer Schutz- und Kriminalpolizei den Ausgang des Gettos von innen zu bewachen, musste Abgaben und Strafzahlungen an die Deutschen einsammeln und die Arbeitskolonnen außerhalb des Gettos begleiten. Mancherorts waren die jüdischen Polizisten als Krisengewinnler verhasst, weil sie leichter Schwarzhandel treiben konnten und teilweise korrupt waren (Dok. 254, 332). Die von der jüdischen Polizei in Kaunas verfasste umfangreiche Gettochronik lässt sich daher auch als Rechtfertigung für ihr Tun lesen. Viele Gettobewohner, so notierte Yitskhok Rudashevski in Wilna, verspürten bei ihrem Anblick „Abscheu und Angst".[190]

Auch die zwangsläufigen „dienstlichen" Kontakte der jüdischen Polizisten zur deutschen Sicherheitspolizei schürten das Misstrauen der Gettobewohner. Manche warfen ihnen Kollaboration vor. Jakob Gens, der Chef der Gettopolizei in Wilna, war besonders umstritten; er hatte beispielsweise mit einigen Untergebenen im Oktober 1942 geholfen, das Getto im ostpolnischen Oszmiana zu „liquidieren". Gens rechtfertigte sich danach, er habe die Zahl der zum Tode bestimmten Juden heruntergehandelt.[191] Solche Hilfsdienste

Besatzungspolitik in Litauen (wie Anm. 57), Bd. 2, S. 274 – 281, 325 – 329, 383 – 386. Die Lage im Generalkommissariat Weißruthenien und im Reichskommissariat Ukraine wird in Band 8 dieser Edition näher behandelt.

188 Erinnerungen von Fanny Solmian-Luc, zit. nach: Fatal-Knaani, The Jews of Pinsk (wie Anm. 18), S. 161 f.

189 Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964, S. 154; Arad, The Murder of the Jews (wie Anm. 149), S. 74.

190 Die Juden von Wilna. Die Aufzeichnungen des Grigorij Schur 1941 – 1944, bearb. und hrsg. von Vladimir Porudominskij, München 1997, S. 131, Eintrag vom 28.12.1942; Dov Levin, How the Jewish police in the Kovno ghetto saw itself, in: Yad Vashem Studies, 29 (2001), S. 183 – 240; Zitat: Rudashevski, The Diary of the Vilna Ghetto (wie Anm. 184), S. 69, Eintrag vom 18.10.1942.

191 Sitzungsprotokoll des Judenrats des Gettos von Wilna vom 27.10.1942, Abdruck in: Documents on the Holocaust. Selected Sources on the Destruction of the Jews of Germany and Austria, Poland, and the Soviet Union, hrsg. von Yitzhak Arad, Yisrael Gutman und Abraham Margaliot, New York 1982, S. 440 – 444.

trugen Gens allerdings keineswegs nur Abscheu ein. „Die Tragödie ist, dass die […] Öffentlichkeit Gens' Haltung überwiegend gutheißt", notierte der Bibliothekar und Gettochronist Hermann Kruk, der in seiner Einschätzung über Gens selbst schwankte, damals in sein Tagebuch. „Die Öffentlichkeit denkt sich, dass das vielleicht wirklich hilft …"[192] Es half nicht. Als die SS mit der Auflösung der Gettos begann, brachte sie auch all jene um, die sie als potenzielle Widerständler erachtete. Gens wurde zu Beginn dieser Phase im September 1943 erschossen. Vielfach waren die Gettopolizisten zudem tatsächlich direkt am Widerstand beteiligt und genossen deshalb hohes Ansehen in der Bevölkerung. In Riga erschoss die Sicherheitspolizei bereits im Oktober 1942 alle Gettopolizisten wegen ihrer Kontakte zum Untergrund, in Kaunas geschah dies im März 1944. Die danach eingesetzten Ordnungsdienste waren den Deutschen weitgehend gefügig und mussten nun dabei helfen, die Gettos zu räumen, in denen sie selbst lebten. Die Sicherheitspolizei drohte den jüdischen Polizisten, sie selbst mitsamt ihren Angehörigen umzubringen, wenn sie sich der Suche nach versteckten Personen verweigerten. Zumeist wurden die jüdischen Polizisten von der Sicherheitspolizei aber lediglich als Letzte ermordet.

Alltag im Getto

Der Alltag der Juden unter deutscher Herrschaft war vor allem vom Hunger beherrscht. Sofort nach ihrem Einmarsch beschränkten die Deutschen die Einkaufsmöglichkeiten für Juden (Dok. 64). Als die Juden im Baltikum in Gettos gesperrt wurden, ordnete Reichskommissar Lohse an, ihnen nicht mehr Lebensmittel zuzuteilen, „als zur notdürftigen Ernährung der Insassen des Ghettos ausreicht" (Dok. 186). Die offiziell bewilligten Rationen entsprachen denen für nicht-jüdische Kinder und galten zudem nur für diejenigen, die arbeiteten. Die Judenräte zweigten daher von den Lebensmittelrationen für die arbeitenden Gettoinsassen einen Teil ab, sammelten Lebensmittelspenden ein und verteilten diese in Suppenküchen an Bedürftige (Dok. 244). In den Gettos von Kaunas und Wilna wurden zeitweise täglich Tausende kostenloser Mahlzeiten ausgegeben.[193] Weitere Lebensmittel brachten jene Juden ins Getto, die außerhalb der Gettos arbeiteten und auf ihren Arbeitsstellen Nahrungsmittel kaufen oder eintauschen konnten (Dok. 262). Manche teilten auch einfach einen Teil der Mahlzeiten, die sie von ihren Betrieben erhielten, mit jenen, die das Getto nicht verlassen durften, „damit keiner von uns verhungere", wie das Mitglied einer jüdischen „Stadtkolonne" im Frühjahr 1942 erklärte (Dok. 234).
Im Sommer 1942 untersagten die Deutschen den Juden von Kaunas (Dok. 248) und Wilna[194] jedoch jede eigenständige Versorgung des Gettos mit Waren oder Lebensmitteln (in anderen Gettos, etwa in Riga, galt dieses Verbot bereits früher). Ausgangspunkt war der absurde und vergebliche Versuch der Zivilverwaltung, in den Gettos eine geldlose Wirtschaft einzuführen, um den Schmuggel zu unterbinden. Die jüdische Bevölkerung sollte nun ausschließlich durch die deutschen Behörden beliefert werden. Für die Juden von Kaunas war diese Vorstellung beängstigend: Der Ältestenrat hatte die Kartoffelver-

192 Kruk, Last Days of the Jerusalem (wie Anm. 183), S. 389, Eintrag vom 28.10.1942.
193 Arad, Ghetto in Flames (wie Anm. 121), S. 310, 482.
194 Richtlinien für den Einsatz der jüdischen Arbeitskräfte vom 30.9.1941, Schreiben des Gebietskommissars Wilna-Stadt, gez. Murer, an Arbeitsamt Wilna, Dünbier, vom 1.10.1941, LCVA, R 614/1/284 Bl. 12 f.

teilungsstelle bereits geschlossen, „weil das Ghetto schon seit längerer Zeit mit Kartoffeln nicht mehr beliefert wird“ (Dok. 244). In Kaunas spielten sich deshalb chaotische Szenen ab, weil alle Juden versuchten, vor dem Stichtag noch so viele Lebensmittel wie möglich in das Getto zu schaffen.

Um dem Hungertod zu entgehen, waren die Gettoinsassen nun stärker als zuvor auf den Schmuggel angewiesen (Dok. 254). Manche nähten zusätzliche Innentaschen in die Mäntel, um mehr Lebensmittel transportieren zu können (Dok. 237). Dass Schmuggeln lebensgefährlich sein konnte, hatten die Juden in Riga schon früher erfahren müssen – dort erschoss Kurt Krause, der deutsche Gettokommandant, im Frühjahr 1942 persönlich eine Mutter von sieben Kindern, die in ihrem Kochgeschirr angeblich Suppe vom Arbeitsplatz gestohlen hatte. Franz Murer, der Judenreferent der Sicherheitspolizei in Wilna, ließ am Gettotor ertappte Schmuggler von der jüdischen Gettopolizei mit 25 bis 50 Stockhieben bestrafen. Schritt für Schritt erhöhten die Deutschen den Verfolgungsdruck in allen Gettos. Aus Furcht vor Repressalien für das Kollektiv beschloss der Ältestenrat in Kaunas im Februar 1943, alle des Schmuggels verdächtigen Juden präventiv im Gettogefängnis festzuhalten, um zu verhindern, dass sie „am Gettozaun herumlungern“.[195]

In den Gettos im Osten Weißrusslands und in Russland war die Ernährungslage noch dramatischer, da die Besatzungsmacht dort in der Regel kein wirtschaftliches Interesse am Überleben der Juden hatte. Der bereits erwähnte Fall Vitebsk, wo die Besatzer die eingesperrten Juden einfach verhungern ließen, war in dieser Hinsicht typisch. Auch in der russischen Stadt Kaluga erhielten die Gettoinsassen während der anderthalb Monate währenden Besatzung nur ein Mal Nahrungsmittel von der Militärverwaltung, in Veliž bei Smolensk bekamen die Juden gar nichts zu essen und mussten sich illegal bei den Bauern der Umgebung versorgen.[196] Im nördlichen Teil des rumänischen Besatzungsgebiets Transnistrien trafen dagegen seit dem Frühjahr 1942 die bereits erwähnten Hilfslieferungen aus Rumänien ein; allerdings blieb die Versorgungssituation auch dort höchst prekär.

Die Juden litten ferner darunter, dass die deutschen Behörden so viele Menschen wie möglich in die Gettos pferchten. In Kaunas drängten sich schließlich 30 000 Juden in einem heruntergekommenen Viertel, in dem vor dem Krieg bis zu 6000 Juden und bis zu 7000 Litauer schon sehr beengt gewohnt hatten, in Wilna waren es 29 000 Menschen in einem Gebiet, wo zuvor 4000 gelebt hatten. Dort schrieb der junge Yitskhok Rudashevski über die Ankunft seiner Familie im Getto: „Außer uns vieren sind noch elf Personen im Zimmer. Der Raum ist dreckig und stickig. Er ist überfüllt. Die erste Gettonacht. Wir lagen zu dritt auf zwei Türblättern.“[197] In den kurzlebigen Gettos im Militärverwaltungsgebiet, also im Osten Weißrusslands und der Ukraine sowie in Russland, war die Lage noch elender. In Veliž hatte man die 500 Juden der Stadt in 27 kleinen Häusern und einem

195 Angrick/Klein, „Endlösung“ in Riga (wie Anm. 131), S. 333; Urteil des Schwurgerichtes Würzburg gegen Martin Weiss vom 3.3.1950, StA Würzburg, 542/1Js 80/49, Ks 15/49, Bd. 11, Bl. 373; Zitat: Avraham Tory, Surviving the Holocaust. The Kovno Ghetto Diary, hrsg. und eingeleitet von Martin Gilbert, Cambridge, Mass., u.a. 1990, S. 219, Eintrag vom 14.2.1943.

196 Al’tman, Opfer des Hasses (wie Anm. 13), S. 189. Zur Judenverfolgung in den westrussischen Gebieten Smolensk und Brjansk siehe Aleksandr I. Kruglov, Uničtoženie evreev Smolenščiny i Brjanščiny v 1941 – 1943gg, in: Vestnik Evrejskogo Universiteta v Moskve (1994), H. 3 (7), S. 193 – 220.

197 Arad, Ghetto in Flames (wie Anm. 121), S. 120 – 122; Zitat: Rudashevski, The Diary of the Vilna Ghetto (wie Anm. 184), S. 33, Eintrag vom 6.9.1941.

großen Stall untergebracht, in dem zuvor 300 Schweine gehalten worden waren. Als die Gettos im Baltikum schrittweise verkleinert wurden, verschärfte sich die Wohnungssituation auch dort: Nachdem im Oktober 1942 ein Teil des Gettos von Kaunas geräumt worden war – die meisten Bewohner hatten die Häuser schon lange vor dem Termin aus Angst verlassen (Dok. 255) –, mussten die Vertriebenen tür- und fensterlose Baracken im Restgetto beziehen, die nach den Worten des Ältestenrates „als Wohnräume absolut ungeeignet" waren. Bis zur vollständigen „Liquidierung" des Gettos wurde dessen Fläche insgesamt fünf Mal reduziert.[198]

Beengte Lebensverhältnisse, die vielerorts fehlende Kanalisation, Mangelernährung und fehlende Heizmittel begünstigten die Ausbreitung von Krankheiten. Dass trotzdem keine Epidemien ausbrachen, verdankten die Insassen den zahlreichen jüdischen Ärzten und Apothekern.[199] Allein in der Gesundheitsverwaltung des Wilnaer Gettos stieg die Beschäftigtenzahl von 289 im Dezember 1941 auf 405 im November 1942, es gab ein Gettokrankenhaus mit 237 Betten.[200] Die Gettoinsassen waren insbesondere durch Infektionskrankheiten wie Typhus und Tuberkulose gefährdet. Während in Kaunas und Wilna aufgrund geheimer „Seuchenkliniken" jedoch nur wenige an diesen Krankheiten starben, waren die Ärzte in vielen anderen Gettos aufgrund fehlender Medikamente weitgehend hilflos (Dok. 140). Im Getto von Šargorod in Transnistrien wütete im Januar 1942 eine Typhusepidemie. Die Toten setze man in Massengräbern bei, notierte Mirjam Korber damals in ihrem Tagebuch: „15, 20 Leichen in einem Grab, es gibt für sie weder Särge noch Bretter. Man sagt, dass sie in Tüchern begraben werden, aber die Leute meinen, dass auch die Tücher gestohlen werden." Im zweiten Kriegsjahr wurden Typhusimpfungen durchgeführt, und die Sterberate sank.[201] In den Gettos im Baltikum mussten die jüdischen Ärzte von 1942 an erzwungene Abtreibungen durchführen, um die von den Deutschen erlassenen Geburtenverbote durchzusetzen. Erbittert diskutierten die Mediziner, ob sie diese Aufgabe übernehmen sollten, resignierten aber schließlich (Dok. 243, 266). Der Sekretär des Judenrats von Šiauliai, Eliezer Yerushalmi, schrieb im November 1943: „Erniedrigt und demoralisiert, wie wir alle ohnehin schon waren, mussten wir auch noch die Strafe erleben, die Mörder unserer eigenen Kinder zu sein" (Dok. 274).

Frauen und Kinder gehörten ohnehin zu den am stärksten gefährdeten Personengruppen in den Gettos. Zwar waren Familienangehörige von jüdischen Arbeitern, die in kriegswichtigen Betrieben und Gettowerkstätten eingesetzt wurden, von den „Selektionen" eigentlich ausgenommen, doch Frauen galten – auch wenn sie selbst arbeiteten – in den Augen der Besatzer als zweitklassige Arbeitskräfte, und Kinder wurden prinzipiell als „unnütze Esser" betrachtet. Waisenkinder waren den Deutschen völlig schutzlos ausgeliefert.

Um die Heranwachsenden zu schützen, richteten die Judenräte der Gettos von Wilna, Kaunas und Šiauliai Werkschulen ein (Dok. 250): Die Kinder und Jugendlichen sollten durch eine handwerkliche Ausbildung zu „unentbehrlichen Arbeitskräften" werden. In

198 Al'tman, Opfer des Hasses (wie Anm. 13), S. 184; Zitat: Tätigkeitsbericht des Ältestenrats des Gettos von Kaunas vom 5.11.1942, LCVA, R 973/2/40.

199 Dieckmann, Deutsche Besatzungspolitik in Litauen (wie Anm. 57), Bd. 2, S. 314 – 316, 366 f., 403 – 406.

200 Trunk, Judenrat (wie Anm. 185), S. 163 – 166.

201 Korber, Deportiert (wie Anm. 165), S. 72, Eintrag vom 12.1.1942. Zu Šargorod siehe auch die Berichte von Mayer Teich in: Matatias Carp, Cartea neagra. Suferintele Evreilor din Romania, 1940 – 1944, Bd. 3, Neuaufl., Bucuresti 1996, S. 277, 281, 309 – 314.

Wilna waren vor den Mordaktionen vom Herbst 1941 über 2700 Kinder zwischen fünf und zwölf Jahren in den Gettoschulen gezählt worden; nach den Mordaktionen wurde diese Zahl nicht wieder erreicht. In den beiden neu eingerichteten Gettoschulen wurden Ende November 1941 knapp 2000 Schüler von 72 Lehrern unterrichtet. In Kaunas hatte das Kulturamt des Judenrats im Dezember 1941 zwei Schulen eingerichtet, die von je 200 Kindern im Schichtsystem besucht wurden. Noch im April 1942 appellierte der Ältestenrat eindringlich an die Eltern, ihre Kinder zum Unterricht zu schicken: Voller Bedauern habe man konstatieren müssen, dass nicht alle Eltern „die Wichtigkeit und Nützlichkeit der Schule erfasst haben".[202] Doch schon im August 1942 befahl der Stadtkommissar die Schließung der Schulen. Daraufhin führten die Lehrer ihre Arbeit heimlich in Privathäusern fort, die Bezahlung wurde in anderen Etats versteckt. Ältere Kinder konnten auf die von den Deutschen am 25. September 1942 neu genehmigte Fachschule gehen. Als die Gettos im Baltikum in Konzentrationslager umgewandelt wurden, löste die SS alle Schulen auf. Bei den anschließenden „Liquidierungen" ermordeten die Deutschen zunächst die Kinder (Dok. 278).

Jüdischer Widerstand

Häufig klammerten sich die Gettobewohner an absurde Nachrichten, die eine Linderung ihres Leids, wenn nicht gar ihre baldige Befreiung verhießen oder doch zumindest auf ein Überleben hoffen ließen. Solchen trügerischen Hoffnungen mochten sich einige Mitglieder zionistischer Jugendorganisationen in Wilna nicht mehr hingeben; sie ahnten, dass die „Aktionen" der Deutschen auf einen Völkermord an der jüdischen Bevölkerung hinausliefen (Dok. 223). Im Januar 1942 gründeten sie daher die Vereinigte Partisanenorganisation (Fareynikte Partizaner Organizatsie, FPO), eine der ersten jüdischen Widerstandsgruppen im deutschen Machtbereich. Der Plan, den Deutschen – auch bewaffnet – entgegenzutreten oder eine Flucht zu organisieren, stieß jedoch im Getto auf massive Kritik: Solange Hoffnung bestand, sich den Deutschen durch Arbeit unentbehrlich zu machen, lehnte der Judenratsvorsitzende Jakob Gens sowohl Angriffe auf die Besatzer als auch riskante Fluchtaktionen ab (Dok. 271).

Zudem standen stets brutale Repressalien gegen den Rest der jüdischen Gemeinschaft zu befürchten. Nachdem die Sicherheitspolizei eine Gruppe von Untergrundkämpfern, die aus dem Rigaer Getto zu den Partisanen flüchten wollte, festgenommen und bei ihnen Waffen gefunden hatte, wurden sämtliche Angehörige des jüdischen Ordnungsdienstes ermordet: Einige Mitglieder der Gettopolizei hatten bei der Waffenbeschaffung geholfen (Dok. 258). Ein ähnlicher Fall ereignete sich in Kaunas, wo sich jüdische Polizisten an einer Widerstandsgruppe beteiligten und diese abschirmten. Im März 1944 wurden sie verhaftet und erschossen. Obwohl es vereinzelt gelang, Waffen oder Waffenteile in den deutschen Munitionslagern zu stehlen oder im Getto selbst Waffen herzustellen, kam es in den größeren Gettos in den Gebieten unter Militärverwaltung sowie im Baltikum nicht zu einem Aufstand wie 1943 in Warschau.[203]

202 Aufruf des Ältestenrats des Gettos von Kaunas vom 21.4.1942, LCVA, R 1390/3/10, Bl. 8.

203 Hilberg, Vernichtung der europäischen Juden (wie Anm. 46), S. 403; Angrick/Klein, „Endlösung" in Riga (wie Anm. 131), S. 361 – 377; Ezergailis, Holocaust in Latvia (wie Anm. 130), S. 360.

Über 750 Mitglieder der FPO schafften es schließlich, sich aus dem Wilnaer Getto zu den Partisanen abzusetzen. Aus dem Getto von Kaunas flohen 350 von insgesamt 600 Untergrundkämpfern in die umliegenden Wälder. Außerdem stießen nicht organisierte Juden zu den Partisanen: 400 aus Wilna, 150 aus Kaunas, 60 aus Šiauliai und 90 aus Svencionys. Insgesamt gab es etwa 1800 sogenannte Waldgänger, von denen sich 450 der weißrussischen und 850 der litauischen Partisanenbewegung anschlossen. 100 kämpften in anderen Einheiten außerhalb Litauens, und etwa 250 Juden organisierten sich in jüdischen Familienlagern in den Wäldern; manche blieben auf sich gestellt oder lebten in kleinen Gruppen. Viele von ihnen kamen während des Kriegs um.[204] Sowjetische Partisanengruppen nahmen erst relativ spät überhaupt Juden auf: Erstens waren jüdische Flüchtlinge oft mit Frauen und Kindern unterwegs und dann als Kämpfer nur bedingt einsetzbar, zweitens waren sowohl sowjetische und nationallitauische als auch polnische Untergrundkämpfer teilweise offen antisemitisch. Die erste jüdische Einheit in Litauen namens Mest' (Rache) wurde im August 1943 auf Initiative der sowjetischen Brigade Vorošilov unter Fjodor Markov im Narocz-Wald gebildet; schon nach sieben Wochen wurden ihre Mitglieder jedoch auf „nicht-jüdische" Gruppen verteilt. Umso überraschter war der Leiter des Zentralen Partisanenstabs in Moskau, als er nur wenig später von einer weiteren Gruppe von 300 jüdischen Partisanen im Wald von Rudniki erfuhr.[205] Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man in Moskau nur vereinzelt von jüdischen Partisanen erfahren; meist hatte es sich bei ihnen um „gewöhnliche" Partisanen gehandelt, die zunächst nicht als Juden, sondern im Dienste des sowjetischen Staats in den Kampf gingen (Dok. 142).

Weit häufiger als der bewaffnete Kampf gegen das NS-Regime waren alltägliche Formen des Widerstands und der Selbstbehauptung. Manchmal richteten sich diese direkt gegen eine der vielen diskriminierenden Maßnahmen der Besatzer. So reagierten einige Juden im Getto von Kaunas auf die ständigen Leibesvisitationen, indem sie sich Rasierklingen in ihre Jackentaschen steckten, „welche geeignet sind, dem kontrollierenden Beamten Verletzungen beizubringen", wie der Ältestenrat im Mai 1942 tadelte.[206]

In einem weiteren Sinne aber lässt sich auch das vielfältige kulturelle Leben, das sich in den Gettos entwickelte, als eine Form des Widerstands auffassen – schließlich gehörte es zu den vorrangigen Zielen der Deutschen, die Juden zunächst in jeder nur erdenklichen Weise als Menschen zu erniedrigen. Der tägliche Kampf ums Überleben ließ die Umgangsformen im Getto härter werden – Elye Gerber spottete über das Gerangel und die Schimpfereien unter den Juden (Dok. 248), und der Arzt Aaron Pik registrierte, dass „nicht nur die Grundfesten der Religion, sondern auch die Prinzipien der Moral und der Ordnung beschädigt sind" (Dok. 262). Vor diesem Hintergrund war die Bewahrung der kulturellen Traditionen ein wichtiger Akt der Selbstbehauptung. Der 16-jährige Yitskhok Rudashevski gehörte in Wilna einem Club an, in dem Puppentheater gespielt wurde und

204 Dov Levin, Fighting back. Lithuanian Jewry's Armed Resistance to the Nazis 1941 – 1945, New York 1985, S. 28, 176; Rachel Margolis, Als Partisanin in Wilna. Erinnerungen an den jüdischen Widerstand in Litauen. Kommentiert und mit einer Einführung versehen von Franziska Bruder und Gudrun Schroeter, Frankfurt a.M. 2008; Dieckmann, Deutsche Besatzungspolitik in Litauen (wie Anm. 57), Bd. 2, S. 414 – 467.

205 Schreiben des stellv. Leiters des Zentralen Partisanenstabs, gez. Bel'čikov, an den Leiter des litauischen Partisanenstabs, Snečkus, vom November 1943, RGASPI, 69/1/757, Bl. 146.

206 Meldung des Ältestenrats von Kaunas vom 22.5.1942, LCVA, R 1390/3/10, Bl. 11.

in dem er mit anderen über Dichtung und Sprache im Getto sowie über jüdische Geschichte diskutierte. Gemeinsam mit einem Freund erarbeitete er außerdem einen Fragebogen für Gettoinsassen, um auf dieser Basis eine Gettogeschichte anzufertigen. Stärkeres Aufsehen erregten öffentliche Aufführungen. In Kaunas veranstaltete die jüdische Polizei im November 1942 im Polizeihaus ein erstes Konzert klassischer Musik. In Wilna wurde ein Theater gegründet, in dem sogar Varieté-Abende stattfanden. Diese Form der leichten Unterhaltung war jedoch umstritten. „Auf einem Friedhof spielt man kein Theater", hieß es auf Flugblättern, und Hermann Kruk fühlte sich „persönlich beleidigt", als er zur Eröffnung eingeladen wurde. Ein Theater „hier, zu diesem Zeitpunkt", so notierte er in sein Tagebuch, sei „eine Schande".[207] Der Leiter der Kulturabteilung im Judenrat, Gregor Yashunski, sah seine Arbeit hingegen durch den alltäglichen Terror und die ständige Todesangst gerechtfertigt: „Die Menschen wollen vergessen, was bei ihnen zu Hause los ist", erklärte er zum ersten Jahrestag der Theatergründung und lobte die Revue „Der Mensch unter der Brücke" mit den Worten, dies sei „eine Vorstellung wie vor der Gettozeit" gewesen (Dok. 263).

Zu den bedeutendsten Kultureinrichtungen der Juden im Reichskommissariat Ostland gehörte die Bibliothek des Wilnaer Gettos, die bereits im September 1941 gegründet und von Hermann Kruk geleitet wurde. Sie umfasste schließlich 100 000 Bände, zu denen auch jene Bücher des berühmten YIVO gehörten, die vor dem Zugriff des Einsatzstabs Rosenberg gerettet werden konnten. „In der Rosenbergschen Sondereinheit im YIVO-Gebäude regnet es wieder Bücher", schrieb Kruk im November 1942 in sein Tagebuch. „Das Herz zerspringt einem vor Schmerz bei diesem Anblick. So sehr wir uns auch daran gewöhnt haben, wir haben immer noch nicht die Gelassenheit, um die Zerstörung ruhig mit anzusehen. Übrigens haben sie auf meine Bitte doch versprochen, dass wir uns einige Bücher für die Gettobibliothek mitnehmen dürfen."[208]

Zu Beginn des Deutsch-Sowjetischen Kriegs hatten die Besatzer und ihre Helfer ihren Hass insbesondere gegen Synagogen, Religionsschulen und die jüdischen Geistlichen gerichtet und eine freie Religionsausübung sofort unterbunden. Rabbiner wurden von den Angehörigen der Einsatzgruppen, von Wehrmachtssoldaten und einheimischen Milizionären bevorzugt erniedrigt. Sie schnitten ihnen die Bärte ab, verprügelten sie oder zwangen sie, auf heiligen Schriften zu tanzen; viele jüdische Geistliche wurden bereits in der ersten Phase der Besatzung ermordet. Im Getto von Kaunas schändete die Sicherheitspolizei im Januar 1942 die kleine Synagoge, indem sie alle Hunde und Katzen in das Gotteshaus bringen und dort erschießen ließ. Die Kadaver durften nicht entfernt werden. Sie lagen dort noch im April 1943.[209] Trotz des Terrors wurden im Geheimen weiterhin Gottesdienste abgehalten, zuweilen als Kulturveranstaltungen getarnt. Gläubige Juden versuchten, die Begräbnisriten möglichst einzuhalten. Angesichts stets neuer Zwangslagen wandten sich die Menschen immer wieder an die Rabbiner um Rat, wie sie sich im Zweifelsfall verhalten sollten. Einer der bekanntesten Geistlichen, Ephraim Oshri, verfasste im Getto von Kaunas viel beachtete religiöse Gutachten, etwa zu der

207 Solon Beinfeld, The Cultural Life of the Vilna Ghetto, in: Simon Wiesenthal Center Annual 1 (1984), S. 5 – 26; Gudrun Schroeter, Worte aus einer zerstörten Welt. Das Ghetto in Wilna, St. Ingbert 2008; Zitat: Kruk, The Last Days of the Jerusalem (wie Anm. 183), S. 173 f., Eintrag vom 17.1.1942.

208 Ebd., S. 408, Eintrag vom 10.11.1942.

209 Tory, Surviving the Holocaust (wie Anm. 195), S. 310 f., Eintrag vom 26.4.1943.

Frage, ob man das Leben seiner Kinder retten dürfe, indem man ihnen gefälschte Geburtsurkunden ausstellt und sie bei Nicht-Juden unterbringt.[210]
Die rumänischen Behörden zeigten sich in ihrem Besatzungsgebiet weitgehend gleichgültig, was die jüdische Religionsausübung anging. Zwar fielen auch dort viele bekannte Rabbiner dem Terror zum Opfer, doch durften die Juden in Transnistrien ebenso wie in Czernowitz weiter in begrenztem Umfang Gottesdienste abhalten und dafür Gebetshäuser einrichten.[211]

Reaktionen in der Besatzungsgesellschaft und im Ausland

Antisemiten, Mordgehilfen und Nutznießer

Der Völkermord an den Juden wurde in erster Linie von Deutschen geplant und ausgeführt. Allerdings bliebe das Bild des Holocaust in den besetzten Gebieten der Sowjetunion unvollständig, wenn man nicht auch berücksichtigte, wie sich die nicht-jüdischen Einheimischen zu diesem Verbrechen verhielten. Dabei ist zunächst zu bedenken, dass sich die ausufernde Gewalt der Besatzer auch gegen Nicht-Juden richtete. Angesichts des millionenfachen Sterbens von Kriegsgefangenen und Zivilisten sowie der allgemeinen Verelendung erschien der Mord an den Juden vielen nicht-jüdischen Bewohnern der besetzten Ostgebiete nur als ein Verbrechen unter vielen (Dok. 105).[212]
Vor allem in den von der Sowjetunion seit 1939 annektierten Gebieten wurden die Reaktionen auf die Judenverfolgung durch einen teilweise tief verankerten Antisemitismus beeinflusst. Doch auch in altsowjetischen Gebieten war der Hass auf Juden keine Seltenheit. Schon bald nach der Machtübergabe an Hitler am 30. Januar 1933 registrierte der sowjetische Geheimdienst in Weißrussland Stimmen, die sich lobend über die antijüdische Politik in Deutschland äußerten. Selbst im südost-ukrainischen Donezbecken – wo wesentlich weniger Juden lebten als in der Westukraine – hielten sich antisemitische Stimmungen. Dort hatte es schon vor dem Ersten Weltkrieg und während des Russischen Bürgerkriegs antijüdische Pogrome gegeben.[213]
Das Beispiel Weißrusslands zeigt indes, dass dieser traditionelle Antisemitismus allein nicht ausreichte, damit sich die einheimische Bevölkerung aktiv an von den Deutschen gewünschten Ausschreitungen gegen Juden beteiligte. In Weißrussland war nach der Besetzung unter Einheimischen zwar mitunter eine Art stiller Genugtuung zu spüren, dass die Deutschen durch die Vertreibung der Sowjets die vermeintliche Oberherrschaft der

210 Ephraim Oshry, Sefer Divre Ephraim, New York 1949, S. 101 f. Eine gekürzte engl. Übersetzung erschien unter dem Titel: Ephraim Oshry, Responsa from the Holocaust, New York 1983.
211 Al'tman, Opfer des Hasses (wie Anm. 13), S. 201.
212 Zur gegen die sowjet. Großstädte gerichteten Hungerpolitik und zum Massensterben der sowjet. Kriegsgefangenen siehe Pohl, Herrschaft der Wehrmacht (wie Anm. 86), S. 183 – 242.
213 Matthias Vetter, Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917 – 1939, Frankfurt a. M. 1995; Hiroaki Kuromiya, Freedom and Terror in the Donbas. A Ukrainian-Russian Borderland, Cambridge 1998, S. 43 – 48, 110 – 112, 147 f.; Marek Wierzbicki, Polacy i Żydzi w zaborze sowieckim. Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach północno-wschodnich II RP pod okupacją sowiecką (1939 – 1941), Warszawa 2001.

Juden beseitigt hatten.[214] Doch im Gegensatz zum Baltikum und zum 1939 annektierten Ostteil Polens gelang es der Sicherheitspolizei in den östlichen Gebieten Weißrusslands und der Ukraine sowie in Russland nicht, die örtliche Bevölkerung zu Pogromen aufzustacheln (Dok. 138). Propagandisten der Wehrmacht stellten fest: „Versuche, Juden-Pogrome hervorzurufen, sind gescheitert. Das hat seinen Grund darin, dass der Jude in den Augen des Durchschnitts-Russen eine proletarische Lebensführung hat und sich daher nicht zum Gegenstand eines Angriffs eignet."[215] Auf antijüdische „Initiativen" der einheimischen Bevölkerung konnten die deutschen Mordeinheiten meist nur dort bauen, wo bereits eine organisierte Untergrundbewegung bestand, die sowohl antisowjetisch als auch antijüdisch eingestellt war. Aber selbst dann mussten die deutschen Besatzer immer wieder feststellen, dass viele Einheimische entsprechendes Handeln gern den Deutschen überließen. „Eine Frau ging mir nach und flüsterte leise ins Ohr: ‚Nehmen Sie doch die Juden fort, es ist ein gemeines (pogani) Volk'", berichtete der Volkstumsreferent Karl Stumpp Ende August 1941 aus der Ukraine und setzte enttäuscht hinzu: „Alles erwarten sie nur von Deutschland."[216]

Dennoch hatte die Sicherheitspolizei von Kriegsbeginn an auf einheimische Gehilfen setzen können (Dok. 98). Nachdem sich die Besatzung fest etabliert hatte, stellte sie überall Hilfspolizeien auf – für einfache Bewachungsdienste, aber auch in sogenannten Schutzmannschafts-Bataillonen. Häufig wurden diese einheimischen Hilfskräfte bei Exekutionen eingesetzt, mancherorts stellten sie sogar die Mehrheit der Schützen. Das berüchtigte „Rollkommando" unter dem Befehl Joachim Hamanns bestand beispielsweise aus lediglich acht bis zehn Deutschen und bis zu 100 Litauern, das Kommando des Polizeimajors Viktor Arājs rekrutierte sich ausschließlich aus lettischen Nationalisten. In Ponary, der zentralen litauischen Mordstätte, schossen vor allem litauische Schutzmannschaftsangehörige, die dabei von nur wenigen Deutschen angeleitet wurden. Wenn Einheimische derartige Verbrechen verübten, standen sie in ihrer Gewaltbereitschaft den Deutschen kaum nach (Dok. 200). In Lettland und Litauen, aber auch in der Ukraine und in Russland, mordeten einheimische Polizeikräfte schließlich eigenständig (Dok. 165, 172, 195), wenn auch stets in deutschem Auftrag. Manche Täter nutzten die Gelegenheit, ihre weiblichen Opfer zu vergewaltigen, bevor sie sie erschossen (Dok. 154). Die Deutschen setzten einige der einheimischen Kommandos später fern ihrer jeweiligen Heimatregion ein, um beim Mord an den Juden zu helfen. Nicht alle dieser Todesschützen waren von ihrem Tun überzeugt. Zwei Offiziere der lettischen Schutzmannschaften mussten sich im April 1942 gegenüber der deutschen Sicherheitspolizei rechtfertigen, weil sie einem Freiwilligen vom Eintritt in ihre Formation abgeraten hatten, da er dort vor allem „Juden erschießen" müsse.[217]

214 Daniel Romanovsky, The Soviet Person as a Bystander of the Holocaust. The Case of Eastern Belorussia, in: David Bankier/Israel Gutman (Hrsg.), Nazi Europe and the Final Solution, Jerusalem 2003, S. 275 – 306.

215 Bericht der Propagandaabteilung der HGr. Mitte vom 11. 8. 1941 (Anl. zum Schreiben Ausl./Abw. an WPr. vom 18. 9. 1941), BArch, RW 4/252, Bl. 296.

216 Bericht Nr. 1 des volksdeutschen Referenten beim Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Süd, gez. Stumpp, o. D. [21. 8. 1941], BArch, RH 22/11.

217 Robert G. Waite, Kollaboration und deutsche Besatzungspolitik in Lettland 1941 – 1945, in: Werner Röhr (Hrsg.), Okkupation und Kollaboration (1938 – 1945), Berlin 1994, S. 217 – 237; Dean, Collaboration in the Holocaust (wie Anm. 180), v. a. S. 17 – 59; Dieter Pohl, Ukrainische Hilfskräfte

Viele Einheimische unterstützten die antijüdische Politik der deutschen Besatzer, ohne sich an Erschießungen zu beteiligen: Angehörige der Kommunalverwaltungen und Hilfspolizisten registrierten die Juden, kontrollierten, ob sie die vorgeschriebenen Judensterne trugen (Dok. 81), und erließen weitere antijüdische Bestimmungen (Dok. 60), betrieben von sich aus die Schaffung von Gettos (Dok. 34, 35), eskortierten die Juden dorthin (Dok. 190) oder zu den Sammelplätzen für die Exekutionen (Dok. 96), schätzten den Wert der verlassenen Wohnungen und Häuser vor dem Weiterverkauf (Dok. 122) und suchten nach Versteckten (Dok. 89). Zwar waren die Handlungsspielräume der einheimischen Kollaborateure gerade in der Judenpolitik gering: Viele Hilfspolizisten beispielsweise waren ehemalige sowjetische Kriegsgefangene, die die Wehrmacht nur unter Auflagen entlassen hatte,[218] zudem war es nur schwer möglich, sich den Befehlen der Deutschen zu widersetzen. Aber die Gelegenheit, sich zu bereichern oder ein gewisses Maß an Macht auszuüben, wurde von einem Großteil der Einheimischen gern wahrgenommen. Vom Baltikum bis nach Russland hinein gehörte es daher zum Alltag, dass einheimische Milizionäre Juden misshandelten, sei es auf offener Straße oder im Getto (Dok. 40, 141, 144). In der von der Besatzungsmacht gesteuerten Presse finden sich überdies zahlreiche Artikel einheimischer Autoren, die wohlwollend über antijüdische Diskriminierungen (Dok. 64) oder den Mord an den Juden berichteten (Dok. 43). In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Deutschen den Zeitungen im Besatzungsgebiet die Leitlinien der antisemitischen Propaganda vorgaben und ihnen vielfach vom deutschen „Ostraum-Artikeldienst" vorbereitete Textbausteine lieferten.[219]

Zu den am weitesten verbreiteten Formen der Kollaboration zählte die Denunziation. Die Angehörigen des 2. SS-Kavallerieregiments ließen sich beispielsweise Anfang August 1941 in Pińsk von polnischen Milizionären zeigen, wo Juden lebten, als sie die jüdischen Männer zur Erschießung zusammentrieben. „Auf andere Weise", so erinnerte sich ein Überlebender nach dem Krieg, „hätten die SS-Leute die Juden nicht identifizieren können, denn ich weiß genau, dass wir damals noch nicht verpflichtet waren, ein Kennzeichen zu tragen."[220] Nur selten mussten Einheimische zum Verrat gezwungen werden, häufig denunzierten sie Juden aus eigenem Antrieb oder boten ihre Hilfe bei der Jagd auf Juden an (Dok. 96, 115, 169). Bei Hilfspolizisten mag hierbei die von den Deutschen ausgesetzte Kopfprämie eine Rolle gespielt haben oder die bescheidene Aussicht, einen Orden zu bekommen (Dok. 166).

Die Zivilbevölkerung war vor allem am Besitz ihrer jüdischen Nachbarn interessiert.[221] Als diese deportiert oder in Gettos eingewiesen wurden, ließ sich nicht immer klar tren-

beim Mord an den Juden, in: Paul (Hrsg.), Die Täter der Shoah (wie Anm. 61), S. 205 – 234; Arunas Bubnys, Die litauischen Hilfspolizeibataillone und der Holocaust, in: Vicas Bartusevičius/Joachim Tauber/Wolfram Wette (Hrsg.), Holocaust in Litauen. Krieg, Judenmorde und Kollaboration im Jahre 1941, Köln u.a. 2003, S. 117 – 131; Björn Michael Felder, Lettland im Zweiten Weltkrieg. Zwischen sowjetischen und deutschen Besatzern 1940 – 1946, Paderborn 2009, S. 219 – 246, Zitat S. 227.

218 Dean, Collaboration in the Holocaust (wie Anm. 180), S. 30.

219 Sjarhej U. Žumar', Okkupacionnaja periodičeskaja pečat' na territorii Belarusii v gody Velikoj Otečestvennoj Vojny, Minsk 1996; Quinkert, Propaganda und Terror in Weißrussland (wie Anm. 53), hier v.a. S. 92.

220 Zit. nach: Deutscher Osten (wie Anm. 75), S. 146.

221 Katrin Reichelt, Der Anteil der Letten an der Enteignung der Juden ihres Landes zwischen 1941 und 1943, in: Christoph Dieckmann (Hrsg.), Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration" im östlichen Europa 1939 – 1945, Göttingen 2003, S. 224 – 242.

nen, wo der Notverkauf endete und der Raub begann: Viele Juden verteilten einen großen Teil ihres Besitzes an Bekannte, bei anderen warteten schon die Nachbarn vor der Tür, um sich die besten Stücke der Wohnungseinrichtung zu sichern (Dok. 107). In ländlichen Regionen war das, was später als „Pogrom" bezeichnet wurde, ein gemeinschaftlich ausgeführter Raubüberfall auf eine recht- und schutzlos gewordene Minderheit (Dok. 142). Auch hinter den Gettomauern blieben die Juden ständig von Raub, Diebstahl und Mord bedroht: Die umfangreichen Akten der jüdischen Polizei im Getto Kaunas dokumentieren zahlreiche nächtliche Überfälle, die zumeist von jugendlichen Litauern oder von Hilfspolizisten begangen wurden und immer wieder in der Ermordung von Gettoinsassen gipfelten. Eine weitere Möglichkeit, an jüdischen Besitz zu gelangen, bot der Schwarzhandel mit den im Getto Eingesperrten, deren Notsituation zuweilen hemmungslos ausgenutzt wurde. So empfahl beispielsweise ein Litauer Juden aus dem Getto Kaunas, die bei ihm Mäntel gegen Lebensmittel eintauschten, sie möchten das nächste Mal doch ihre besten Kleidungsstücke bringen – diese würden ihnen ja ohnehin bald abgenommen. Wer von den Einheimischen meinte, bei den Plünderungen zu kurz gekommen zu sein, oder Wert auf einen „rechtmäßigen" Erwerb legte, konnte darauf hoffen, bei der Verteilung der von der Polizei eingesammelten „Judenhabe" bedacht zu werden; Hilfspolizisten untermauerten entsprechende Anträge mit dem Hinweis, sie hätten sich an „Judenaktionen" beteiligt.[222]

Protest und Widerstand

Viele Einheimische hatten die ersten antijüdischen Maßnahmen der deutschen Besatzer begrüßt oder sogar unterstützt. Die Massaker an Hunderten oder sogar Tausenden von Juden riefen hingegen allgemeines Entsetzen hervor (Dok. 156). Vielerorts wurden die Exekutionen vor Publikum durchgeführt; über den Mord an über 3000 Juden im litauischen Rokiškės ließ sich der rechtsextreme Politiker Zenonas Blynas vom dortigen Kreischef berichten: „Menschen aus der Umgebung versammelten sich. Am Anfang lachten sie, grinsten, waren zufrieden – später waren sie entsetzt, auch die arischen Frauen schrien. Massaker. Entsetzlich."[223] Nachdem in Liepāja jüdische Frauen und Kinder am helllichten Tag zu den Exekutionsplätzen geführt worden waren und sich auch dort erschütternde Szenen abgespielt hatten, berichtete der Gebietskommissar, der Bürgermeister, der sonst „beinahe alle Maßnahmen billigt", habe sich beschwert und auf die Erregung in der Stadt hingewiesen (Dok. 200). Mancherorts wurde den deutschen Besatzern nun alles zugetraut; viele nicht-jüdische Einwohner befürchteten, bald als Nächste erschossen zu werden.[224]

222 Meldung der Jüdischen Gettopolizei an den Chef der deutschen Gettowache vom 9.1.1942 über einen Raubmord im Getto, Abdruck in: Einsatz im „Reichskommissariat Ostland" (wie Anm. 124), S. 195 – 197; Protokoll des Verhörs von Moses Rabinowitz durch Girscha Volpertas am 3.2.1942, LCVA, R 973/2/69, Bl. 183; Martin Dean, Die Enteignung „jüdischen Eigentums" im Reichskommissariat Ostland 1941 – 1944, in: Irmtrud Wojak/Peter Hayes (Hrsg.), „Arisierung" im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt a.M. 2000, S. 201 – 218, hier S. 207.

223 Zenonas Blynas, Karo metų dienoraštis, 1941 – 1944 m, hrsg. von Gediminas Rudis, Vilnius 2007, S. 147, Eintrag vom 24.8.1941.

224 Bericht des Oberwachtmeisters Soennecken vom 24.10.1941, Abdruck in: „Schöne Zeiten" (wie Anm. 96), S. 576 f.; Tätigkeitsbericht des AOK 11, IV Wi an OKW/WiRü vom 31.3.1942, BArch, RH 20-11/415.

Auch die kurzlebige Provisorische Regierung Litauens war erschrocken. Das Kabinett verurteilte die antijüdischen Pogrome in Kaunas am 27. Juni 1941 allerdings nur intern (Dok. 7) und schwieg nach außen hin. Zudem billigten die Minister nur wenige Tage später das Vorhaben, ein von Litauern geführtes Konzentrationslager für Juden einzurichten.[225] Von Seiten der litauischen katholischen Kirche durften die Juden ebenfalls nur wenig Unterstützung erwarten: Als der Erzbischof von Litauen, Juzas Skvireckas, von Priestern dazu gedrängt wurde, öffentlich gegen die Ermordung der Juden in der litauischen Hauptstadt zu protestieren, schob er diese Aufgabe an Untergebene ab.[226] Wenn überhaupt, dann regten sich einfache Kleriker wie der Pfarrer von Varėna, Jonas Gylys, der in seiner Kirche gegen den Raubmord an den Juden im Ort predigte (Dok. 192).

Die Pogrome antikommunistischer Milizen und die antijüdischen Maßnahmen der Besatzer schüchterten wie erwähnt auch die Nicht-Juden ein. Umso bemerkenswerter ist, dass sich nicht wenige Menschen trotzdem für Juden einsetzten. Zu den bekanntesten gehörte die Ärztin Elena Kurtorgiene, die in ihrer Praxis in Kaunas weiterhin jüdische Patienten behandelte. Andere reihten sich für Juden in die Schlangen vor Lebensmittelgeschäften ein, nachdem diesen das Einkaufen verboten worden war, und wurden daraufhin öffentlich für ihr „unwürdiges" und „schädliches" Verhalten getadelt. „Hört auf, den Juden zu helfen!", forderte die Rigaer Zeitung Tēvija Anfang Juli 1941.[227] Einheimische setzten sich mit Eingaben an die Sicherheitspolizei für ihre jüdischen Kollegen ein,[228] und „arische" Personen baten darum, ihre Ehepartner jüdischer Herkunft nicht zu diskriminieren (Dok. 196). Um solche Bindungen zu zerstören, erließ der Reichskommissar des Ostlands bald darauf einen Erlass, der auf die Auflösung solcher „Mischehen" zielte (Dok. 209). In Wilna stellten die deutschen Behörden die nicht-jüdischen Ehepartner unter Polizeiaufsicht.[229]

Bald zeigte sich, dass es lebensgefährlich sein konnte, Juden zu helfen. Im Februar 1942 ermordete die deutsche Sicherheitspolizei im ukrainischen Kremenčug den Bürgermeister, der den örtlichen Juden neue Papiere mit russischen Namen hatte ausstellen lassen (Dok. 153). Wer Juden versteckte, wurde bei Entdeckung sofort verhaftet und manchmal zusammen mit den Juden an Ort und Stelle erschossen (Dok. 145).[230] Dabei war es schon aufgrund der Nahrungsmittelknappheit kaum möglich, Juden einen Unterschlupf zu bieten. Dennoch teilten manche Nicht-Juden monatelang ihre kargen Lebensmittelrationen mit Juden, die sie in ihrer Wohnung versteckt hielten.[231] Andere nutzten deren Notlage aus und ließen sich von Juden teuer dafür bezahlen, dass sie sie verbargen oder in einem Versteck versorgten – in einem Fall verriet eine Litauerin eine Gruppe von Juden, als diese nichts mehr zum Tauschen hatte (Dok. 270).

225 Protokoll der Kabinettssitzung der Provisorischen Regierung Litauens vom 30.6.1941, Abdruck in: Arvydas Anušauskas (Hrsg.), Lietuvos laikinoji vyriausybė: posėd¸ių protokolai, 1941 m. birželio 24 d. – rugpjūčio 4 d., Vilnius 2001, S. 20.

226 Tagebuch des Erzbischofs von Litauen, Juzas Skvireckas, Einträge vom 27./28.6.1941, Abdruck in: ebd., S. 271 f.

227 Ezergailis, Holocaust in Latvia (wie Anm. 130), S. 90 f.

228 Bittschrift der 14 estn. Kollegen von Salomon Epstein an die estn. Politische Polizei in Tallinn, ERA, R 64/4/185, Bl. 10.

229 Arad, Ghetto in Flames (wie Anm. 121), S. 117 f.

230 Verhaftungslisten des Ordnungsdienstes von Mogilëv, o.D. [nach dem 7.10.1941, 18.12.1941], GAMoO, 255/2/765, Bl. 1, 31.

231 Die Odesskaja Gazeta berichtete in ihrer Ausgabe Nr. 164 vom 22.8.1942 über die Verurteilung

Reaktionen der sowjetischen Führung und der Partisanen

Nach der teilweisen Öffnung der sowjetischen Archive im Jahr 1991 zeigte sich, dass der Kreml schon sehr früh und teilweise überraschend genau über zahlreiche Verbrechen der deutschen Besatzer informiert war und auch von der spezifisch antijüdischen Stoßrichtung der deutschen Politik wusste.[232] Allerdings nahm die bolschewistische Führung die Gefahr, in der sich die Juden befanden, anfangs offensichtlich nicht ernst. So konstatierte Pantelejmon K. Ponomarenko, der Vorsitzende der weißrussischen KP und spätere Chef der Partisanenbewegung, in seinem ersten Kriegsbericht an Stalin vom 25. Juni 1941 zwar, dass die gesamte Propaganda der Nationalsozialisten „unter dem Banner des Kampfes gegen Jidden und Kommunisten verläuft, was für sie das Gleiche ist", lästerte aber zugleich über die Furcht der Juden: Diese seien „von einer tierischen Angst vor Hitler erfüllt, und anstatt zu kämpfen, fliehen sie". Auffälligerweise benutzte Ponomarenko den in der Sowjetunion verpönten Begriff „Židy" für Juden. Bald aber war nicht mehr zu übersehen, worauf die deutsche Politik gegenüber den Juden zielte. In einem weiteren Bericht an Stalin listete Ponomarenko wenige Wochen später eine Reihe antijüdischer Verbrechen auf und hielt zusammenfassend fest: „Die jüdische Bevölkerung wird schonungslos vernichtet."[233]

Die sowjetische Führung erhielt die Informationen über die Judenverfolgung im Wesentlichen aus drei Quellen: In der ersten Kriegsphase berichteten vor allem die Mitarbeiter der IV. Abteilung des NKVD sowie der Politischen Hauptverwaltung und der Spionageabteilung der Roten Armee aus den besetzten Gebieten; außerdem wurden deutsche Kriegsgefangene verhört (Dok. 63, 147) und Rotarmisten befragt, die aus deutscher Gefangenschaft fliehen konnten. Seit 1942 lieferten überdies die Partisanenverbände immer mehr Berichte aus den besetzten Gebieten.[234] Auf diese Weise erfuhr der Kreml zwar mit meist deutlicher Verzögerung, dafür teilweise aber detailliert, wie die Deutschen beispielsweise die Juden in Kiew (Dok. 141), Nikolaev (Dok. 104), Mariupol' (Dok. 129) und Artëmovsk (Dok. 149) stigmatisiert, entrechtet, deportiert und schließlich ermordet hatten – und welches Ausmaß Verrat und Kollaboration annahmen (Dok. 142, 145). Entflohene Kriegsgefangene berichteten, wie jüdische Rotarmisten von den Deutschen in den Durchgangslagern ausgesondert und erschossen wurden (Dok. 100, 125, 164, 167).

Seit dem August 1941 veröffentlichte das Sowjetische Informationsbüro (Sovinformbüro) in speziellen Bulletins Auszüge der Berichte von NKVD und Roter Armee, die als Grundlage für Presseberichte dienten. Dabei gingen die Redakteure mit den Texten, zu denen auch deutsche Beutedokumente gehörten, sehr frei um. So schrieben sie die Tagebücher zweier gefallener deutscher Soldaten im September 1941 faktisch neu: Während der Ton

zweier Frauen, die monatelang zwei jüdische Familien bei sich beherbergt hatten; Abdruck in: Arad (Hrsg.), Uničtoženie evreev SSSR (wie Anm. 73), S. 322.

232 Icchak Arad, Otnošenie sovetskogo rukovodstva k Cholokostu, in: Vestnik Evrejskogo Universiteta v Moskve (1995), H. 2 (9), S. 4 – 35; Ilya Altman/Claudio Ingerflom, Avant et après Auschwitz. Le Kremlin et l'Holocauste, 1933 – 2001, Paris 2002; Antonella Salomoni, L'Unione Sovietica e la Shoah. Genocidio, resistenza, rimozione, Bologna 2007.

233 Zitate nach: Il'ja Al'tman, Žertvy nenavisti. Cholokost v SSSR 1941 – 1945 gg, Moskva 2002, S. 385 f.

234 Dokumenty obvinjajut. Cholokost: Svidetel'stva Krasnoj Armii, hrsg. von Fedor D. Sverdlov, Moskva 1996; Ilya Altman, The Holocaust and the NKVD, Vortrag im USHMM, Washington 2001 (Ms).

des einen, gewaltkritischen Tagebuchs in sein Gegenteil verkehrt wurde, strich man aus dem anderen den Hinweis, dass der Autor insbesondere jüdische Häuser geplündert hatte (Dok. 83).

Um die spezifisch antijüdische Stoßrichtung der deutschen Verbrechen bekannt zu machen, hatte sich in der sowjetischen Hauptstadt schon im August 1941 ein Kreis jüdischer Intellektueller zusammengefunden und eine große Veranstaltung im Moskauer Gorki-Park initiiert (Dok. 59), auf der sie über den Judenmord in den besetzten Gebieten berichteten. Die Reden wurden vom sowjetischen Rundfunk übertragen und tags darauf auszugsweise in den wichtigsten Zeitungen veröffentlicht (Dok. 71). Zwei der Initiatoren dieser Veranstaltung, Henryk Erlich und Wiktor Alter, hatten die sowjetischen Behörden erst kurz zuvor aus der Haft entlassen; die beiden polnisch-jüdischen Sozialisten waren im Herbst 1939 vom NKVD wegen angeblich antisowjetischer Aktivitäten verhaftet worden. Stalin ließ sie jedoch bereits im Dezember 1941 wieder einsperren, als sie ihm vorschlugen, ein internationales jüdisches Anti-Hitler-Komitee zu gründen – aus seiner Sicht kam dies einer Einladung an ausländische Spione gleich. Stattdessen förderte der sowjetische Diktator das (ausschließlich mit sowjetischen Mitgliedern besetzte) Jüdische Antifaschistische Komitee (JAK), das im Februar 1942 gegründet wurde. Dessen Aufgabe bestand vor allem darin, die Lage der Juden in den deutsch besetzten Gebieten publik zu machen (Dok. 147). Die sowjetische Führung nutzte das dem Sowjetischen Informationsbüro unterstellte JAK vor allem, um mithilfe der Berichte über die deutschen Verbrechen in den USA und Großbritannien Kredite und Rüstungsgüter einzuwerben.[235] Innerhalb der sowjetischen Medien spielten die spezifisch antijüdischen Verbrechen dagegen weiterhin nur eine nachgeordnete Rolle (Dok. 174). Bezeichnenderweise erwähnte Stalin die antijüdischen Verbrechen während des Kriegs in der Öffentlichkeit nur ein einziges Mal und verharmloste sie bei dieser Gelegenheit, indem er sie mit den Pogromen des späten Zarenreichs gleichsetzte (Dok. 110). Der sowjetische Außenminister Vjačeslav Molotov thematisierte in seiner berühmten Note an die alliierten Regierungen vom Januar 1942 zwar das Massaker von Babij Jar und andere Massenmorde an Juden, stellte die Judenverfolgung jedoch lediglich als ein Verbrechen unter vielen dar.[236] Damit blieb Molotov weit hinter der inzwischen gewonnenen Erkenntnis zurück, dass die Deutschen einzig die Juden bis auf den letzten Säugling zu ermorden trachteten. Antisemitismus gab es auch in den nicht besetzten Teilen der Sowjetunion. Stalin hatte im Dezember 1941 in einem Gespräch mit der polnischen Exilregierung mehrfach betont, dass Juden „schlechte Soldaten" seien, eine Sicht, die viele einfache Russen und Ukrainer teilten.[237] Dementsprechend kühl wurden die jüdischen Flüchtlinge aus den Frontgebieten empfangen (Dok. 85, 159).

235 Shimon Redlich, Propaganda and Nationalism in Wartime Russia. The Jewish Antifascist Comitee in the USSR, New York 1982; ders./Ilya Altman (Hrsg.), War, Holocaust and Stalinism. A Documented Study of the Jewish Anti-Fascist Committee in the USSR, Luxembourg 1995; Gennadi V. Kostyrčenko, Tainaja politika Stalina. Vlast' i antisemitism, Moskva 2003, S. 236 – 242.

236 Note des sowjetischen Kommissars des Äußeren Vjačeslav M. Molotov, in: Pravda. Organ Central'nogo Komiteta i MK VKP(b), Nr. 7 vom 7.1.1942, S. 1 f.

237 Documents on Polish-Soviet Relations, 1939 – 1945, hrsg. vom General Sikorski Historical Institute, Bd. 1: 1939 – 1943, London 1961, S. 241; Brief Isser Kloovk an Il'ja Ehrenburg vom 28.9.1943, zit. in: Yitshak Arad, Wartime Diaries and Letters on the Holocaust in Soviet Archives, in: Robert Moses Shapiro (Hrsg.), Holocaust Chronicles. Individualizing the Holocaust Through Diaries and other Contemporaneous Personal Accounts, Hoboken 1999, S. 243 – 256, hier S. 252 f.

Während des Kriegs verfügte nur eine Gruppe über die Möglichkeit, den Juden direkt zu helfen – die sowjetischen Partisanen. Allerdings lehnten es viele ihrer Kommandeure ab, geflüchtete Juden in ihre Reihen aufzunehmen. Anfangs waren die Widerstandsgruppen noch zu sehr damit beschäftigt, ihr eigenes Leben zu verteidigen, und später sahen die Partisanen ihre primäre Aufgabe darin, die Deutschen zu bekämpfen, nicht aber jüdische Männer, Frauen und Kinder zu retten. Viele Kommandeure verlangten daher von jüdischen Männern, ihre Frauen und Kinder sich selbst zu überlassen, wenn sie den sowjetischen Verbänden beitreten wollten. Andere nahmen nur Männer auf, die Waffen mitbrachten. Manche der Kampfgruppen waren zudem selber antisemitisch eingestellt. Zudem hielten viele Partisanen Juden, die Anschluss suchten, für Spitzel der Deutschen, die in der Haft zu Doppelagenten aufgebaut worden seien. So betrachtete eine Partisanengruppe das Getto Minsk allen Ernstes als ein riesiges Trainingscamp für Saboteure.[238] Verschiedentlich wurden deshalb jüdische Flüchtlinge, die vermeintlich sicheres Partisanengebiet erreicht hatten, erschossen.[239] Viele Juden kamen erst dann bei den Partisanen unter, als Stalin im September 1942 den „Volkskrieg" ausgerufen und erklärt hatte, alle Männer und Frauen, die gegen die Deutschen kämpfen wollten, seien in die sowjetischen Verbände aufzunehmen.[240]

Ausländische Beobachter des Judenmords

Die deutschen Täter bemühten sich nach den Pogromen und öffentlichen Massenerschießungen der ersten Kriegswochen, die Juden möglichst „unauffällig" zu ermorden. Die Sicherheitspolizei führte viele Exekutionen daher abseits der Ortschaften in Wäldern durch, die nicht einsehbar waren; mitunter wurden sogar Einheimische ermordet, die zufälligerweise zu Zeugen geworden waren.[241] Verbrechen dieses Ausmaßes ließen sich jedoch nicht geheim halten, zumal die Einheimischen häufig die Mordkommandos in den Exekutionspausen bewirten mussten und anschließend dazu abgestellt wurden, die Habe der jüdischen Opfer zu sortieren oder sogar die Mordgruben zuzuschütten.[242] Manche Deutsche sprachen gegenüber Einheimischen auch offen davon, dass sämtliche Juden umgebracht würden. Die 17-jährige bei Charkow lebende Olga Kolinkovič notierte im November 1941 über ein Gespräch mit zwei Wehrmachtssoldaten: „Ich habe ihnen erzählt, dass ich einen Liebsten habe, einen Juden. Ich meinte damit Vladimir. Ich werde niemals aufhören, ihn zu lieben oder an ihn zu denken. Sie sagen, dass alle Juden ‚kaputt' sein werden und mein Liebster auch."[243]

238 Bericht über die Tätigkeit der Partisanen im Rayon Bogomilsk des Minsker Gebiets an das Minsker Gebietsparteikomitee vom 3.8.1942, RGASPI, 69/1/1067, Bl. 168 f.

239 Hersh Smolar, The Minsk Ghetto. Soviet-Jewish Partisans against the Nazis, New York 1989, S. 127 f.

240 Leonid Smilovitsky, Righteous Gentiles, the Partisans, and Jewish Survival in Belorussia, 1941 – 1944, in: Holocaust and Genocide Studies, 11 (1997), S. 301 – 329; Kenneth Slepyan, The Soviet Partisan Movement and the Holocaust, in: Holocaust and Genocide Studies, 14 (2000), H. 1, S. 1 – 27.

241 Aussage Anastasja Z. Osmačko, zit. im Protokoll der Kommission zur Ermittlung deutscher Kriegsverbrechen in der Stadt Charkow vom 5.11.1943, Abdruck in: Documents on the Holocaust (wie Anm. 191), S. 421 – 425.

242 Patrick Desbois, Der vergessene Holocaust. Die Ermordung der ukrainischen Juden, Berlin 2009, S. 91 – 124.

243 Tagebuch Luda Kolinkovič, Eintrag vom 9.11.1941, CDA OOU, 166/2/4, Bl. 79.

Die ersten Nachrichten über die antijüdischen Pogrome leitete die polnische Untergrundbewegung weiter, die in den 1939 von der Sowjetunion annektierten Gebieten des östlichen Polen über zahlreiche Kontakte verfügte (Dok. 24). Schon am zweiten Tag des deutschen Angriffs 1941 appellierte die polnische Exilregierung an die Polen im Kriegsgebiet, sich nicht an den antijüdischen Ausschreitungen zu beteiligen.[244] Später übermittelte die jüdische Untergrundbewegung Informationen über die Verbrechen in Litauen an das Getto von Warschau, von wo aus sie in die polnische Untergrundpresse gelangten (Dok. 202, 204).

Die meisten Informationen trugen aber die Deutschen selbst aus den besetzten Gebieten heraus. Zwar hatten Wehrmacht und Sicherheitspolizei nach den ersten Massakern bald verboten, Erschießungen zu fotografieren oder darüber zu berichten (Dok. 151), doch viele Soldaten hielten sich nicht daran. Der Romanistikprofessor Victor Klemperer notierte im April 1942, was ein in den besetzten Ostgebieten als Fahrer einer Polizeitruppe dienender Gefreiter seiner Ehefrau berichtet hatte: „Grauenhafte Massenmorde an Juden in Kiew. Kleine Kinder mit dem Kopf an die Wand gehauen, Männer, Frauen, Halbwüchsige zu Tausenden auf einem Haufen zusammengeschossen, einen Hügel gesprengt und die Leichenmasse unter der explodierenden Erde begraben."[245] In zahlreichen Feldpostbriefen schilderten Soldaten und SS-Leute, was sie „im Osten" gesehen oder woran sie selbst teilgenommen hatten. In Wien verteilte ein NSDAP-Kreisleiter die Kopie eines Briefs mit expliziten Schilderungen als Aushang für Schaufenster,[246] und sogar das Reichspropagandaministerium veröffentlichte ein solches Schreiben – dessen Autor allerdings nicht auf Einzelheiten einging – in einem Band mit Feldpostbriefen (Dok. 135). Manche Schützen prahlten öffentlich mit ihren Taten.[247]

Die Täter und Zeugen erzählten aber nicht nur deutschen Bekannten, was sie erlebt und erfahren hatten. Bis zum Kriegseintritt der USA hielten sich deren Diplomaten noch in Berlin auf, und zumindest ein SS-Offizier scheint mit dem amerikanischen Militärattaché im Herbst 1941 freimütig über die Vorgänge in den besetzten Ostgebieten gesprochen zu haben (Dok. 114). Auch der Vatikan wurde unter anderem von slowakischen Bischöfen über die Verbrechen an den ukrainischen Juden informiert (Dok. 102). Die meisten Informationen lieferten aber Flüchtlinge und Deserteure, die von Mitarbeitern und Informanten des amerikanischen (Dok. 261), britischen (Dok. 180, 252) und schweizer Geheimdienstes befragt wurden (Dok. 151, 160).

Zwar waren diese Dossiers meist vertraulich, doch schon bald drangen so viele Nachrichten über den Judenmord aus den besetzten Gebieten, dass auch die westliche Presse ausführlich über dieses Thema berichtete. Über die erste Phase der Judenverfolgung in den besetzten Gebieten hatten anfangs noch Korrespondenten neutraler Staaten informiert (Dok. 183). Bereits im Oktober 1941 schrieb dann die New York Times über das Massaker

244 Halina Czarnacka (Hrsg.), Armia Krajowa v dokumentach 1941 – 1945, Bd. 2: Czerwiec 1941 – kwiecień 1943, Reprint Wrocław 1990 (London 1973), S. 6 – 8.

245 Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten, hrsg. von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer, Bd. 2: Tagebücher 1942 – 1945, Berlin 1995, S. 68, Eintrag vom 19.4.1942.

246 Brief eines Wehrmachtssoldaten an seine Eltern in Wien vom 6.7.1941 über die Pogrome in Tarnopol (Abschrift), Abdruck in: Verbrechen der Wehrmacht (wie Anm. 80), S. 102.

247 Sönke Neitzel, Deutsche Generale in britischer Kriegsgefangenschaft 1942 – 1945, in: VfZ, 52 (2004), S. 289 – 348, hier S. 322 f.